



SVR-Studie 2022-1

Integration gelungen?

Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von
(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern

Eine Studie in Kooperation mit dem Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Die Studie wurde gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zitiervorschlag:

Friedrichs, Nils/Graf, Johannes 2022: Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. SVR-Studie 2022-1, Berlin.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Ziel und Aufbau der Studie	6
2 (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in Deutschland – ein Überblick	10
2.1 Übersicht zur Zuwanderungsgeschichte	10
2.2 Soziodemografische Merkmale	15
2.3 Zentrale Aspekte der Integration	20
3 Bildungsabschlüsse und Teilhabe am Arbeitsmarkt	23
3.1 Schulische und berufliche Bildung	23
3.2 Arbeitsmarktbeteiligung und Beschäftigungsstruktur	25
3.3 Einkommenssituation und Armutsgefährdung	30
4 Räumliche Verteilung und Wohnverhältnisse	35
4.1 Räumliche Verteilung in Deutschland	35
4.2 Wohnverhältnisse	41
5 Sprache	44
5.1 Sprachkenntnisse	44
5.2 Gesprochene Sprache im Alltag	46
6 Zusammenleben in einer multiethnischen Gesellschaft	49
6.1 Kontakte zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen	50
6.2 Qualität der Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund	54
6.3 Diskriminierungserfahrungen	56
6.4 Verbundenheit mit Deutschland und dem Geburtsland	60
7 Medienkonsum und Medienvertrauen	64
7.1 Medienkonsum	65
7.2 Medienvertrauen	67
7.3 Einstellungen zum Verhältnis von Medien und Staat	69
8 Das Verhältnis zu Politik und Gesellschaft in Deutschland	71
8.1 Politikvertrauen und Politikzufriedenheit	71
8.2 Parteipräferenzen und politische Einstellungen	76
8.3 Einstellungen zu Flucht und Asyl	84
9 Fazit und Ausblick	88
Literatur	91
Anhang	98
Tabelle	98
Abbildungsverzeichnis	99
Tabellenverzeichnis	100
Verzeichnis der Info-Boxen	100

Das Wichtigste in Kürze

- Die Studie untersucht auf Basis von Daten des Mikrozensus sowie des SVR-Integrationsbarometers den Stand der Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern in Deutschland in zahlreichen Lebensbereichen.
- (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sind insgesamt gut integriert. Ihre Arbeitsmarktbeteiligung ist hoch und ihr Durchschnittseinkommen liegt zwischen dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und dem der übrigen Personen mit eigener Migrationserfahrung. Zugleich sind überdurchschnittlich viele von ihnen als Arbeiterinnen und vor allem Arbeiter tätig. Etwa ein Drittel der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ab 65 Jahren ist armutsgefährdet.
- (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler pflegen zahlreiche Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund, was auch ein Grund für ihre hohe Identifikation mit Deutschland ist.
- Politisch bevorzugen sie nach wie vor die Unionsparteien, neigen jedoch auch stärker zur AfD und zur Partei Die Linke als die Vergleichsgruppen.
- Die Einstellungen zu Flüchtlingen in der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus sind insgesamt negativer als die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und auch als die der übrigen Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung.
- (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stammen, befinden sich gegenüber denjenigen aus anderen Geburtsländern in einer ökonomisch insgesamt etwas ungünstigeren Situation und bezeichnen sich seltener als politisch interessiert bzw. kompetent. Diese Unterschiede hängen u. a. mit dem Bildungsniveau und ihrer durchschnittlich kürzeren Aufenthaltsdauer zusammen.

Zusammenfassung

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie deren Angehörige stellen eine der größten Zuwanderungsgruppen in Deutschland dar. Zwischen 1950 und 2020 hat das Bundesverwaltungsamt (BVA) den Zuzug von insgesamt etwa 4,6 Millionen Personen registriert, davon ca. 2,8 Millionen bis zum Jahr 1992 (Aussiedlerinnen und Aussiedler) sowie ca. 1,7 Millionen seit 1993 (Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler). Seit 2006 kommen nur noch wenige Tausend Menschen pro Jahr als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland. Während bis Ende der 1980er Jahre vor allem Personen aus Polen und Rumänien zuwanderten, wurden nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Sowjetrepubliken bzw. die daraus hervorgegangenen Staaten zum wichtigsten Herkunftsgebiet.

Da (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler als deutsche Volkszugehörige betrachtet werden und

im Rahmen des Aufnahmeverfahrens unmittelbar die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, sind sie eine besondere Zuwanderungsgruppe. Dennoch stellen sich vielfach die gleichen Herausforderungen bei der Integration und Teilhabe, mit denen auch andere Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland konfrontiert sind. In einem gemeinsamen Projekt haben der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) und das Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Teilhabe sowie integrationsrelevante Einstellungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern in zentralen gesellschaftlichen Bereichen untersucht. In der vorliegenden Studie werden dabei selbst zugewanderte Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus sowohl der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund als auch anderen, selbst zugewanderten Personen gegenübergestellt. Innerhalb der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung werden zudem Un-

terschiede zwischen Zugewanderten aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion und solchen aus anderen Herkunftsstaaten in den Blick genommen.

Die meisten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler verfügen über einen mittleren Schul- bzw. berufsbildenden Abschluss. Sie besitzen seltener die (Fach-)Hochschulreife oder akademische Abschlüsse als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und die restliche Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in der Altersgruppe zwischen 25 und 65 Jahren weisen eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung auf, wobei sie, verglichen mit den beiden anderen Gruppen, mit über einem Drittel den höchsten Anteil an Arbeiterinnen und vor allem Arbeitern haben.

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen pro Kopf der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung liegt über dem der sonstigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung, aber deutlich unter jenem der Personen ohne Migrationshintergrund. Gleichzeitig sind (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die 65 Jahre und älter sind, erheblich häufiger auf Grundsicherung angewiesen als Gleichaltrige in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auch ihre Armutsgefährdung ist vergleichsweise hoch.

Hinsichtlich der zentralen Merkmale struktureller Integration lassen sich deutliche Unterschiede ausmachen, je nachdem, aus welchem Geburtsland die Personen stammen: **Postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler haben häufiger keinen berufsbildenden Abschluss und weisen einen höheren Anteil an Arbeiterinnen und Arbeitern auf. Zudem liegt ihr Pro-Kopf-Einkommen noch etwas niedriger als das anderer Personen mit Migrationserfahrung. Sie sind – vor allem im Alter – häufiger von Armut betroffen als die Vergleichsgruppen.**

Fast 90 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler leben in den sechs großen westdeutschen Flächenländern. Mit etwa 70 Prozent sind sie vorwiegend in Städten zwischen 10.000 und unter 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern angesiedelt.

Rund 90 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler schätzen ihre eigenen Deutschkenntnisse als gut ein und haben Deutsche ohne Migrationshintergrund in ihrem Freundeskreis.

Im Vergleich zu anderen Personen mit Migrationserfahrung berichten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler kaum von Diskriminierungserfahrungen. Wird jedoch Benachteiligung wahrgenommen, geht dies häufig mit einem geringeren Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland einher. Trotzdem identifizieren sich über 90 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit Deutschland; eine Verbundenheit mit dem Herkunftsland berichten insbesondere Personen aus der ehemaligen Sowjetunion viel seltener.

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler stellen die Unabhängigkeit deutscher Medien häufiger infrage als andere Zugewanderte. Zugleich vertrauen aber auch sie eher den deutschen Medien als den Medien des jeweiligen Herkunftslandes.

Die Menschen mit (Spät-)Aussiedlerstatus sind mehrheitlich mit den politischen Verhältnissen in Deutschland zufrieden, mit denen im Herkunftsland hingegen eher unzufrieden. Allerdings sind deutlich mehr postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit der politischen Situation im Herkunftsland zufrieden und zudem politisch weniger interessiert als Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus anderen Ländern.

Obgleich insbesondere (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion in ihrer Parteipräferenz nach wie vor überdurchschnittlich oft die Unionsparteien CDU/CSU bevorzugen, neigen sie mit etwa 12 Prozent vor allem verglichen mit anderen Zugewanderten häufiger zur Alternative für Deutschland (AfD). Zugleich tendieren sie wesentlich stärker als andere Bevölkerungsgruppen zur Linkspartei.

Die Daten belegen, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler häufiger negative Haltungen zu Flüchtlingen zeigen als die Vergleichsgruppen.

Dass Teilhabe sich über die Zeit vertieft, zeigt die Studie einmal mehr: Je länger Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus in Deutschland leben, desto besser sind sie in vielen Bereichen integriert. Dies erklärt zum Teil die in einigen Bereichen geringere Teilhabe der postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerbevölkerung.

1 Ziel und Aufbau der Studie¹

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler stellen mit derzeit ca. 2,6 Millionen in Deutschland lebenden Menschen eine zahlenmäßig überaus wichtige Zuwanderungsgruppe dar. Seit 1950 sind rund 4,6 Millionen Menschen als (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler bzw. deren Angehörige nach Deutschland gekommen, vor allem aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen und Rumänien. Insbesondere nach dem Fall des sog. Eisernen Vorhangs nahm die Einwanderung von Deutschstämmigen und ihren Familienangehörigen aus verschiedenen Staaten des früheren Warschauer Pakts – für die Deutschland eine historisch bedingte Verantwortung übernommen hatte – erheblich zu. Allein in der Dekade zwischen 1988 und 1997 wurden auf Grundlage des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG), des Aussiedleraufnahmegesetzes (AAG) und des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes (KfbG) fast 2,5 Millionen Menschen als deutsche Volkszugehörige² aufgenommen (bis 1992 als Aussiedler und Aussiedlerinnen, ab 1993 als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler). Die strukturelle Integration dieser Gruppe gilt insgesamt als Erfolgsgeschichte: Ihre Arbeitsmarktbeteiligung ist hoch, ihr Bildungsniveau ähnelt dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und die Einkommen liegen im mittleren Bereich. Eine vor rund zehn Jahren durchgeführte Studie des BAMF-Forschungszentrums stellte fest, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Vergleich mit anderen Migrantengruppen zufriedener mit ihrer Lebenssituation sind, häufiger langfristige Zukunftspläne schmieden und das Integrationsklima insgesamt positiv beurteilen (Worbs et al. 2013).

Vor allem in den 1990er und frühen 2000er Jahren – also während oder unmittelbar nach der Phase hoher Zugangszahlen – waren (Spät-)Aussiedlerin-

nen und (Spät-)Aussiedler vermehrt Gegenstand der Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland. Dieses Forschungsinteresse hat jedoch in den vergangenen 15 Jahren erheblich nachgelassen, was nicht zuletzt mit der Wahrnehmung einer insgesamt relativ problemlosen Integration einer unauffälligen Zuwanderungsgruppe zusammenhängt.

In jüngster Vergangenheit hat die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen, jedoch vereinzelt öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. So wurde ihr eine Nähe zur AfD nachgesagt, da die Partei bei Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2017 in einigen Stadtteilen mit einem hohen Anteil an (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern vergleichsweise erfolgreich abschnitt (Das Erste 2017; Eidman 2017; Klimeniouk 2018). Auch die Demonstrationen zum sog. „Fall Lisa“ (Info-Box 4) im Januar 2016 trugen zu dem Narrativ bei, rechtsnationale politische Gesinnungen seien innerhalb der sog. russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlerbevölkerung verbreitet (Schaubert 2018).

Während etwa polen- oder rumänienstämmige (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nach wie vor kaum wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren, hat sich in den vergangenen Jahren die Aufmerksamkeit für Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus der ehemaligen Sowjetunion auch in der Forschung etwas verstärkt (Golova 2020; Panagiotidis 2021).

Obwohl nach wie vor viele (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in Deutschland leben, liegen kaum Datensätze vor, die eine adäquate quantitativ-statistische Untersuchung ihrer gesellschaftlichen Integration ermöglichen. Zwar liefern aktuelle qualitative und regional begrenzte quantitative Studien wichtige Erkenntnisse (Schmalz 2019; Soergel 2017; Vogelsang 2018); seit der Studie des BAMF-

¹ Die vorliegende Studie wurde als Kooperation zwischen dem wissenschaftlichen Stab des SVR und dem Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF-Forschungszentrum) durchgeführt und durch eine Zuwendung des BAMF gefördert. Begleitet wurde die Studie von Prof. Dr. Birgit Leyendecker und Prof. Dr. Hans Vorländer, beide Mitglieder des Sachverständigenrats für Integration und Migration. Inhaltlich verantwortlich für diese Veröffentlichung sind der wissenschaftliche Stab des SVR und das BAMF-Forschungszentrum; die konkreten Zuständigkeiten für einzelne Kapitel des Berichts sind im Abschnitt „Aufbau der Studie“ (S. 9) beschrieben. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des Sachverständigenrats wider. Die Autoren danken Prof. Dr. Jannis Panagiotidis für die fachliche Unterstützung des Projekts. Darüber hinaus danken sie Hannah Edler, Dr. Jan Schneider, Anna Werning, Alex Wittlif, Dr. Susanne Worbs und Eva Wübben für ihre Mitarbeit.

² Für die Definition zentraler Begriffe s. Info-Box 2.

Forschungszentrums von 2013 wurden jedoch kaum umfassende repräsentative Untersuchungen vorgenommen, die ein breit gefächertes Bild der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung hinsichtlich ihrer Teilhabe an verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens liefern.³

Um diese Forschungslücke zu schließen, haben der wissenschaftliche Stab des SVR und das BAMF-Forschungszentrum den aktuellen Stand der gesellschaftlichen Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern untersucht. Die im Jahre 2013 erfolgte detaillierte Analyse struktureller Integrationsindikatoren, etwa der Teilhabe am Bildungs- und Arbeitsmarkt, sollte aktualisiert und um soziale sowie kulturell-identifikatorische Dimensionen von Integration ergänzt werden. Dabei geht es sowohl um die subjektiv wahrgenommene Integration als auch um die Einstellungen, Überzeugungen und Einschätzungen dieser Bevölkerungsgruppe hinsichtlich des Zusammenlebens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Einwanderungsland Deutschland.

Datengrundlagen

Für die Analysen der vorliegenden Studie wurden unterschiedliche Datensätze herangezogen (Info-Box 1). **Die Ergebnisse zur strukturellen Ebene von Integration basieren in erster Linie auf Sonderauswertungen des Mikrozensus von 2019.** Für die Zuwanderungszahlen wird zusätzlich auf die Registrierungsstatistik des Bundesverwaltungsamts zurückgegriffen. **Grundlage für die Analysen der sozialen und kulturell-identifikatorischen Teilhabeaspekte**

sind die Daten der SVR-Integrationsbarometer aus den Jahren 2018 und 2020. Die hohe Fallzahl dieser Bevölkerungsumfrage lässt es zu, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler als eigene Gruppe zu untersuchen. Da im Mikrozensus die Nachkommen von Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus nicht als solche ausgewiesen sind, beschränken sich auch die Analysen des SVR-Integrationsbarometers auf (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die selbst zugewandert sind. Dadurch soll eine größtmögliche Vergleichbarkeit der Befunde aus den jeweils ausgewerteten Datenquellen erreicht werden. Über in Deutschland geborene Nachkommen von Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus können daher in diesem Bericht keine Aussagen getroffen werden.⁴

Analysekategorien und Vergleichsgruppen

Um die Befunde einzuordnen, werden Vergleiche mit zwei anderen Bevölkerungsgruppen herangezogen: zum einen zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, zum anderen zur Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung⁵ – abzüglich der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Bis auf wenige Ausnahmen, bei denen explizit darauf hingewiesen wird, werden in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund⁶ folglich nicht untersucht.⁷ Dabei ist zu beachten, dass die Bevölkerung mit Migrationserfahrung eine äußerst heterogene Gruppe darstellt. Hier sind etwa EU-Zuwanderinnen und -Zuwanderer oder Personen, die als sog. Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind, ebenso enthalten wie Geflüchtete.

- 3 Eine Ausnahme stellt hier das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dar, dessen Daten eine separate Betrachtung der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung ermöglichen und auf dessen veröffentlichte Befunde in der vorliegenden Studie jeweils verwiesen wird.
- 4 Im SVR-Integrationsbarometer sind die Fallzahlen der Nachkommen mit rund 150 Befragten (Info-Box 1) zu gering, um in einer separaten Analyse statistisch zuverlässige Aussagen zu generieren.
- 5 Wenn im Text auf die Bevölkerung mit Migrations- oder Zuwanderungserfahrung oder auf Zuwanderer und Zuwanderinnen verwiesen wird, so ist hiermit stets die Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung abzüglich der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler gemeint.
- 6 Der Terminus Migrationshintergrund und das dahinterstehende statistische Konzept sind umstritten. Das Statistische Bundesamt fasst hierunter alle Personen, die entweder selbst nicht mit der deutschen Staatsangehörigkeit geboren wurden oder bei denen dies bei mindestens einem Elternteil der Fall ist. Da es sich hierbei aktuell (noch) um den für diesen Themenbereich maßgeblichen Begriff handelt und diese Definition auch in der amtlichen Statistik verwendet wird, wurde sie im vorliegenden Bericht übernommen. Für eine Diskussion der Verwendung des Begriffs und einen alternativen Vorschlag s. Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020. S. hierzu auch SVR 2021a: 24.
- 7 In früheren Publikationen auf Basis des SVR-Integrationsbarometers wurden sowohl die erste als auch die Nachfolgenerationen untersucht. Insofern weichen vereinzelt Ergebnisse gegenüber bereits veröffentlichten Studien ab, da sich die betrachtete Gruppe unterscheidet.

Info-Box 1 Datengrundlagen der Studie

Registrierdaten des BVA

Im Rahmen des **Registrierverfahrens**, das alle (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nach ihrer Einreise durchlaufen, erfasst das Bundesverwaltungsamt (BVA) verschiedene Angaben wie Herkunftsland, Geschlecht, Alter und Rechtsgrundlage der Zuwanderung. Diese werden vom BVA in Monats- bzw. Jahresstatistiken herausgegeben und umfassen alle Personen, denen in Deutschland der (Spät-)Aussiedlerstatus zuerkannt wurde, sowie deren Angehörige, die in den Aufnahmebescheid einbezogen wurden.⁸

Mikrozensus 2019

Mit einem **Auswahlsatz von einem Prozent der deutschen Wohnbevölkerung** stellt der Mikrozensus als **jährliche amtliche Repräsentativstatistik** eine zentrale Datengrundlage zu verschiedensten Themenkomplexen dar.

Die im vorliegenden Bericht dargestellten Analysen basieren auf einer durch das BAMF-Forschungszentrum in Auftrag gegebenen **Sonderauswertung des Mikrozensus 2019**, wobei für einzelne Aspekte auch **frühere Jahre (2018 und 2016)** herangezogen werden, da bestimmte Angaben nicht jedes Jahr erfragt werden. Die Grundlage aller Daten in diesem Bericht bilden die Personen in deutschen Privathaushalten.

Die Stichprobengrundlage bildet ein **einstufiges Klumpenverfahren**, in dem bei gleicher Wahrscheinlichkeit regionale Auswahlbezirke festgelegt werden, in denen alle Haushalte bei geltender **Auskunftspflicht** befragt werden. Ein Viertel der Bezirke wird in jedem Jahr ausgetauscht und neu gezogen. Befragt werden jährlich **ca. 810.000 Personen in etwa 370.000 Haushalten**. Zentrales Erhebungsinstrument sind persönliche Interviews, jedoch besteht für die Haushalte auch die Möglichkeit, die Fragebögen schriftlich

auszufüllen. Pandemiebedingt werden aktuell auch Telefon- und Online-Interviews durchgeführt. Zudem sind sog. Proxy-Interviews möglich, bei denen Haushaltsmitglieder stellvertretend für andere antworten (Statistisches Bundesamt 2020).

Diese **Befragungsdaten** werden anschließend **gewichtet, auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet** und durch das Statistische Bundesamt in verschiedenen Formaten veröffentlicht. Ergänzende methodische Hinweise finden sich in den einzelnen Fachserien zum Mikrozensus sowie auf der Website des Statistischen Bundesamts.⁹

SVR-Integrationsbarometer 2018 und 2020

Für das **SVR-Integrationsbarometer 2018** wurden zwischen Juli 2017 und Januar 2018 insgesamt 9.298 Personen bundesweit interviewt (s. dazu umfassend SVR 2018c). Davon hatten 2.720 Personen keinen Migrationshintergrund, 1.438 waren (Spät-)Aussiedler und (Spät-)Aussiedlerinnen (1.282 mit eigener Migrationserfahrung), 1.479 Türkeistämmige, 1.532 Zuwanderer und Zuwanderinnen aus EU-Ländern und 1.760 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“. Zusätzlich wurden 369 Flüchtlinge aus ausgewählten Ländern interviewt, die ab 2014 nach Deutschland eingereist waren.

Für das **SVR-Integrationsbarometer 2020** wurden zwischen November 2019 und August 2020 insgesamt 15.095 Personen bundesweit interviewt (s. dazu umfassend SVR 2020a). Davon hatten 8.034 Menschen keinen Migrationshintergrund, 1.244 waren (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (1.091 mit eigener Migrationserfahrung), 880 Türkeistämmige, 2.078 Zuwanderinnen und Zuwanderer aus EU-Ländern und 2.859 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“.

⁸ https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Statistik_node.html; 04.02.2022.

⁹ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus.html>; 04.02.2022.

In beiden Erhebungen wurde die Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer mit Gewichten an die (bundesweiten wie auch bundeslandspezifischen) Verhältnisse in der Bevölkerung angepasst. Zudem wurde auf Bundesebene jede Herkunftsgruppe anhand soziodemografischer Merkmale (u.a. Bildung, Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus) auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus gewichtet. Für das SVR-Integrationsbarometer 2020 erfolgte die Gewichtung in den einzelnen Bundesländern anhand soziodemografischer Merkmale für Befragte mit und ohne Migrationshintergrund gesondert. **Die Ergebnisse der SVR-Integrationsbarometer 2018 und 2020**

sind bundesweit repräsentativ für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sowie für die einzelnen Herkunftsgruppen. Die Rekrutierung der Befragten sowie weitere Aspekte des Studiendesigns sind in den Integrationsbarometern 2018 und 2020 identisch: Die Befragungen wurden telefonisch über Mobil- und Festnetznummern von zweisprachigen Interviewerinnen und Interviewern auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Russisch, Farsi oder Arabisch durchgeführt. Die Interviews erfolgten durch die BIK Aschpurwis + Behrens GmbH (Details sind den Methodenberichten zu entnehmen, die auf der Website des SVR abrufbar sind: SVR 2018c; SVR 2020a).

Da insbesondere die Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerhintergrund aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion – in dieser Studie auch als postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler bezeichnet – in den letzten Jahren im Fokus medialer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit standen, differenzieren die Analysen des Mikrozensus nach Geburtsländern, sofern dies sinnvoll erscheint. Eine solch differenzierte Untersuchung ist mit den Daten des SVR-Integrationsbarometers trotz der umfangreichen Stichprobe nicht möglich. Um dennoch Unterschieden innerhalb der (Spät-)Aussiedlerpopulation Rechnung tragen zu können, wurde die (Spät-)Aussiedlerstichprobe hier in zwei herkunftsbezogene Gruppen unterteilt: Personen, die aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. einem ihrer Nachfolgestaaten stammen, und Zugewanderte, die ein anderes Geburtsland haben.¹⁰

Aufbau der Studie

Die Studie ist in folgende Abschnitte gegliedert: Kapitel 2 gibt zunächst einen Überblick über die Zielgruppe anhand der Zuwanderungszahlen sowie einschlägiger soziodemografischer Merkmale. In diesem Rahmen werden zentrale Begriffe definiert, die abgedeckten Teilhabedimensionen erläutert und die spezifischen Bedingungen der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung als

ethnisch definierter Migration rekapituliert. Kapitel 3 widmet sich schulischen und beruflichen Abschlüssen sowie der Teilhabe am Arbeitsmarkt. Ergänzt werden diese Ausführungen um Erkenntnisse zur Einkommenssituation und Armutsgefährdung. Kapitel 4 nimmt die Verteilung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern innerhalb Deutschlands sowie die Wohnverhältnisse in den Blick. Die Analysen der Kapitel 2 bis 4 basieren auf den Registrierungsdaten des BVA sowie auf dem Mikrozensus; sie wurden vom BAMF-Forschungszentrum verfasst.¹¹

Kapitel 5 untersucht die Sprachkenntnisse der Zielgruppe und thematisiert, welche Sprache(n) im Alltag der Menschen mit (Spät-)Aussiedlerstatus dominant sind. In Kapitel 6 stehen die sozialen Beziehungen und das Verhältnis zu Deutschland sowie zum Herkunftsland im Fokus. Neben der Häufigkeit und Qualität sozialer Kontakte wird die Bedeutung subjektiver Benachteiligungserfahrungen untersucht. Beschlossen wird das Kapitel mit der Frage, inwieweit sich (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler Deutschland und ihrem jeweiligen Herkunftsland zugehörig fühlen. In Kapitel 7 geht es dann um die Einstellungen der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung zu Medien sowie um ihren Medienkonsum. Kapitel 8 untersucht schließlich ihre Einstellungen zu relevanten gesellschaftlichen

¹⁰ In letzterer Gruppe befinden sich im SVR-Integrationsbarometer 2020 vor allem Zugewanderte aus Polen (63 %) und Rumänien (18 %), zudem sind wenige Befragte aus anderen Zuwanderungsländern darunter, z. B. aus Ungarn, Tschechien oder Kroatien.

¹¹ Eine Ausnahme bildet lediglich das eher theoretisch ausgerichtete Kapitel 2.3, für das der wissenschaftliche Stab des SVR verantwortlich zeichnet.

Bereichen. Dazu gehören das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen sowie ihre politischen Einstellungen. Das Kapitel endet mit einer Analyse der Haltungen zu den Themen Flucht und Asyl.¹² Für die Kapitel 5 bis 8, in denen die Daten des SVR-Integrationsbarometers analysiert werden, zeichnet der wissenschaftliche Stab des SVR verantwortlich.

Auf die thematischen Analysekapitel folgt ein gemeinsames Fazit (Kapitel 9), in dessen Rahmen die Ergebnisse zusammenfassend diskutiert werden.

2 (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in Deutschland – ein Überblick

Dieses Kapitel liefert einen statistischen Überblick über die Zuwanderungsgeschichte von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern und untersucht die zentralen soziodemografischen Merkmale der Zielgruppe. Darüber hinaus werden die wesentlichen Rechtsgrundlagen dargestellt und die wichtigsten Begriffe definiert (Info-Box 2).

2.1 Übersicht zur Zuwanderungsgeschichte

Die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern nach Deutschland seit den 1950er Jahren ist sowohl in ihrem Umfang als auch bezüglich der Bedeutung einzelner Herkunftsländer durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Im Folgenden werden die wichtigsten historischen Entwicklungen mit einem Fokus auf die jüngere Vergangenheit näher beleuchtet.¹³

Abb. 2.1 zeigt die jährliche Anzahl an Registrierungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern durch das BVA in den Jahren 1950 bis 2020.

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum etwa 4,6 Millionen Personen registriert, davon ca. 2,8 Millionen bis zum Jahr 1992 (Aussiedlerinnen und Aussiedler) sowie ca. 1,7 Millionen seit 1993 (Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler). Der niedrigste Jahreswert an registrierten Aufnahmen in Deutschland lag bei insgesamt nur 1.817 Personen im Jahr 2012. Der höchste Wert wurde im Jahr 1990 mit 397.073 Personen verzeichnet.

Wandel der wichtigsten Herkunftsregionen

Nicht nur die absolute Höhe der Zuzüge, sondern auch die Zusammensetzung der Herkunftsländer variierte im Zeitverlauf. Noch bis 1989 stellten Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Polen den wichtigsten Teil dieser Gruppe dar. Deren Anteil an allen Registrierungen betrug von 1950 bis 1989 insgesamt 62 Prozent,¹⁴ mit einem Höchststand von 89 Prozent im Jahr 1958. Aussiedlerinnen und Aussiedler aus den beiden weiteren wichtigen Herkunftsländern Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion bildeten – von einigen wenigen Jahren abgesehen – in dieser Zeit die Minderheit. Bis Anfang der 1970er Jahre waren weitere Herkunftsstaaten streckenweise von großer Relevanz, darunter das ehemalige Jugoslawien, die ehemalige Tschechoslowakei und Ungarn. Während sich in einzelnen Jahren, vor allem zwischen 1950 und 1960, fast das gesamte Zuwanderungsgeschehen auf die Staaten außerhalb Polens, Rumäniens und der (ehemaligen) Sowjetunion fokussierte – z. B. 1953 mit fast 99 Prozent –, liegt deren Anteil seit 1976 zusammengefasst bei lediglich einem Prozent.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem beginnenden Zerfall der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre waren es dann vor allem Personen aus den damaligen Sowjetrepubliken bzw. deren Nachfolgestaaten, die das Zuwanderungsgeschehen prägten. Dies

12 Bei den Analysen der Kap. 5 bis 8, die auf den Daten des SVR-Integrationsbarometers basieren, wird mithilfe multivariater Regressionsmodelle stets ein möglicher Zusammenhang mit den soziodemografischen Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung sowie mit der Aufenthaltsdauer überprüft. Zusätzlich wird der Einfluss weiterer Merkmale getestet, sofern die bisherige Forschung dies nahelegt. Liegen signifikante Zusammenhänge vor, werden diese stets berichtet.

13 Für einen breiteren Überblick über die rechtlichen Grundlagen sowie die gesamte Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg siehe u. a. Worbs et al. 2013; für einen Fokus auf die postsowjetische Migration siehe Panagiotidis 2021.

14 Die im Fließtext angeführten Prozentwerte werden stets als ganze Zahlen ohne Nachkommastelle angegeben. Da Mikrozensus und SVR-Integrationsbarometer stichprobenbasierte Datenquellen darstellen, sind sie stets mit Ungenauigkeiten im niedrigen einstelligen Prozentbereich (sog. Stichprobenfehler) behaftet und können Unterschiede im Zehntelbereich bei Prozentwerten daher nicht ganz zuverlässig abbilden.

Info-Box 2 Zentrale Begriffe

(Spät-)Aussiedler bzw. (Spät-)Aussiedlerin

Deutsche Volkszugehörige und deren direkte Angehörige, die unter einem Kriegsfolgenschicksal des Zweiten Weltkriegs gelitten haben, sowie deren Nachkommen, die ihre jeweiligen Aussiedlungsgebiete im Zuge eines Aufnahmeverfahrens nach den Regelungen des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) verlassen haben; bis 1992 wurde diese Gruppe unter dem Rechtsbegriff des „Aussiedlers“ (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG) geführt. Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) wurde 1993 der Begriff des „Spätaussiedlers“ eingeführt (§ 4 BVFG), der unter anderem den Zuzug faktisch auf Personen aus bestimmten Aussiedlungsgebieten begrenzt und nur noch Personen umfasst, die vor dem 1. Januar 1993 geboren wurden.

Aussiedlungsgebiete

Gebiete, die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Zuge des Aufnahmeverfahrens verlassen, um nach Deutschland zu kommen. Seit 1990 muss der Aufnahmeantrag vor Verlassen des Aussiedlungsgebiets gestellt werden. Die Gebiete umfassen „[...] die ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China“ (§ 1 Abs. 2 BVFG). Seit 1993 ist der Zuzug weitestgehend auf das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion begrenzt (§ 4 Abs. 2 BVFG).

Deutsche Volkszugehörige

Nach dem BVFG gilt eine Person als deutsche Volkszugehörige, „wenn sie sich in [ihrer] Heimat

zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird“ (§ 6 Abs. 1 BVFG). Für nach dem 31.12.1923 geborene Personen, die von deutschen Staatsangehörigen bzw. Volkszugehörigen abstammen, ist zur Bestätigung eine Nationalitätenerklärung (z.B. durch den Eintrag der deutschen Nationalität in einem Pass des Herkunftslandes) oder ein Bekenntnis „auf andere Weise“ (§ 6 Abs. 2 BVFG), etwa durch den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse, nötig.

Russlanddeutsche

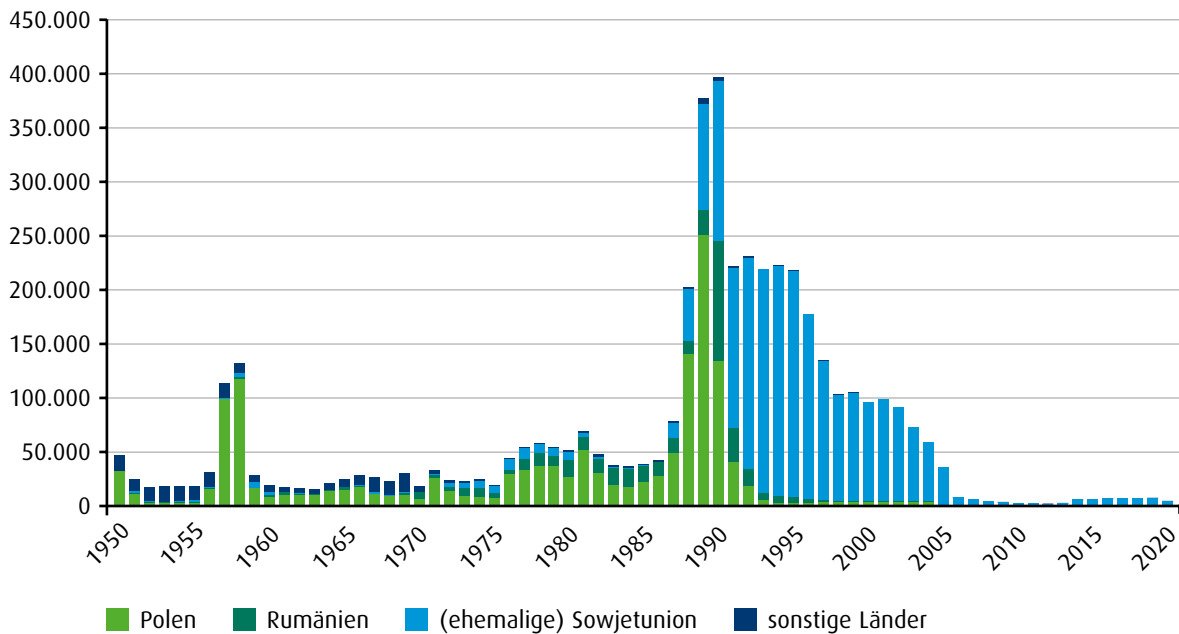
Im 20. Jahrhundert etablierte Sammelbezeichnung für die Nachfahren der vor allem in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ins damalige Russische Reich ausgewanderten Personen aus den deutschsprachigen Gebieten. Ein Großteil der Russlanddeutschen ist mittlerweile als (Spät-)Aussiedler bzw. (Spät-)Aussiedlerinnen nach Deutschland gekommen.

Postsowjetische Migration

Sammelbegriff für Personen, die aus der ehemaligen Sowjetunion oder deren Nachfolgestaaten nach Deutschland zugewandert sind (Panagiotidis 2021). Diese Personen bilden die größte – wenn auch sehr heterogene – Zuwanderungsgruppe in Deutschland. Sie umfasst neben (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern auch jüdische Kontingentflüchtlinge sowie Personen, die im Rahmen der Bildungs- und Erwerbsmigration, des Familiennachzugs oder aktueller Fluchtbewegungen nach Deutschland gekommen sind.

war bedingt durch zwei sich ergänzende Entwicklungen. Einerseits vermehrten sich durch die politische Öffnung die Optionen, überhaupt nach Deutschland ausreisen zu können. Zuvor hatten Aussiedlungsbewegungen in größerem Umfang stets nur basierend auf zwischenstaatlichen Verhandlungen und Vereinbarungen realisiert werden können. Andererseits

schränkte das KfbG 1993 den Zuzug der seitdem neu definierten Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus Staaten wie Polen und Rumänien auf rechtlicher Ebene massiv ein. Mit Ausnahme der Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie bis 2007 auch mit Ausnahme Estlands, Lettlands und Litauens mussten alle Antragstellenden nunmehr zur

Abb. 2.1 Registrierungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern in Deutschland seit 1950 (nach Aussiedlungsgebieten)

Quelle: BVA 2020b, BVA 2021

Anerkennung des Rechtsstatus nachweisen, dass sie auch nach 1992 noch „Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen auf Grund deutscher Volkszugehörigkeit“ unterlagen (§ 4 Abs. 2 BVFG).

Bereits 1991 betrug der Anteil von Personen aus der (ehemaligen) Sowjetunion an allen Registrierungen 66 Prozent. Danach stieg er weiter an und liegt seit 1995 stets über 96 Prozent. Die absolute Zahl der jährlichen Registrierungen von Personen aus der ehemaligen Sowjetunion stieg bis 1994 auf einen Höchstwert von 213.214 Personen an.

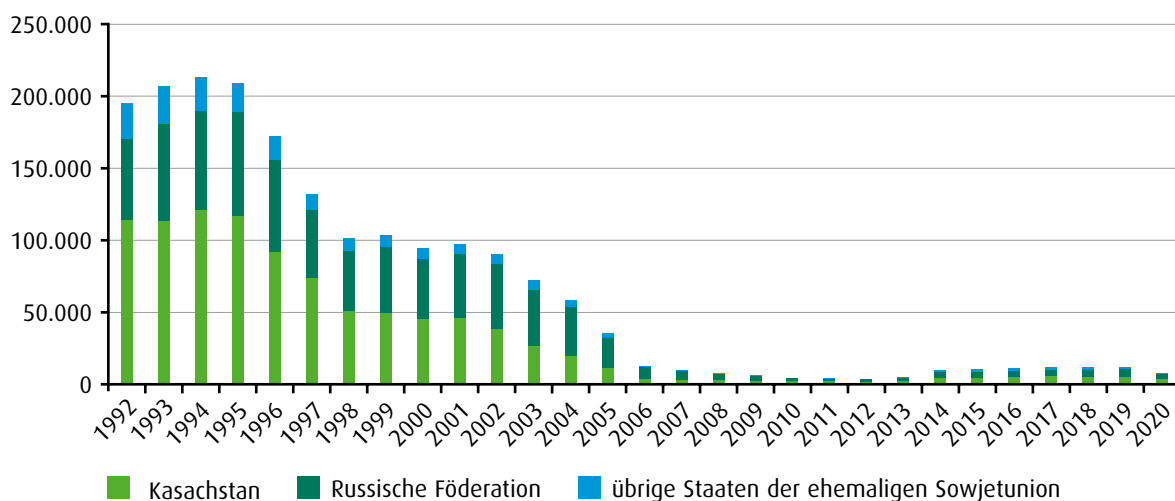
Seit 1992 können die Registrierungszahlen aus der ehemaligen Sowjetunion genauer nach den einzelnen Nachfolgestaaten unterschieden werden (Abb. 2.2). Mit 51 Prozent stammt etwa die Hälfte der seitdem zugewanderten Personen aus Kasachstan, während die Russische Föderation mit 39 Prozent etwas darunterliegt. Diese Anteile beruhen jedoch auf den Zahlen der zuwanderungsstarken 1990er Jahre. Seit 2002 liegt die Zahl der Registrierungen von Per-

sonen aus der Russischen Föderation stets über der aus Kasachstan. Von den übrigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion weisen lediglich Kirgisistan (4 %), die Ukraine (2 %) und Usbekistan (1 %) Anteile von über einem Prozent auf.

Ab 1995 setzte ein kontinuierlicher Rückgang der jährlichen Registrierungszahlen ein, der bis 2012 anhielt. In dieser Zeit sanken die vom BVA erfassten Zuzüge von 222.591 Personen im Jahr 1994 auf lediglich 1.817 Personen im Jahr 2012, was einem Rückgang von 99 Prozent entspricht. Die Gründe dafür liegen einerseits in den diversen Gesetzesnovellierungen, die den Rechtsstatus des Spätaussiedlers mit höheren Hürden versahen. Darunter fällt zum Beispiel die Einführung von verpflichtenden Sprachtests in den Aussiedlungsgebieten seit 1996 bzw. die grundsätzliche Notwendigkeit deutscher Sprachkenntnisse für Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie direkte volljährige Nachkommen, die im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes von 2004¹⁵ in das BVFG aufgenommen wurde (§ 27 BVFG). Andererseits handelt es sich bei

¹⁵ „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ vom 30.07.2004 (BGBl. 2004 Teil I Nr. 41 S. 1950).

Abb. 2.2 Registrierungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland seit 1992 (nach Aussiedlungsgebieten)



Quelle: BVA 2020b, BVA 2021

der Zielgruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler per Gesetzesdefinition um eine endliche Grundgesamtheit, da die den Antrag stellende Person vor dem 1. Januar 1993 geboren sein muss. Lediglich mitreisende Familienangehörige können jünger sein. Durch die starke Inanspruchnahme der Einreisemöglichkeiten zu Beginn der 1990er Jahre war die Zahl der noch in den Herkunftsregionen verbliebenen Personen, die potenziell einen Rechtsanspruch besitzen, bereits deutlich reduziert worden (s. z. B. Smirnova 2017 für die Russische Föderation). Ein Rückgang der Zuwanderung in diesem Bereich war daher absehbar.

Neue Dynamik im vergangenen Jahrzehnt

Ab 2013 stieg die Zahl der jährlichen Registrierungen jedoch wieder etwas an; 2017 waren es bereits mehr als 7.000 Personen. Auf diesem Niveau stabilisierte sich die Zuwanderung in den beiden Folgejahren und betrug im Jahr 2019 7.155 Personen. Sehr wahrscheinlich bedingt durch die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Beschränkungen im Rahmen des Aufnahmeverfahrens (s. dazu BVA 2020a) sank der Wert 2020 auf 4.309 Personen.

Ursächlich für den vorherigen Anstieg ist mit größter Wahrscheinlichkeit das am 14. September 2013 in Kraft getretene Zehnte Änderungsgesetz zum BVFG,¹⁶ das verschiedene Erleichterungen sowohl für die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern selbst als auch für die Familienzusammenführung enthielt. Die meisten Änderungen beziehen sich auf den Bereich der Sprache bzw. des Spracherwerbs. Wie zuvor ist eine Bedingung für die Anerkennung als Spätaussiedlerin bzw. -aussiedler, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können. Diese Sprachkenntnisse müssen seit der Gesetzesänderung jedoch nicht mehr auf eine familiäre Weitervermittlung zurückzuführen sein. In der praktischen Umsetzung bedeutet dies, dass Deutsch auch (nachträglich) als Fremdsprache erlernt werden kann und der Sprachtest als Nachweis beliebig oft wiederholbar ist (BVA 2013).

Gleichzeitig können Sprachkenntnisse auf dem Niveau B1 des „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen“ bzw. kann der Nachweis familiär vermittelter Sprachkenntnisse im Antragsprozess genutzt werden, um als Alternative zur Nationalitätenerklärung das „Bekenntnis zum deutschen

16 „Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes“ vom 06.09.2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 56 S. 3554).

Volkstum [...] auf andere Weise“ nachzuweisen (§ 6 Abs. 2 BVFG). Dieses Bekenntnis muss seit 2013 erst bis zur Ausreise erfolgen. Zudem wird bei Personen mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit, aufgrund derer der Besitz von Grundkenntnissen der deutschen Sprache nicht möglich ist, von einem Nachweis der Sprachkenntnisse abgesehen. Diese Ausnahme galt vorher lediglich bei einer dementsprechenden Behinderung im Sinne des SGB IV.

Durch das Gesetz wurde außerdem das Erfordernis der gemeinsamen Aussiedlung für Familienangehörige aufgehoben. Dadurch ist es seitdem auch außerhalb eines Härtefalls möglich, dass Ehepartnerinnen und -partner sowie direkte Nachkommen nachträglich in einen gültigen Aufnahmebescheid aufgenommen werden können, wenn sie alle sonstigen Voraussetzungen erfüllen. Zudem sind seitdem minderjährige Nachkommen vom verpflichtenden Nachweis der Sprachkenntnisse befreit und es gelten die bereits beschriebenen Ausnahmen bei entsprechenden Krankheiten (BMI/BAMF 2020).

Hoher Anteil von Familienangehörigen

Im Jahr 2019¹⁷ betrafen lediglich 25 Prozent der Registrierungen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in eigener Person (Registrierung nach § 4 BVFG). Bei 59 Prozent handelte es sich um Ehepartnerinnen und Ehepartner bzw. direkte Nachkommen (§ 7 BVFG). Weitere 16 Prozent stellten sonstige Familienangehörige dar (§ 8 BVFG). Eine Differenzierung nach Anspruchsgrundlage ist erst seit 1993 möglich. Damals reisten jährlich noch fast 220.000 Personen ein von denen rund drei Viertel nach § 4 BVFG registriert wurden. Bei einem Viertel handelte es sich um direkte Nachfahren sowie Ehepartnerinnen bzw. -partner. Lediglich unter ein Prozent waren sonstige Familienangehörige. Die Verhältnisse veränderten sich in den Folgejahren stets in Verbindung mit Änderungen der gesetzlichen Regelungen. Beispielsweise führte 1996 die Einführung der Prüfung durch Anhörung von Sprachkenntnissen der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler selbst zu einer Verschiebung der

Anträge von § 4 zu § 7 bzw. § 8 BVFG. 2004 wurden nur noch 19 Prozent der Personen nach § 4 BVFG registriert. Mit dem Abflachen der jährlichen Zuwanderung ab 2006 ging der Anteil noch einmal etwas nach oben, stabilisierte sich in der Folge jedoch weitestgehend auf den heutigen Wert.

Der quantitative Anteil der Angehörigen offenbart sich auch bei der Altersverteilung der im Jahr 2019 registrierten Personen. Insgesamt 39 Prozent aller Personen waren unter 25 Jahre alt – aufgrund der gesetzlichen Einschränkung der Geburtsjahre können dies nur Familienangehörige sein. Von den Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern nach § 4 BVFG war ca. die Hälfte über 45 Jahre alt (46 %), davon jedoch nur 15 Prozent über 65 Jahre.

Auch hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich Unterschiede zwischen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern (§ 4 BVFG) und deren Familienangehörigen. Während der Frauenanteil im Jahr 2019 in der ersten Gruppe mit 62 Prozent relativ hoch war, ist die Geschlechterverteilung bei den Familienangehörigen relativ ausgewogen. Von den insgesamt 7.155 registrierten Personen kamen zudem 48 Prozent aus der Russischen Föderation und 36 Prozent aus Kasachstan. Weitere 9 Prozent stammten aus der Ukraine.

Trotz des Anstiegs in den Jahren vor der Coronapandemie ist mittelfristig mit einem Auslaufen der Zuzugsbewegungen von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern zu rechnen. Dies hängt vor allem mit der Verknüpfung des rechtlichen Anspruchs einer Aufnahme mit dem Geburtsjahr zusammen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten geht davon aus, dass in den heutigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch etwa 650.000 deutschstämmige Personen leben. Zur Zeit der Sowjetunion waren es noch etwa zwei Millionen (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten o.J.). Darüber, wie viele dieser Personen theoretisch einen Rechtsanspruch auf eine Anerkennung als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler in Deutschland hätten, lassen sich keine Angaben machen.

17 Da die Werte für das Jahr 2020 vermutlich eine pandemiebedingte Ausnahme bilden, werden im Folgenden die Werte für 2019 betrachtet.

2.2 Soziodemografische Merkmale

Um einen Überblick über die soziodemografische Struktur der aktuell in Deutschland lebenden (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zu erhalten, werden im Folgenden Daten des Mikrozensus des Statistischen Bundesamts herangezogen (Info-Box 1). Mit diesen Daten werden in den Kapiteln 3 und 4 auch die aktuellen sozioökonomischen Verhältnisse und damit die Ergebnisse der dahinterstehenden Prozesse struktureller Integration beleuchtet. Bei den vorliegenden Analysen handelt es sich sowohl um eine Aktualisierung als auch eine Erweiterung der bereits 2013 in einem Forschungsbericht des BAMF-Forschungszentrums veröffentlichten Darstellungen (Worbs et al. 2013). Aufgrund von Änderungen in der Datenbasis des Mikrozensus bezüglich der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler können jedoch keine Vergleiche zu den Auswertungen von 2013 vorgenommen werden.¹⁸

Da es sich bei den dargestellten Zahlen um Hochrechnungen von Umfragedaten handelt, sollten Gruppenunterschiede auf niedrigem Niveau nicht überinterpretiert werden. Statistische Tests auf die Signifikanz bestehender Unterschiede konnten auf der Basis des vorliegenden Datenmaterials nicht durchgeführt werden.

Wie in Kapitel 2.1 dargestellt, variierte die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern in den vergangenen rund 70 Jahren stark bezüglich der Herkunftsländer. Gleichzeitig war die Zuwanderung aus bestimmten Regionen während einzelner Phasen sehr hoch, wie zum Beispiel diejenige aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach der deutschen Wiedervereinigung. Im Folgenden sollen Unterschiede innerhalb der heterogenen Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nach den verschiedenen Geburtsländern aufgezeigt

werden. Eine Aussage über etwaige Kausalzusammenhänge mit den Herkunftsregionen ist allerdings nicht möglich, da hierfür statistische Kontrollen für die jeweilige Aufenthaltsdauer durchgeführt werden müssten.

Fast jede fünfte selbst zugewanderte Person hat (Spät-)Aussiedlerstatus

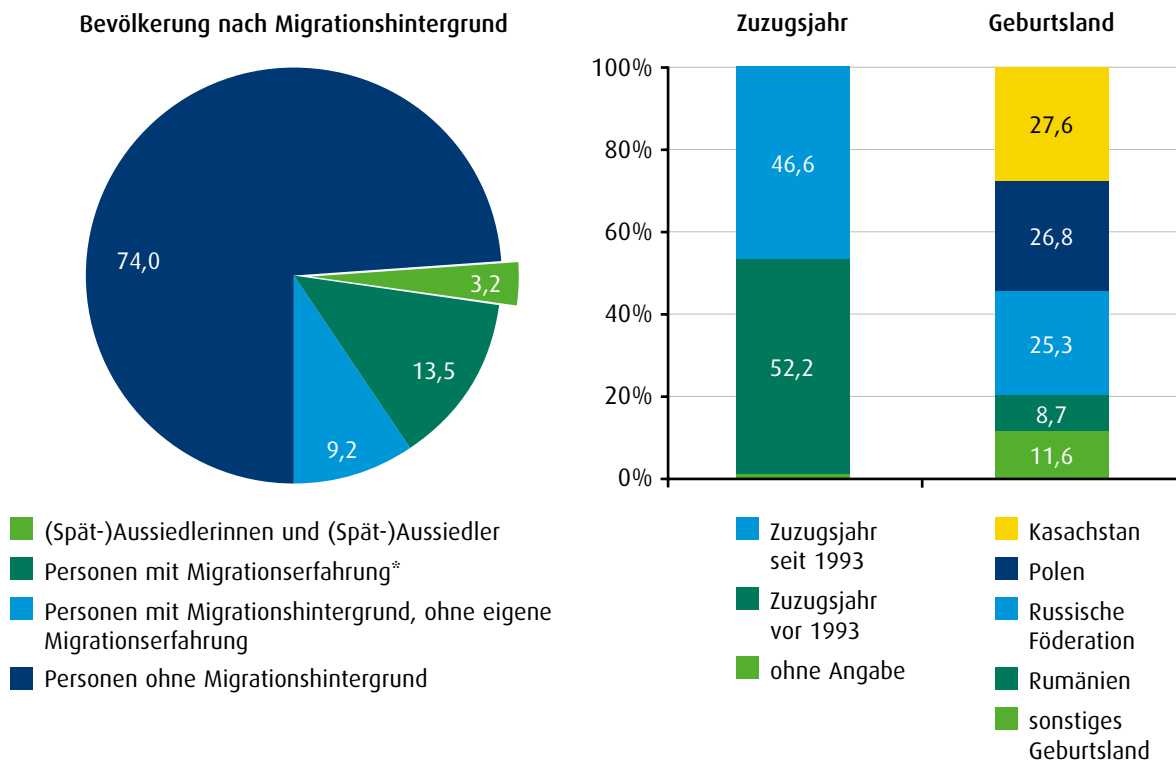
Die aktuellste für diesen Bericht auswertbare Datengrundlage des Mikrozensus ist die Erhebung von 2019. Zu diesem Zeitpunkt lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Deutschland ca. 2,6 Millionen Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler erhalten haben. Demnach sind in dieser Definition des Mikrozensus weder mitreisende Familienangehörige enthalten, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht angenommen haben, noch in Deutschland geborene Nachkommen.

Abb. 2.3 zeigt den Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung sowie ihre Zusammensetzung nach Zuzugsjahr und Geburtsland. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler machten demnach 2019 etwa 3 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus (insgesamt 81,8 Mio. Personen).

Etwa drei Viertel der deutschen Bevölkerung besitzen nach Definition des Statistischen Bundesamts (s. Kap. 1) keinen Migrationshintergrund. Bezogen auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund (insgesamt 21,2 Mio. Personen) haben (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler einen Anteil von 12 Prozent; bezogen auf die darin enthaltene Teilgruppe der Personen mit eigener Migrationserfahrung (insgesamt 13,7 Mio. Personen) liegt er bei 19 Prozent. **Das bedeutet, dass von den im Jahr 2019 in Deutschland wohnhaften Personen, die selbst nach Deutschland zugezogen sind, fast jede fünfte Person im Rahmen**

¹⁸ 2011 betrug die Anzahl der im Mikrozensus erfassten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ca. 3,2 Millionen Personen und liegt deutlich über der (weiter unten) dargestellten Summe von 2,6 Millionen Personen im Jahr 2019. Zwar kann durch die geringe Zuwanderung der letzten 15 Jahre (s. Kap. 2.1) bei einem gleichzeitig relativ hohen Durchschnittsalter (s. in diesem Kap. weiter unten) von einer gesunkenen Anzahl an aktuell in Deutschland lebenden (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ausgegangen werden. Die Größe des Unterschieds lässt sich jedoch nicht allein durch diese demografischen Parameter erklären. Zusätzlich müssen methodische Gründe einbezogen werden. Diese betreffen vor allem die genauere Erfassung des Geburtsstaates der Befragten und deren Eltern seit 2017. Dadurch kann die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler präziser erfasst bzw. können unplausible Fälle bereinigt werden. Im Jahr 2017 führte dies zu einer Reduktion der Fallzahl um ca. 450.000 Personen (Statistisches Bundesamt 2020: 5).

Abb. 2.3 Verteilung der Bevölkerung 2019 (nach Migrationshintergrund sowie Zuzugsjahr und Geburtsland der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, in Prozent)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

des Aufnahmeverfahrens für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zugewandert ist.

Etwa die Hälfte der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ist vor 1993 zugezogen – dem Jahr, als umfassende Neuregelungen bei der Aufnahme in Kraft getreten sind (s. Kap. 2.1). Die Gesamtgruppe kann somit etwa gleichmäßig in Personen mit Aussiedlerstatus sowie solche mit Spätaussiedlerstatus unterteilt werden. Dieses Verhältnis spiegelt sich auch in den wichtigsten Geburtsländern wider. Das häufigste Herkunftsgebiet auf Gesamtebene ist Kasachstan mit 28 Prozent, während ein Viertel der Personen aus dem Gebiet der Russischen Föderation stammt (25 %).¹⁹ Der Anteil an Personen aus dem Ge-

biet der ehemaligen Sowjetunion liegt insgesamt bei 61 Prozent. Polen stellt mit 27 Prozent das zweithäufigste Geburtsland dar, während Rumänien mit 9 Prozent deutlich dahinter liegt.²⁰

Doppelte Staatsangehörigkeit bei Personen aus Kasachstan eher selten

Mit den Geburtsländern variiert auch der Anteil an deutschen Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Grundsätzlich ist bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern davon auszugehen, dass es sich bei der zweiten Staatsangehörigkeit in den meisten Fällen um die des Landes handelt, das zuvor im Rahmen der Aussiedlung verlassen wurde. Während bei

¹⁹ Die Abfrage des Mikrozensus richtet sich nach dem heutigen Staat, in dessen Gebiet der Ort der Geburt liegt. Im weiteren Verlauf werden diese Staaten als solche genannt, auch wenn die Geburt z. B. in der ehemaligen Sowjetunion erfolgte.

²⁰ (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus anderen Staaten können aufgrund der niedrigen Fallzahlen nicht sinnvoll abgebildet werden. Siehe hierzu die Auswertungen der BVA-Registrierungsstatistik in Kapitel 2.1.

Tab. 2.1 Geschlechterverteilung der Bevölkerung 2019 (nach Migrationshintergrund)

	Geschlecht	
	männlich	weiblich
(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler	47,0%	53,0%
Personen mit Migrationserfahrung*	51,5%	48,5%
Personen ohne Migrationshintergrund	48,9%	51,1%

Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Personen aus der Russischen Föderation mit 22 Prozent über ein Fünftel mindestens eine zweite Staatsangehörigkeit besitzt, liegt dieser Anteil bei Personen aus Polen und Rumänien mit 18 bzw. 15 Prozent deutlich darunter. Noch geringer ist er bei Personen aus Kasachstan mit lediglich 5 Prozent. Der Wert für die übrigen Personen mit Migrationserfahrung ist mit 7 Prozent ebenfalls sehr niedrig und liegt deutlich unter dem Wert für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler insgesamt (14 %).²¹ Dies kann damit begründet werden, dass Letztere im Gegensatz zu anderen zugewanderten Personen aus Drittstaaten ihre zuvor bestehende Staatsangehörigkeit nach deutschem Recht nicht aufgeben mussten. Allerdings kann die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit den Entzug der alten Staatsangehörigkeit durch den Herkunftsstaat zur Folge haben. Beispielsweise verlieren seit 2004 alle Kasachinnen und Kasachen automatisch ihre Staatsangehörigkeit, wenn sie die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates annehmen (Deutsche Vertretung in Kasachstan 2021). Dies ist grundsätzlich auch rückwirkend der Fall, was den geringen Anteil an (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit doppelter Staatsangehörigkeit erklärt, die in Kasachstan geboren wurden.

Mehr Frauen und wenige junge Menschen

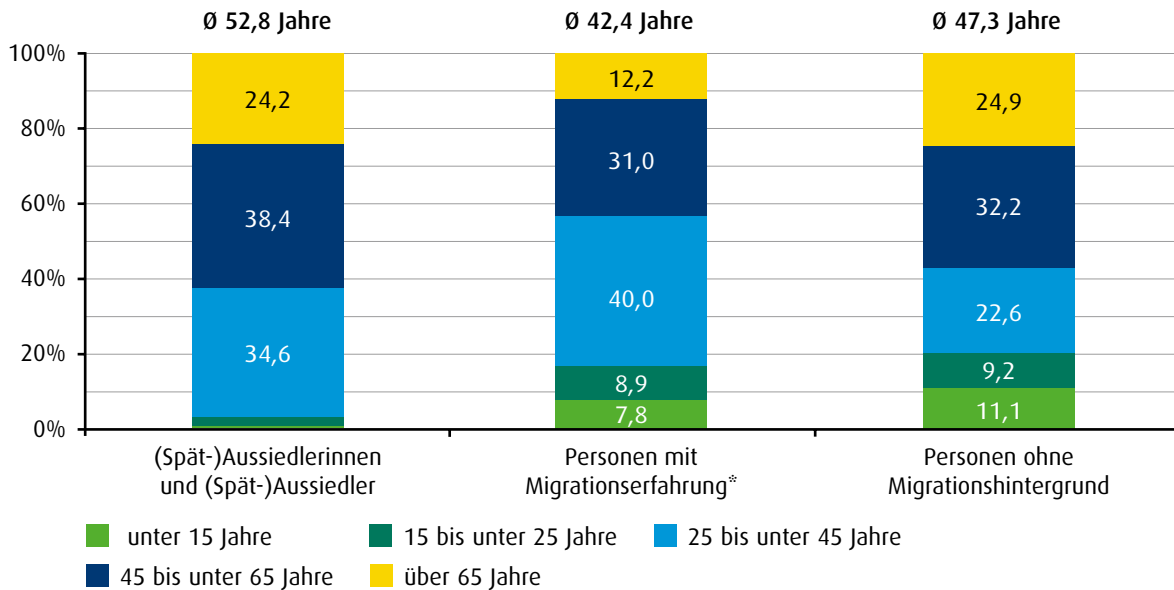
Tab. 2.1 sowie Abb. 2.4 und Abb. 2.5 zeigen die wichtigsten soziodemografischen Merkmale der

unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Während Personen ohne Migrationshintergrund mehrheitlich weiblich sind (51 %), stellen bei Personen mit Migrationserfahrung, die keine (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sind, Männer die Mehrheit (51 %). Der Frauenanteil bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sowie deren sämtlichen Untergruppen liegt mit 53 Prozent näher an dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Werte bei den unterschiedlichen Geburtsländern der Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus sind mit 53 bis 54 Prozent ähnlich.

Da in der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler keine in Deutschland geborenen Nachkommen enthalten sind und die Phase hoher Zuwanderung bereits 25 Jahre zurückliegt, unterscheidet sich deren Altersverteilung stark von derjenigen der Vergleichsgruppen. Während in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 2019 etwa ein Fünftel der Personen unter 25 Jahre alt war (20 %), liegt der Anteil bei Personen mit Migrationserfahrung mit 17 Prozent etwas niedriger. Unter (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sind es jedoch lediglich 3 Prozent. Aufgrund der zum Teil sehr niedrigen Fallzahlen und der damit einhergehenden Sperrung in den Auswertungen des Mikrozensus kann die Verteilung nicht für die einzelnen Geburtsländer aufgezeigt werden. Jedoch kann festgestellt werden, dass der Anteil der über 65-jährigen bei Personen aus

²¹ Die aufgezeigten Werte für doppelte Staatsangehörigkeiten anhand des Mikrozensus gelten als methodisch unterschätzt und liegen in der Realität wohl etwas höher. Dies kann sowohl auf ein bewusstes Verschweigen als auch auf ein mangelndes Wissen um die weitere Staatsangehörigkeit zurückgeführt werden (Diefenbach/Weiß 2006: 21; s. dazu auch Worbs 2017).

Abb. 2.4 Altersstruktur der Bevölkerung 2019 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Kasachstan mit 11 Prozent deutlich geringer ist als bei Personen aus Polen (31 %) und Rumänien (33 %), aber auch geringer als bei Personen aus der Russischen Föderation (24 %).

Diese Unterschiede in der Altersverteilung wirken sich auf den Altersdurchschnitt der verschiedenen Gruppen aus. Dieser ist bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 52,8 Jahren am höchsten. Personen ohne Migrationshintergrund sind mit durchschnittlich 47,3 Jahren deutlich jünger, die anderen Personen mit Migrationserfahrung mit 42,4 Jahren noch jünger.

Der Altersdurchschnitt der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler spiegelt in der Differenzierung nach Geburtsländern das Migrationsgeschehen der unterschiedlichen Zeitperioden wider. Während Personen mit Geburtsland Polen oder Rumänien durchschnittlich 57,2 bzw. 58,3 Jahre alt sind, liegen die Werte für Kasachstan und die Russische Föderation mit 46,7 bzw. 51,6 Jahren deutlich darunter. Für die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ist dementsprechend auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer

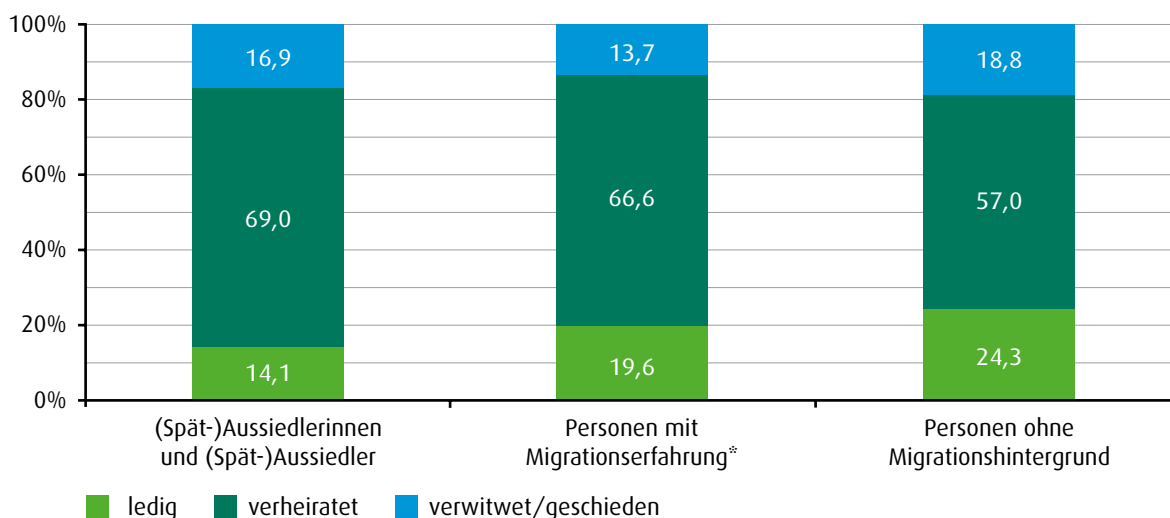
er deutlich kürzer – sie liegt bei 24,3 Jahren –, während sich Personen aus Polen und Rumänien im Jahr 2019 schon mehr als 30 Jahre in Deutschland aufhielten (35,8 bzw. 32,9 Jahre).

Vergleicht man das durchschnittliche Alter der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler bei ihrer Ersteinreise nach Deutschland, zeigen sich recht deutliche Unterschiede je nach Geburtsland: Während Personen aus der Russischen Föderation mit 28,0 Jahren am ältesten waren, ist der Wert für Personen aus Polen am niedrigsten (21,5 Jahre). Personen aus Kasachstan und Rumänien liegen mit 23,2 bzw. 25,9 Jahren dazwischen. Das durchschnittliche Einreisearter der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ist demjenigen der übrigen Personen mit Migrationserfahrung sehr ähnlich (24,2 Jahre gegenüber 23,6 Jahren).

Hoher Anteil an Verheirateten und Familien

Auch bezüglich des Familienstandes und der Haushaltsstruktur liegen Unterschiede zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern und der übrigen Bevölkerung vor, wobei diese stark mit den

Abb. 2.5 Familienstand der Bevölkerung ab 25 Jahren 2019 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

aufgezeigten Altersunterschieden zusammenhängen. Während nur 16 Prozent aller (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ledig sind, sind es bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 40 Prozent und bei anderen Personen mit Migrationserfahrung 32 Prozent. Der Anteil der Verheirateten liegt bei Menschen mit (Spät-)Aussiedlerstatus mit über zwei Dritteln (67 %) deutlich über dem der anderen beiden Gruppen (46 bzw. 56 %).

Betrachtet man für eine bessere Vergleichbarkeit lediglich die Bevölkerung ab 25 Jahren (Abb. 2.5), liegen die Anteile deutlich näher beieinander. Aber auch hier sind noch Unterschiede zu erkennen, die auf einen höheren Anteil verheirateter Personen unter (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern hinweisen.

Bezüglich der einzelnen Geburtsländer liegen die Werte bei den über 25-Jährigen sehr nah beieinander. Bei Personen aus Polen und Rumänien lassen sich jeweils höhere Anteile geschiedener oder verwitweter Personen ausmachen, was zumindest teilweise mit dem höheren Durchschnittsalter erklärt werden kann.

Im Mikrozensus wird die Bevölkerung in Privathaushalten zudem anhand des Konzepts der Lebensform abgebildet. Dieses umfasst Eltern- sowie Part-

nerschaftsbeziehungen. Dabei können innerhalb eines Haushalts mehrere Lebensformen parallel existieren (z. B. in Wohngemeinschaften). Lebensformen, denen mindestens eine Person der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zugeordnet werden kann, bestanden im Jahr 2019 zu etwa einem Drittel (32 %) aus Paaren ohne Kinder sowie zu 30 Prozent aus alleinstehenden Personen. Die restlichen 38 Prozent lebten als Familien mit mindestens einem Kind zusammen – als Alleinerziehende oder als (Ehe-)Paare. Hier ist der Anteil der Familien mit mindestens einer (Spät-)Aussiedlerin bzw. einem (Spät-)Aussiedler aus Kasachstan am höchsten (50 %), gefolgt vom Wert für Menschen aus der Russischen Föderation (43 %). Bei den Herkunftsländern Polen und Rumänien ist die familiäre Lebensform deutlich seltener anzutreffen (30 bzw. 33 %). Hier kann jedoch aufgrund des höheren Altersdurchschnitts auch von einer höheren Zahl an bereits ausgezogenen erwachsenen Kindern ausgegangen werden.

Lebensformen, in denen keine Person einen Migrationshintergrund besitzt, weisen mit 47 Prozent einen deutlich höheren Anteil an alleinstehenden Personen auf sowie einen geringeren Anteil an Familien mit Kindern (23 %). In Lebensformen, in denen

mindestens eine Person eine eigene Migrationserfahrung hat, jedoch niemand der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zugeordnet werden kann, liegt sowohl der Anteil an Alleinstehenden (37 %) als auch derjenige an Familien (40 %) etwas höher.

Kinderzahl und Fertilitätsrate

In Familien, in denen mindestens eine Person (Spät-)Aussiedlerin bzw. (Spät-)Aussiedler ist, lebten im Durchschnitt 1,7 Kinder. In 73 Prozent der Familien war dabei mindestens ein Kind unter 18 Jahre alt. Dies entspricht etwa den Verhältnissen in Familien, in denen keine Person einen Migrationshintergrund besitzt (1,7 Kinder sowie 67 %). In Familien, in denen mindestens eine Person eine eigene Migrationserfahrung aufweist, aber niemand (Spät-)Aussiedlerin bzw. (Spät-)Aussiedler ist, liegt der Wert mit durchschnittlich 1,9 Kindern etwas höher. Dabei ist zu beachten, dass Kinder, die bereits ausgezogen sind, nicht in diese Statistik eingehen, hier also lediglich die aktuelle familiäre Lebenssituation abgebildet wird. Daraus sind keine weiteren Aussagen zu Unterschieden bei der allgemeinen Anzahl an Nachkommen möglich.

Betrachtet man stattdessen die weiblichen (Spät-)Aussiedlerinnen anhand der gesamten Anzahl an geborenen Kindern, ergibt sich ein etwas anderes Bild. Nach Auswertungen des Mikrozensus 2016 hatten diese im Durchschnitt 1,7 Kinder geboren. Diese Zahl liegt auf einem ähnlichen Niveau wie bei den übrigen Frauen mit Migrationserfahrung (1,6), jedoch deutlich höher als bei Frauen ohne Migrationshintergrund (1,2). Diese Differenz zu Frauen ohne Migrationshintergrund zieht sich durch sämtliche Altersgruppen und besteht beispielsweise auch noch bei zwischen 1982 und 2001 geborenen Personen. Speziell innerhalb dieser Gruppe muss jedoch der höhere Altersdurchschnitt der (Spät-)Aussiedlerinnen berücksichtigt werden. Zudem ist der Wert bei (Spät-)Aussiedlerinnen, die auf dem Gebiet der ehemaligen So-

wjetunion geboren wurden, mit durchschnittlich 1,8 Kindern höher als bei Personen mit dem Geburtsland Polen (1,5) oder Rumänien (1,4). Dieser Unterschied ist ebenfalls in allen Altersgruppen sichtbar.

2.3 Zentrale Aspekte der Integration

Die vorliegende Studie analysiert die Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern in ihrer Breite und auf verschiedenen Ebenen. **Integration wird dabei als „möglichst chancengleiche Teilhabe aller Personen an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“ verstanden (SVR 2010: 13).** Dies betrifft etwa die Teilhabe an Bildung und Ausbildung, am Arbeitsmarkt, aber auch an sozialen Beziehungen sowie die politische und gesellschaftliche Partizipation (SVR 2018b: 70). Dabei müssen sowohl die Institutionen einer Gesellschaft als auch die einzelnen Mitglieder daran arbeiten, den Zugang zu Ressourcen in einer Gesellschaft für alle Gesellschaftsmitglieder zu eröffnen und ggf. auch weiterzuentwickeln (SVR 2018b: 70). „Gesellschaftliche und institutionelle Strukturen müssen für die Heterogenität der Bevölkerung geöffnet und diversitätssensibel gestaltet werden“ (SVR 2018b: 71).²²

Integration als zweiseitiger Prozess

Zwar kann eine mehr oder weniger einseitige Anpassung von Zugewanderten an die Aufnahmegesellschaft empirisch ein Ergebnis von Integrationsprozessen sein; sie stellt aber nicht die einzig mögliche oder sinnvolle Form der Annäherung dar (Sauer/Brinkmann 2016: 4–5). Insofern grenzt sich das hier vorliegende Verständnis von Integration vom Verständnis klassischer Assimilationstheorien ab, die eine (einseitige) Anpassung von Zuwanderinnen und Zuwanderern als entweder sinnvoll oder von vornherein als empirisch wahrscheinlichste Variante verstehen (Esser 2001). **Darüber hinaus ist Integration nicht als ein einmal zu erreichender Zustand zu definieren, sondern vielmehr als ein „dauerhafter und**

22 Auch wenn der Integrationsbegriff prinzipiell alle Bürgerinnen und Bürger umfasst (und nicht nur solche mit Zuwanderungsgeschichte, die hier im Fokus stehen), lehnen einige Autoren und Autorinnen den Integrationsbegriff grundsätzlich ab, da mit dem Begriff stets eine Dichotomie transportiert werde zwischen denjenigen, die integriert seien, und denjenigen, die in etwas zu integrieren seien (Kögel 2020: 242–243).

ergebnisoffener interaktiver Prozess der ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe von Menschen auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene“ (SVR 2012: 55). Für eine möglichst ganzheitliche Untersuchung von Integration muss sowohl die kollektive als auch die individuelle Ebene in den Blick genommen werden. Nicht zuletzt geht es bei einer umfassenden Integrationsforschung um Austauschbeziehungen und Verflechtungen von Individuen und sozialen Gruppen in einer Gesellschaft (Pries 2015: 31). Darüber hinaus kann Integration – auch hier hat sich das Verständnis ausgehend von klassischen Assimilationsvorstellungen weiterentwickelt – nicht als ein Entweder-oder-Prozess verstanden werden. Insbesondere geht es nicht darum, sich unbedingt nur einseitig verbunden und zugehörig zu fühlen – also entweder der Aufnahme- oder der Herkunftsgesellschaft. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass es sich um ein Sowohl-als-auch handeln kann, dass Menschen sich also mehr als einer politischen, geografischen oder kulturellen Entität zugehörig fühlen können (Pries 2015: 34).

Bereiche der Teilhabe

Unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche existieren nicht unabhängig voneinander. So befördert beispielsweise eine gute Teilhabe an Bildung die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Dennoch sind die Bereiche der Teilhabe analytisch zunächst separat zu betrachten. **Die vorliegende Studie untersucht die Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern auf Basis von vier „klassischen“ Bereichen: strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Integration (Esser 2001: 8–15; Gordon 1964: 69–70).** Die strukturelle Dimension zielt dabei stärker als die übrigen Dimensionen auf die institutionelle Ebene ab. Hier geht es um eine gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem sowie am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die für eine gesamtgesellschaftliche Teilhabe als unerlässlich angesehen werden kann (s. Kap. 3).²³ Die kulturelle Ebene schließt einerseits Kenntnisse

kultureller Gepflogenheiten in einer Gesellschaft ein, andererseits das Beherrschen der jeweiligen Landessprache (s. Kap. 5). Die soziale Integration thematisiert schließlich die sozialen Beziehungen zum einen innerhalb einer Community von Personen mit Zuwanderungsgeschichte (Binnenintegration), zum anderen zu Gesellschaftsmitgliedern ohne Migrationshintergrund (s. Kap. 6). Die Wohnsituation (s. Kap. 4) ist sowohl ein Aspekt der sozialen als auch der strukturellen Integration. Wo Zugewanderte sich ansiedeln, ist von ihren ökonomischen Ressourcen abhängig. Zugleich kann die eigene Wohnlage den Aufbau sozialer Netzwerke sowohl mit Zugewanderten (der eigenen Herkunft) als auch mit Personen ohne Zuwanderungsgeschichte fördern oder behindern. Der Bereich der identifikatorischen Integration deckt schließlich das Gefühl der Zugehörigkeit in einer Gesellschaft ab (s. Kap. 6).

Zwar existieren Annahmen darüber, dass diese verschiedenen Teilhabebereiche (wahrscheinlich) in einer spezifischen Reihenfolge aufeinanderfolgend realisiert werden. So wird etwa häufig davon ausgegangen, dass kulturelle und strukturelle Integration als Erstes durchlaufen werden (Hoesch 2018: 87–88). Zugleich zeigt sich, dass Teilhabeprozesse individuell sehr unterschiedlich verlaufen können. Nicht zuletzt widerspricht das Verständnis von Integration als einem fortlaufenden gegenseitigen Aushandlungsprozess der Annahme fixer aufeinanderfolgender Stufen (Pries 2015: 34). Allerdings lässt sich sagen, dass eine emotionale Zugehörigkeit zu einem Land häufig erst nach Jahren oder sogar Jahrzehnten entsteht (Diehl/Schnell 2006: 809).

Ethnisch privilegierte Zuwanderung und Integration

All diese Aspekte von Integration spielen bei der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aufgrund ihrer spezifischen Migrationsbedingungen eine besondere Rolle. Sowohl die Migrationsmotivation als auch die Aufnahmebedingungen in Deutschland folgten einer Logik der ethnischen

²³ Auch wenn institutionelle Steuerungsmechanismen in diesem Bereich besonders wichtig sind, lassen sich auch hier individuelle Benachteiligungen, etwa von Kindern mit Migrationshintergrund im Bildungssystem, belegen (SVR-Forschungsbereich 2014; SVR-Forschungsbereich 2016a; SVR 2021b).

Zugehörigkeit zu Deutschland.²⁴ So galten sie in der Bundesrepublik Deutschland, die sich bis weit in die 1990er Jahre nicht als Einwanderungsland verstand, als Deutsche und wurden von anderen Zugewanderten unterschieden bzw. rechtlich nicht als Zugewanderte im engeren Sinne verstanden. Dies zeigt sich u. a. daran, dass das Ausländerrecht für sie nicht galt (Panagiotidis 2018).

Es lassen sich vier zentrale Besonderheiten der (Spät-)Aussiedlermigration benennen, die bis weit in die 1990er Jahre hinein für andere Zuwanderungsgruppen nicht galten: Die Zuwanderung erfolgte auf einer ethnischen Grundlage (1); sie kann aufgrund der (damals) stark beschränkten Zugangswege nach Deutschland bzw. zur deutschen Staatsangehörigkeit als privilegierte Migration begriffen werden (2); die Aufnahme hatte darüber hinaus eine Wiedergutmachungsfunktion in der Folge des Zweiten Weltkriegs (3) und die Integration der Zugewanderten wurde mit entsprechenden Angeboten – etwa Sprachkursen oder der Möglichkeit der Anerkennung von Bildungsabschlüssen – staatlich enger begleitet, als dies zur damaligen Zeit üblich war (4) (Panagiotidis 2021: 42–43). Diese vier Aspekte schufen ein positives Migrationsregime im sonst eher migrationsskeptischen Deutschland der 1980er und 1990er Jahre, das die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern beförderte und zugleich dazu beitrug, dass vorhandene Netzwerke in Deutschland sich erweiterten und die Migrationsmotivation nochmals erhöhten (Panagiotidis 2021: 38).²⁵

Einerseits eröffnete diese privilegierte Migrationssituation den Zuwanderinnen und Zuwanderern mit (Spät-)Aussiedlerstatus Teilhabechancen, die anderen Zugewanderten und in Deutschland Geborenen mit Migrationshintergrund verwehrt blieben. Andererseits erzeugte gerade die Vorstellung der (ausschließ-

lichen) ethnischen Zugehörigkeit zu Deutschland einen Assimilationsdruck (Panagiotidis 2021: 52). Zudem wurden und werden (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler von der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte häufig ungeachtet der rechtlichen Lage nicht als Deutsche wahrgenommen, was ihrer Eigenwahrnehmung zuweilen widerspricht und daher zu einer spezifischen Konfliktsituation führt (s. Kap. 6.4).

Darüber hinaus brachten die begleitenden Integrationsmaßnahmen nicht immer den gewünschten Effekt oder waren nicht optimal an die empirische Realität der Zuwanderung angepasst. So wurde das Sprachkursangebot Mitte der 1990er Jahre reduziert, als vermehrt postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit schlechteren Deutschkenntnissen zuwanderten (s. Kap. 5). Auch das Recht auf Anerkennung erworbener Bildungsabschlüsse verhinderte Dequalifizierungserfahrungen nicht (s. Kap. 3.2) und das Fremdrentengesetz zur Sicherung der Altersbezüge schützt seit seiner Reform im Jahr 1996 nicht mehr zuverlässig vor Altersarmut (s. Kap. 3.3) (Panagiotidis 2021: 53).

Somit ist der (politische) Umgang mit dieser ethnisch begründeten Migration zwar einerseits von Privilegierungen gekennzeichnet, zugleich waren die zugewanderten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler andererseits aber auch mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert. Diese gilt es in den einzelnen Abschnitten der vorliegenden Studie zu berücksichtigen. Darüber hinaus liefert die staatliche Begleitung der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung wertvolle Erkenntnisse über sinnvolle Integrationsangebote, wie sie heute auch anderen Zuwanderungsgruppen offenstehen (z. B. Sprachkurse).

24 Ethnische Migration kann als regional begrenzte, legitimierte Ausnahme eines sonst auf die Fähigkeiten der Zugewanderten ausgerichteten *Policy Regimes* verstanden werden, bei der eine Sonderstellung im Hinblick auf Migrations- und Integrationsbedingungen auf Basis herkunftsspezifischer Merkmale begründet wird (Joppke 2005: 2–3). Dabei ist der Aspekt der „ethnischen“ Zugehörigkeit zu einem Land nur ein Aspekt ethnisch bedingter Migration. So kann etwa auch die Aufnahme jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland oder den USA als ethnische Migration bezeichnet werden (Fassmann/Münz 1996: 20).

25 Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass neben der Frage der Zugehörigkeit, die die rechtliche Grundlage der Migration bildet, auch andere Beweggründe für die Zuwanderung in Betracht kamen, etwa wirtschaftliche Gründe (Fassmann/Münz 1996: 20).

3 Bildungsabschlüsse und Teilhabe am Arbeitsmarkt

Auf Basis der Daten des Mikrozensus sollen in den folgenden beiden Kapiteln zentrale Bereiche der Lebenswelt von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern beschrieben werden. Dabei werden die jeweiligen Verteilungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen rein deskriptiv dargestellt. Da die Gruppen in ihrer soziodemografischen Struktur teilweise sehr stark voneinander abweichen (s. Kap. 2.2) und auf Basis der vorliegenden Datengrundlage keine statistische Kontrolle dieser Faktoren möglich ist, können keine Aussagen über kausale Zusammenhänge gemacht werden. Nichtsdestotrotz geben die Daten Hinweise auf bestehende empirische Phänomene. Diese werden – soweit möglich – in die vorliegende Literatur eingeordnet. Insgesamt lässt sich allerdings gerade für den Bereich der strukturellen Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ein Mangel an belastbarem Quellenmaterial feststellen.²⁶ Die hier vorgelegten Analysen dienen daher auch der Orientierung für zukünftige Forschung.

3.1 Schulische und berufliche Bildung

Aufgrund der Tatsache, dass der Mikrozensus lediglich selbst zugewanderte (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler erfasst, enthält die Gruppe kaum Personen unter 25 Jahren. Damit ist der Anteil an Personen in einer noch laufenden Schul- bzw. Berufsausbildung sehr gering. Aufgrund dessen werden für die folgenden Analysen zum Bildungshintergrund nur Personen im Alter von 25 bis 65 Jahren hinsichtlich ihrer Bildungsabschlüsse betrachtet. Dabei können die Daten keinen Aufschluss darüber geben, ob es sich um einen in Deutschland oder im Herkunftsland erworbenen Schulabschluss bzw. um einen deutschen oder einen (anerkannten) ausländischen Berufsabschluss handelt.

Wie Abb. 3.1 zeigt, ist der Anteil an (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ohne Schulabschluss – analog zur Bevölkerung ohne Migrationshin-

tergrund – mit 2 Prozent relativ niedrig. Dies steht in starkem Kontrast zur übrigen Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung, für die der Wert mit 16 Prozent deutlich höher liegt. Dabei muss jedoch die heterogene Struktur der zuletzt genannten Gruppe und hier besonders der in den letzten Jahren deutlich gestiegene Anteil geflüchteter Personen berücksichtigt werden. Ein Grund für die geringe Anzahl an Personen ohne Abschluss in der Gruppe mit (Spät-)Aussiedlerstatus liegt möglicherweise auch im Schulsystem der ehemals kommunistischen Aussiedlungsgebiete, das nur wenige Personen ohne einen ersten Abschluss verließen (Söhn 2011).

Abweichungen zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund existieren bezüglich der Art des vorhandenen Abschlusses. Während bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern der Anteil an Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss höher liegt, ist er bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife geringer. Dies ist auch im Vergleich zu den übrigen Personen mit Migrationserfahrung der Fall. Deren Anteil an Personen mit (Fach-)Hochschulreife liegt trotz der zugleich hohen Anzahl an Personen ohne Abschluss etwa auf dem Niveau der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

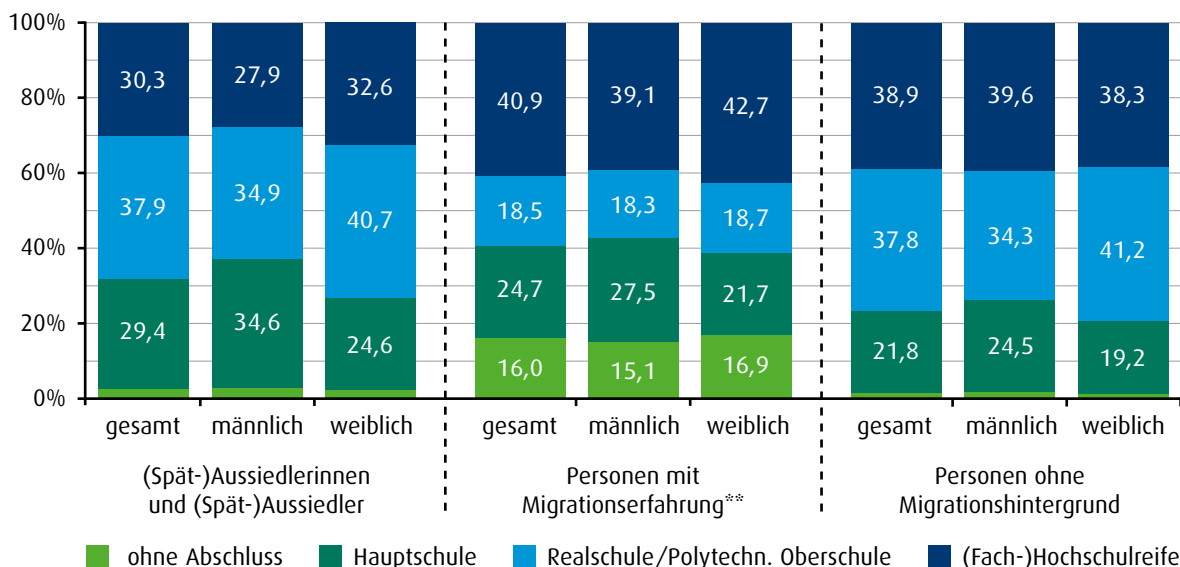
Mehr Frauen als Männer haben höhere Schulbildung

Für Personen mit besonders hoher Schulbildung zeigt sich zudem ein interessanter Unterschied im Geschlechterverhältnis: Wie bei den übrigen Personen mit Migrationserfahrung liegt der Anteil an Personen mit Hochschulreife bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern unter Frauen höher als unter Männern. Dies steht in genauem Gegensatz zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Bezüglich der Geburtsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler lassen sich für den Anteil der Personen ohne Abschluss bzw. mit Hauptschulabschluss nur geringe Unterschiede feststellen. Jedoch variiert das Verhältnis zwischen Personen mit Realschulabschluss und Hochschulreife zwischen den Geburtsländern Polen und Rumänien auf der einen sowie Personen, die auf dem Gebiet der ehemaligen

26 Für einen breiteren Literaturüberblick zu den hier behandelten Themen siehe Kap. 2.3 bzw. Worbs et al. 2013.

Abb. 3.1 Höchster allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2019*
(nach Migrationshintergrund und Geschlecht)



Anmerkung: * Nicht berücksichtigt sind noch in schulischer Ausbildung befindliche Personen sowie Personen ohne Angabe zur Art des Schulabschlusses; ** selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Sowjetunion geboren sind, auf der anderen Seite. Während der Anteil an Personen mit Realschulabschluss für Polen bei lediglich gut einem Viertel liegt (27 %), ist er bei Personen aus der ehemaligen Sowjetunion mit 44 Prozent deutlich höher. Gleichzeitig haben (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit Geburtsland Polen deutlich häufiger eine Hochschulreife als Personen, die in der ehemaligen Sowjetunion geboren sind (39 zu 25 %). Der bereits festgestellte höhere Anteil an Personen mit Hochschulreife unter Frauen zeigt sich über alle Geburtsländer hinweg.

Mittlere berufliche Bildungsabschlüsse dominieren

Unterschiedliche Voraussetzungen für die Teilhabe am Arbeitsmarkt zeichnen sich in gewisser Weise auch in der Verteilung der vorhandenen Berufsabschlüsse ab (Abb. 3.2). Der Anteil an Personen ohne beruflichen Abschluss ist bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 20 Prozent zwar weniger als halb so groß wie bei den übrigen Personen mit Migrations-

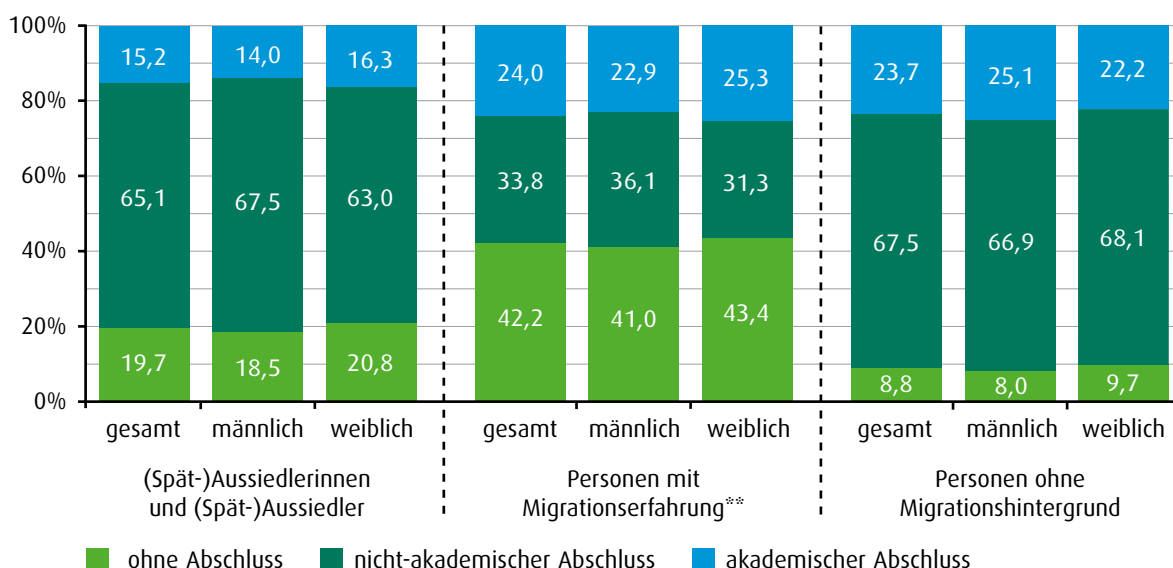
erfahrung (42 %), jedoch mehr als doppelt so groß wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (9 %). Gleichzeitig liegt der Anteil an Personen mit akademischem Abschluss²⁷ bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern unter demjenigen der anderen beiden Gruppen.

Zudem zeigt sich wie zuvor, dass der Anteil an Personen in der höchsten Bildungskategorie sowohl bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler als auch bei der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung unter Frauen größer ist als unter Männern. Gegensätzliches zeigt sich wiederum bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Betrachtet man die unterschiedlichen Geburtsländer, fällt bezüglich der Personen ohne Abschluss wiederum ein deutlicher Unterschied zwischen Polen und Rumänien (13 bzw. 15 %) einerseits und der Russischen Föderation und Kasachstan andererseits (23 bzw. 24 %) auf. Diese Differenz erklärt sich zumindest teilweise aus der unterschiedlichen Aufenthaltsdauer:

27 Abschluss an einer Berufsakademie, Fachhochschule oder Universität (inkl. Promotion).

Abb. 3.2 Höchster beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2019*
(nach Migrationshintergrund und Geschlecht)



Anmerkung: * Nicht berücksichtigt sind noch in beruflicher Ausbildung befindliche Personen sowie Personen ohne Angabe zur Art des Berufsabschlusses; ** selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Aufgrund ihres durchschnittlich wesentlich früheren Zuwanderungszeitpunkts hatten Personen aus Polen und Rumänien länger die Möglichkeit, eine berufliche Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

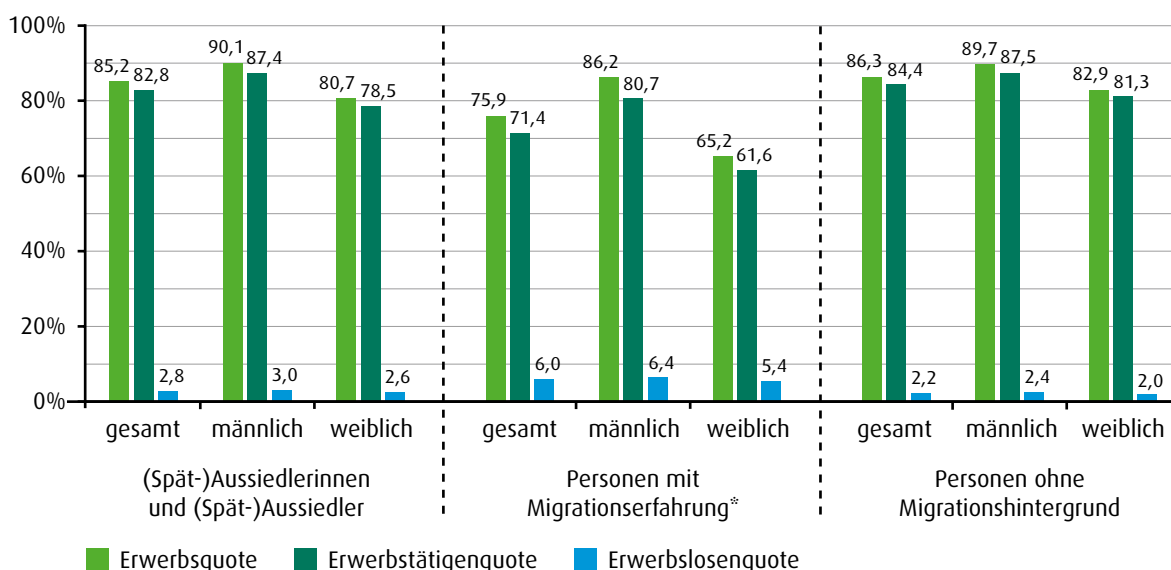
Bei Personen mit Geburtsland Polen bzw. Rumänien zeigt sich ein etwas höherer Anteil an Frauen, die keinen Abschluss haben, während für die ehemalige Sowjetunion keine Geschlechterunterschiede bestehen. Beim Geburtsland Polen liegt der Fokus insgesamt verstärkt auf Personen mit nicht-akademischen Abschlüssen (71 %), während Rumänien einen überdurchschnittlichen Anteil an Personen mit akademischen Abschlüssen aufweist (21 %). (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Kasachstan besitzen unter allen betrachteten Bevölkerungsgruppen mit 12 Prozent den geringsten Anteil an Akademikerinnen und Akademikern; für die Russische Föderation liegt der Anteil bei 15 Prozent. Die vergleichsweise geringe „Akademikerdichte“ unter den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion lässt sich zum Teil durch eine Benachteiligung der damaligen

deutschen Minderheit im Bildungsbereich erklären (Weiß 2013). Nichtsdestotrotz liegt der Anteil an Personen mit akademischem Abschluss bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus Polen mit 16 Prozent nur leicht über demjenigen der Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (14 %), was aufgrund des deutlich höheren Anteils an Personen mit Hochschulreife überrascht.

3.2 Arbeitsmarktbeteiligung und Beschäftigungsstruktur

Um zu beleuchten, inwiefern die in Kapitel 3.1 dargestellten Unterschiede in Bezug auf die schulische und berufliche Bildung sich auch im aktuellen Erwerbsleben der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler niederschlagen, sollen im Folgenden die grundsätzliche Beteiligung der Gruppe auf dem Arbeitsmarkt sowie einzelne Strukturunterschiede in der Beschäftigung dargestellt werden. Da sich in den betrachteten Quoten der Erwerbsbeteiligung sowohl der Anteil an Personen in Ausbildung als auch soziale Phänomene

Abb. 3.3 Erwerbs-, Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquote der Bevölkerung von 25 bis unter 65 Jahren 2019 (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)



■ Erwerbsquote ■ Erwerbstätigenquote ■ Erwerbslosenquote

Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

wie Jugendarbeitslosigkeit niederschlagen können und die unterschiedliche Altersstruktur der betrachteten Bevölkerungsgruppen dadurch zu einer mangelnden Vergleichbarkeit führt, werden analog zum Vorkapitel lediglich Personen im Alter von 25 bis 65 Jahren betrachtet.

Hohe Arbeitsmarktbeteiligung

Um die Arbeitsmarktbeteiligung adäquat abbilden zu können, werden zunächst drei verschiedene Indikatoren dargestellt (Abb. 3.3): Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote sowie Erwerbslosenquote.²⁸ Die Erwerbsquote gibt den Anteil aller Erwerbspersonen (d.h. Erwerbstätige und Erwerbslose²⁹) an der Gesamtheit der Bevölkerungsgruppe an. Sie bildet die Menge an Personen ab, die dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung stehen.

Vergleicht man die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich dieser Quote, so fällt auf, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler

mit 85 Prozent deutlich näher an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegen (86 %) als an den übrigen Personen mit Migrationserfahrung (76 %). **Diese Unterschiede ergeben sich vor allem durch die Erwerbsquote der Frauen. Diese ist zwar über alle betrachteten Bevölkerungsgruppen hinweg niedriger als die der Männer, bei den (Spät-)Aussiedlerinnen liegt sie jedoch deutlich höher als bei den übrigen Frauen mit Migrationserfahrung, aber etwas unter derjenigen der Frauen ohne Migrationshintergrund.** Speziell bei der Erwerbsquote der (Spät-)Aussiedlerinnen muss jedoch deren im Vergleich zu den anderen Gruppen durchschnittlich höheres Alter berücksichtigt werden.

Bezogen auf die Geburtsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ergibt sich folgendes Bild: Während die Quote bei Personen, die in Polen oder auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geboren sind, auf einem ähnlichen Niveau liegt (beide 85 %), weisen Personen, deren Geburts-

28 Die Auswertungen des Mikrozensus orientieren sich hierbei an den Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diese unterscheiden sich von dem statistischen Konzept der Arbeitslosenquote, das die Bundesagentur für Arbeit (BA) verwendet.

29 „Personen ohne Erwerbstätigkeit [...], die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d.h. innerhalb von zwei Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen“ (Statistisches Bundesamt 2021).

land Rumänien ist, einen etwas höheren Anteil auf (88 %).

Ähnlich sind die Zahlenverhältnisse bei der Erwerbstätigenquote. Diese gibt an, wie viele Personen in der betrachteten Altersgruppe der Bevölkerung aktuell tatsächlich eine Erwerbstätigkeit ausüben. Auch hier weisen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler insgesamt (83 %) einen nur etwas geringeren Wert auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (84 %), jedoch einen deutlich höheren als die übrigen Personen mit Migrationserfahrung (71 %), was wiederum vor allem an der Quote der Frauen festgemacht werden kann. Unter den verschiedenen Geburtsländern fällt zudem erneut Rumänien auf – Personen, die hier geboren wurden, sind in überdurchschnittlichem Maße erwerbstätig (zu 86 %).

Auch die Betrachtung der Erwerbslosenquote, also des Anteils der Erwerbslosen an der Gesamtheit der Erwerbspersonen, offenbart eine vergleichsweise hohe Arbeitsmarktbeteiligung der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Mit 3 Prozent liegt diese nur leicht über derjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (2 %). Die übrigen Personen mit Migrationserfahrung weisen mit 6 Prozent einen deutlich höheren Wert auf. Hierfür ist mit hoher Wahrscheinlichkeit die zeitintensive Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten mit ursächlich (s. dazu u.a. Brücker/Kosyakova/Schuß 2020).

Aufgrund der teilweise sehr geringen Fallzahlen ist an dieser Stelle keine Analyse auf Ebene der Geburtsländer möglich. Allgemein zeigt sich aber, dass die bis 1992 zugewanderte Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler eine leicht geringere Erwerbslosenquote aufweist als die der ab 1993 eingereisten Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Dies ist aufgrund der höheren Aufenthaltsdauer und der damit einhergehenden länger andauernden Möglichkeit zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt nicht überraschend.

Hoher Anteil an Arbeitern, weniger Selbständigkeit und Beamtentum

Insbesondere im Vergleich zu anderen Personen mit Migrationshintergrund, die selbst nach Deutschland zugewandert sind, lässt sich für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler also eine überdurchschnittliche Arbeitsmarktbeteiligung feststellen. Speziell für die früheren Zuzugsbewegungen aus Polen und Rumänien gilt die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt allgemein als sehr gut gelungen (Seifert 2008). Es finden sich jedoch auch Hinweise, dass bezüglich der später zugezogenen Personen Probleme bei der Arbeitsmarktintegration bestehen, die sich weniger in der Erwerbsbeteiligung selbst als in der Art der Beschäftigung niederschlagen (s. dazu u.a. Hochfellner/Wapler 2010).

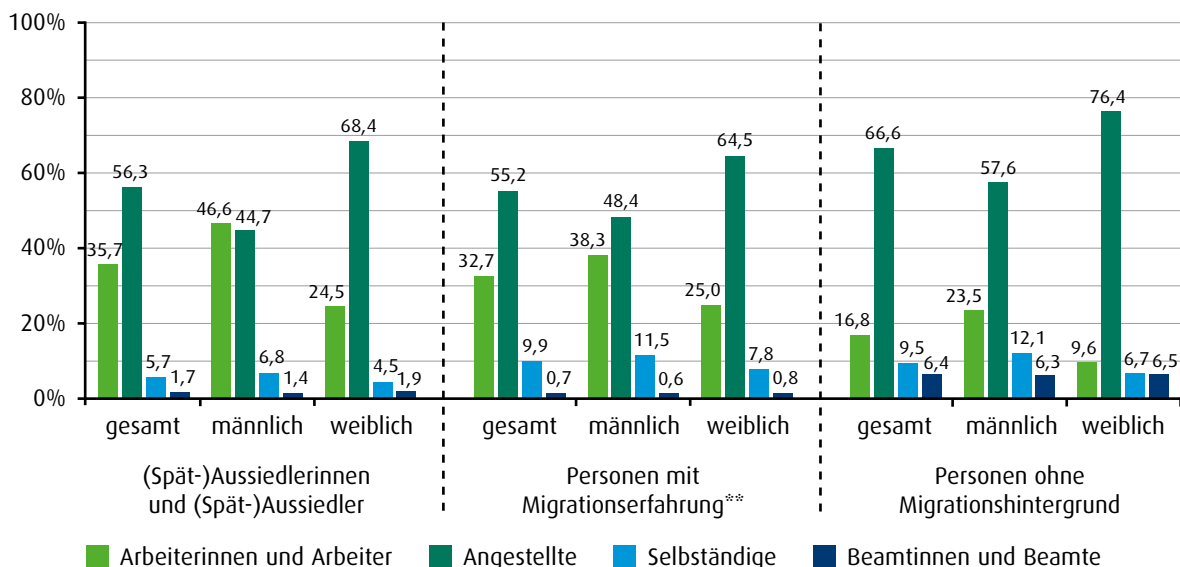
Im Folgenden wird daher näher auf die Beschäftigungsstruktur der erwerbstätigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler eingegangen. In Abb. 3.4 wird dazu die Stellung im Beruf betrachtet, die Erwerbstätige der verschiedenen Bevölkerungsgruppen innehaben. Dabei zeigt sich, dass unter erwerbstätigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern im Alter von 25 bis unter 65 Jahren der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter mit 36 Prozent überdurchschnittlich hoch ist. Der Wert ist deutlich höher als derjenige der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (17 %) und liegt auch leicht über demjenigen der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung (33 %). Der Unterschied zu letzterer Gruppe ergibt sich jedoch ausschließlich aus dem höheren Anteil unter Männern. In allen Gruppen ist der Anteil bei Männern deutlich höher als bei Frauen.

Bezüglich der Angestellten liegt der Anteil bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 56 Prozent etwa auf dem Niveau der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung (55 %) und damit deutlich unter dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (67 %). Hier ist über alle Gruppen hinweg ein besonders hoher Anteil unter Frauen zu erkennen.

Bei den Selbständigen liegt der Gesamtanteil bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 6 Prozent sowohl unter demjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (9 %) als auch unter demjenigen der übrigen Personen mit Migrationserfahrung (10 %). Anders als bei den Angestellten sind unter den Selbständigen zudem vermehrt Männer zu finden.

Beamtinnen und Beamte finden sich etwas häufiger unter (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern (2 %) als unter den übrigen Personen mit Migrationserfahrung. Dies kann damit begründet werden, dass der (Spät-)Aussiedlerstatus per Defi-

Abb. 3.4 Stellung im Beruf von Erwerbstätigen* im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2019 (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)



Anmerkung: * Angaben für mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende sind nicht enthalten, da diese für manche Teilgruppen aufgrund der zu geringen Fallzahlen nicht sicher genug sind. Auf der Ebene der Gesamtbevölkerung beträgt deren Anteil zudem lediglich 0,2 bzw. 0,5 Prozent. ** selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

nition mit der deutschen Staatsangehörigkeit einhergeht, die eine essenzielle Grundlage für den Beamtenstatus bildet. Unter ausländischen Personen steht die Möglichkeit der Verbeamtung allgemein nur EU-Staatsangehörigen offen. Trotzdem liegt der Anteil von Beamtinnen und Beamten auch unter (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern deutlich unter dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (6 %).

Bezüglich der Geburtsländer besteht für die Stellung im Beruf ein deutlicher Unterschied zwischen Polen und Rumänien einerseits und dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion andererseits. Während bei der ersten Gruppe der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter mit 30 bzw. 29 Prozent unter dem bei der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung liegt, ist er für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion insgesamt knapp zehn Prozentpunkte höher (39 %). Umgekehrt verhält es sich mit dem Anteil der Angestellten (61 bzw. 60 % zu 54 %) und der Selbständigen (7 bzw. 8 % zu 5 %). Bedeutende Abweichungen zu den auf der Gesamtebene der (Spät-)Aussiedlerin-

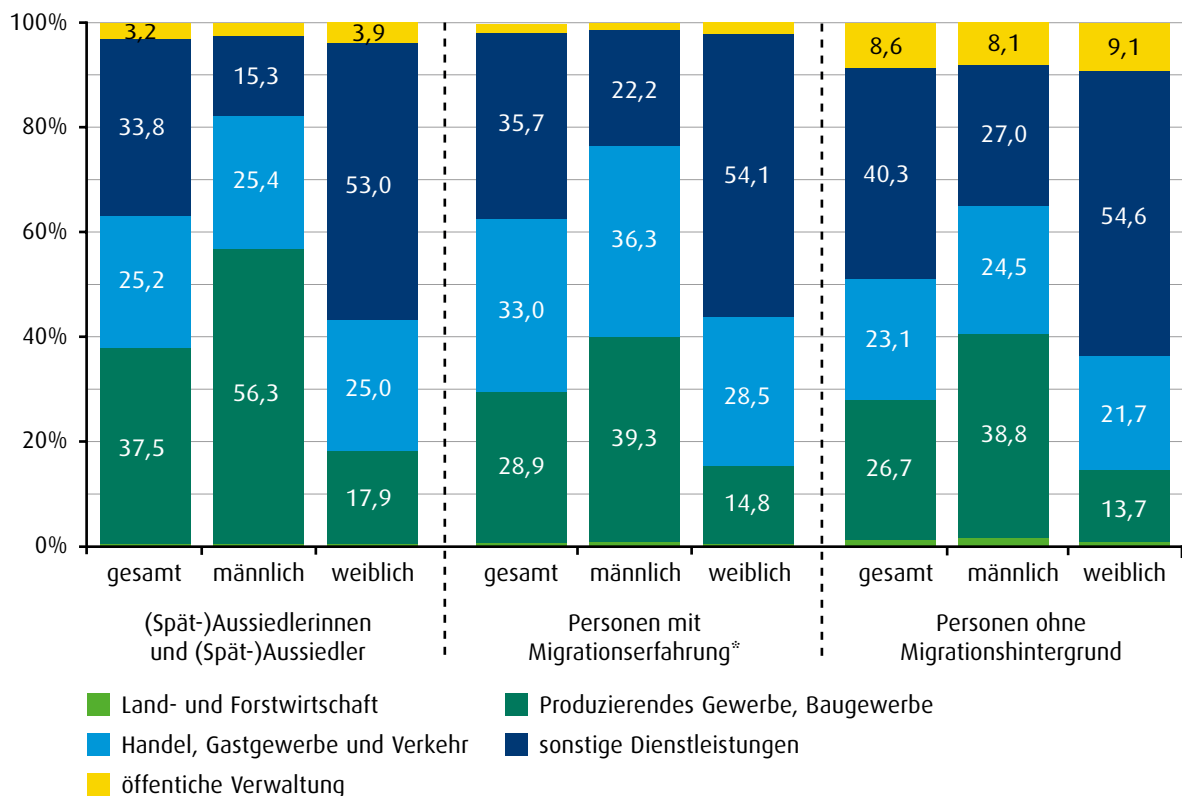
nen und (Spät-)Aussiedler bestehenden Geschlechterunterschieden sind zwischen den verschiedenen Geburtsländern nicht auszumachen.

Starke Geschlechterdifferenzen je nach Beschäftigungsbranche

Neben der Stellung im Beruf lassen sich anhand der Daten des Mikrozensus auch die verschiedenen Branchen untersuchen, in denen erwerbstätige Personen beschäftigt sind (Abb. 3.5).

An dieser Stelle spiegeln sich u. a. die zuvor untersuchten Stellungen im Beruf wider. So sind männliche (Spät-)Aussiedler zu 56 Prozent im Produzierenden Gewerbe bzw. im Baugewerbe tätig (gesamt: 37 %). Dies hängt mit dem hohen Anteil an Arbeitern in dieser Bevölkerungsgruppe zusammen. Der Anteil an Frauen in diesem Berufsfeld ist zwar deutlich geringer, jedoch immer noch leicht überdurchschnittlich im Vergleich zu den übrigen Bevölkerungsgruppen. Bezogen auf die einzelnen Geburtsländer schwächt sich die Verbindung zwischen der beruflichen Stellung als Arbeiterin bzw. Arbeiter und dem Anteil des Produ-

Abb. 3.5 Verteilung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren auf Wirtschaftsbereiche 2019 (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

zierenden Gewerbes etwas ab. Zwar liegt der Wert für Polen mit 34 Prozent analog zur Stellung im Beruf etwas niedriger als für die ehemalige Sowjetunion (39 %), jedoch weist auch Rumänien mit 39 Prozent einen höheren Anteil auf. Dieser wird lediglich durch Kasachstan als Geburtsland übertroffen (40 %).

Die Branchen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sind unter allen erwerbstätigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 25 Prozent zwar etwas häufiger vertreten als unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (23 %), jedoch immer noch deutlich weniger als unter der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung (33 %). Besonders der Anteil männlicher (Spät-)Aussiedler liegt im Vergleich zur zuletzt genannten Gruppe deutlich niedriger. Bezüglich der Geburtsländer zeigt sich, dass Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion leicht überdurchschnittlich in dieser Branche vertreten sind (26 %).

Die Branche, in der über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen unter den (Spät-)Aussiedlerinnen (53 %) beschäftigt ist, sind die sog. sonstigen Dienstleistungen. Ähnliches gilt für die anderen Bevölkerungsgruppen. Dabei ist jedoch davon auszugehen, dass es sich speziell bei den postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen oftmals um prekäre Beschäftigungen „etwa an der Supermarktkasse, in der Gebäudereinigung, in der Pflege und in der Gastronomie“ (Panagiotidis 2021: 68) handelt. Männliche (Spät-)Aussiedler sind im Bereich der sonstigen Dienstleistungen eher unterdurchschnittlich vertreten. Mit einem Anteil von 38 Prozent arbeiten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Polen im Vergleich zu den übrigen Geburtsländern etwas häufiger in dieser Branche.

Die Anteile der Erwerbstätigen in der öffentlichen Verwaltung stellen sich ähnlich dar wie diejenigen der

Beamtinnen und Beamten. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sind hier mit etwa 3 Prozent etwas öfter vertreten als die übrigen Personen mit Migrationserfahrung (2 %), jedoch deutlich seltener als Personen ohne Migrationshintergrund (9 %). (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Polen und Rumänien weisen in diesem Bereich leicht höhere Anteile auf als die aus den übrigen Geburtsländern.

Die dargestellten Auswertungen können nur einen kleinen Einblick in die Arbeitswelt der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler geben. Es zeigt sich, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung vorliegt, jedoch relativ häufig und besonders bei Männern in der beruflichen Stellung als Arbeiter und mit einer Tätigkeit im Produzierenden oder Baugewerbe. Dieser Befund ist konsistent mit der Tatsache, dass bezogen auf alle erwerbstätigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler – also unabhängig vom Alter – der Anteil an Personen mit Schichtarbeit mit insgesamt 23 Prozent deutlich höher liegt als bei den anderen betrachteten Bevölkerungsgruppen (Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: 13 %; übrige Bevölkerung mit Migrationserfahrung: 18 %). Dies betrifft sowohl Männer als auch Frauen sowie verstärkt Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Wie sich dieser Umstand auf das zur Verfügung stehende Einkommen auswirkt, wird in Abschnitt 3.3 betrachtet.

3.3 Einkommenssituation und Armutsgefährdung

Um differenzierte Aussagen über die finanzielle Situation von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern treffen zu können, wird dieser Themenbereich im Folgenden mithilfe von drei unterschiedlichen Angaben aus dem Mikrozensus betrachtet. Zuerst wird untersucht, aus welcher Quelle der Lebensunterhalt der befragten Personen überwiegend finanziert wird. Daraufhin wird auf der Ebene der Haushalte analysiert, wie viel Einkommen diesen zur Verfügung steht. In einem letzten Schritt wird schließlich die vom Statistischen Bundesamt berechnete Armutsgefährdungsquote herangezogen, um zu beurteilen, in welcher ökonomischen Situation sich (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler innerhalb der deutschen Gesellschaft befinden.

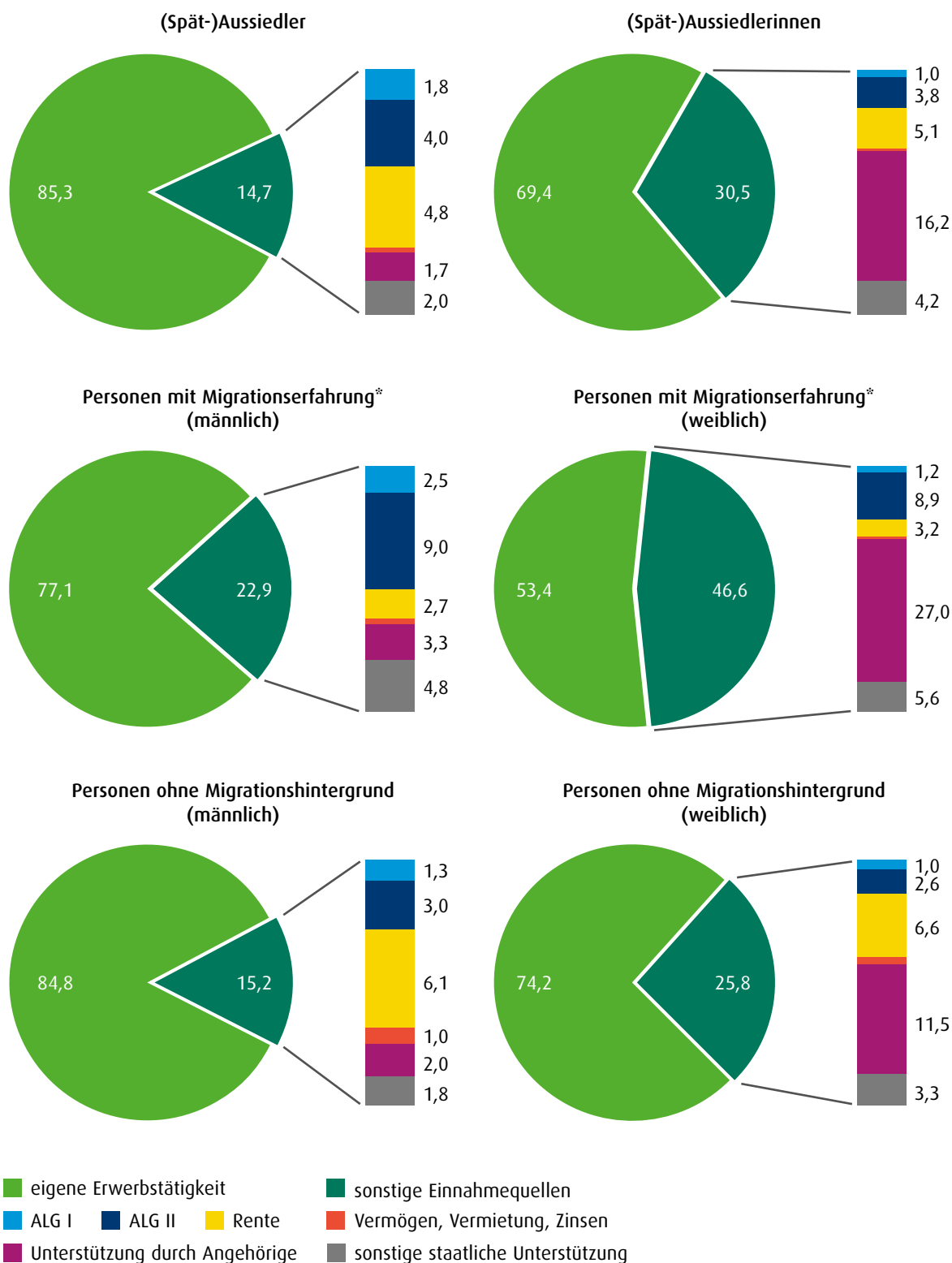
Die prozentualen Anteile von Kindern bzw. jungen Erwachsenen, die noch auf die Unterstützung ihrer Angehörigen angewiesen sind, variieren bei den einzelnen betrachteten Bevölkerungsgruppen stark, ebenso die Anteile von Personen im Rentenalter (s. Kap. 2.2). Bezogen auf die Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts führt dies zu erheblichen Verzerrungen bei einem Vergleich der Gruppen. Daher werden hier wiederum lediglich Personen zwischen 25 und 65 Jahren betrachtet. Aussagen zu Personen im Rentenalter folgen anschließend in separater Form.

Geschlechterunterschiede bei der Finanzierung des Lebensunterhalts

Wie aus Abb. 3.6 hervorgeht, ist der Anteil an Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit decken, bei männlichen (Spät-)Aussiedlern ähnlich niedrig wie bei Männern ohne Migrationshintergrund (jeweils etwa 15 %). Bei den übrigen Männern mit Migrationserfahrung liegt der Wert mit 23 Prozent etwas darüber. Wesentliche Unterschiede ergeben sich jedoch für Frauen. Während Frauen ohne Migrationshintergrund lediglich zu etwa einem Viertel nicht hauptsächlich von einer eigenen Erwerbstätigkeit leben (26 %), sind es unter (Spät-)Aussiedlerinnen 31 Prozent. Dieser Wert wird von Frauen in der Gruppe der übrigen Menschen mit Migrationserfahrung weit übertroffen – hier liegt der Anteil bei fast der Hälfte (47 %). Dies entspricht den Befunden zur Erwerbsbeteiligung (s. Kap. 3.2), bei denen diese Gruppe eine unterdurchschnittliche Erwerbstätigenquote aufweist.

Auch bezüglich der Struktur der Quellen des Lebensunterhalts von Personen, die diesen nicht aus eigener Erwerbstätigkeit finanzieren, liegen die Werte sowohl von (Spät-)Aussiedlerinnen wie von (Spät-)Aussiedlern zwischen denjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der übrigen Personen mit Migrationserfahrung. Frauen aller drei Gruppen werden am häufigsten durch Angehörige unterstützt – meist vermutlich durch den (Ehe-)Partner. Für Frauen mit Migrationserfahrung ist an dieser Stelle zusätzlich das Arbeitslosengeld II (ALG II) von besonderer Relevanz, während Frauen ohne Migrationshintergrund, aber auch (Spät-)Aussiedlerinnen vermehrt bereits Rente erhalten. Aus Abb. 2.4 war

Abb. 3.6 Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts der Bevölkerung ab 25 bis unter 65 Jahren 2019
(nach Migrationshintergrund und Geschlecht, in Prozent)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter einem Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

bereits ersichtlich geworden, dass der Anteil älterer Personen in der Bevölkerung mit Migrationserfahrung besonders gering ist. Da an dieser Stelle allerdings nur Personen unterhalb des regulären Renteneintrittsalters (unter 65 Jahren) betrachtet werden, kann von einer unterschiedlichen Bedeutung des frühzeitigen Ruhestands je nach Bevölkerungsgruppe ausgegangen werden.

Bei Männern, deren Lebensunterhalt nicht überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit finanziert wird, bilden bei Personen ohne Migrationshintergrund Rentner die größte Gruppe. Dementgegen sind es bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung Empfänger von ALG II. Bei den (Spät-)Aussiedlern teilen sich diese beiden Gruppen gleichmäßig auf.

Betrachtet man die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler geschlechtsübergreifend, ergibt sich ein Anteil von Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch den Bezug von Arbeitslosengeld (ALG I und II) finanzieren, von 5 Prozent. Dieser Anteil ist nur halb so hoch wie derjenige bei den übrigen Personen mit Migrationserfahrung (11 %), jedoch höher als derjenige bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (4 %). Ähnliches gilt für sonstige staatliche Unterstützungsleistungen wie Sozialhilfe oder Elterngeld: 3 Prozent für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler gegenüber 5 bzw. unter 3 Prozent.

Zieht man die Geburtsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in Betracht, bilden Personen aus Rumänien eine Besonderheit. Hier ist der Anteil der Lebensunterhaltssicherung durch eigene Erwerbstätigkeit sowohl bei Männern als auch bei Frauen mit zusammen 81 Prozent sogar höher als derjenige bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Bezüglich des Bezugs von ALG I oder II bzw. sonstiger staatlicher Unterstützungsleistungen liegt der Anteil bei den Personen aus Polen mit 4 bzw. 3 Prozent leicht unter dem der Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (6 bzw. 4 %).³⁰ Auch der Anteil an Personen mit Rentenbezug ist unter Letzteren etwas geringer, was wiederum stark mit dem Altersdurchschnitt zusammenhängt.

Bezogen auf Personen, die 65 Jahre und älter sind, lässt sich feststellen, dass der Rentenbezug von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 89 Prozent etwa auf dem Niveau der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt (90 %) und damit deutlich über dem der Personen mit Migrationserfahrung (77 %). Dies gilt für Frauen jedoch etwas mehr als für Männer.

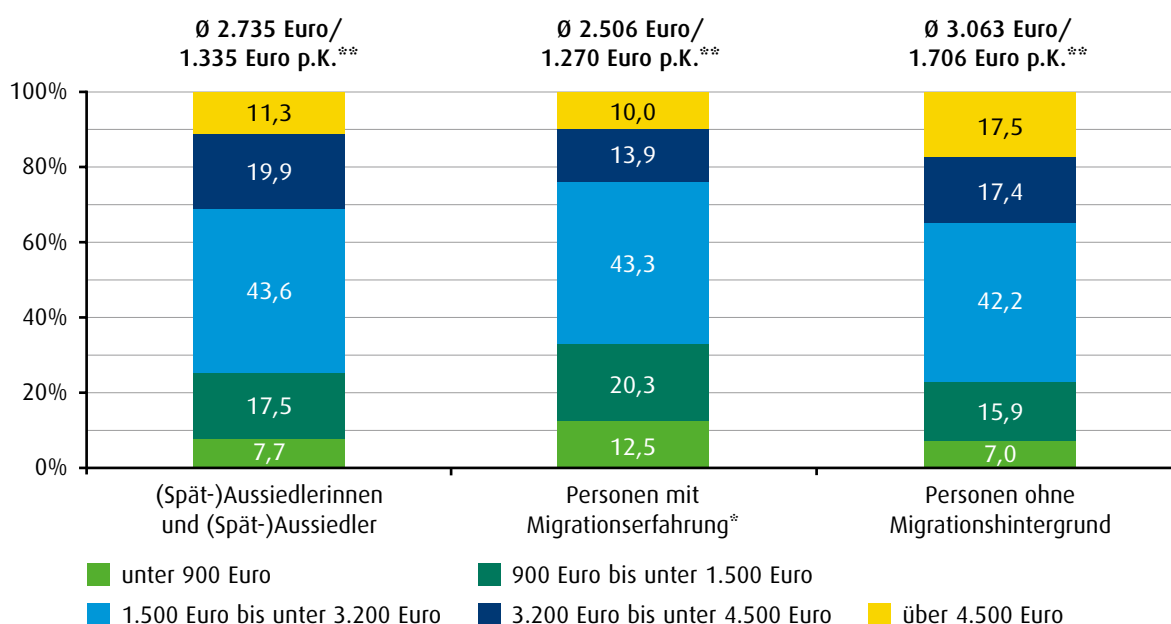
Der Anteil an Personen ab 65 Jahren, die auf staatliche Unterstützungsleistungen wie Sozialhilfe oder Grundsicherung angewiesen sind, liegt bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 4 Prozent zwar unter dem der übrigen Personen mit Migrationserfahrung (8 %), jedoch deutlich über dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (lediglich 0,3 %). Gleichzeitig bestehen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Geburtsländer. Bei Personen, die in der Russischen Föderation oder in Kasachstan geboren sind, liegen die Anteile mit 7 bzw. 8 Prozent deutlich höher. Aufgrund der geringen Fallzahlen können die restlichen Geburtsländer nicht einzeln ausgewertet werden. Unter Berücksichtigung des Gesamtanteils für alle (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler muss der Anteil bei Personen aus Polen und Rumänien jedoch eindeutig niedriger liegen. Die mit der Inanspruchnahme solcher Unterstützungsleistungen verbundenen Probleme wie Altersarmut werden im Folgenden bei der Betrachtung der Armutsgefährdungsquote offensichtlich.

Niedrige Pro-Kopf-Einkommen bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern

Zuvor soll jedoch auf das tatsächlich zur Verfügung stehende Einkommen eingegangen werden. Da hier eine Berücksichtigung der Haushaltsebene sinnvoll ist, zeigt Abb. 3.7 das Nettoeinkommen von Haushalten abhängig vom Migrationsstatus des Haupteinkommensbeziehers bzw. der -bezieherin. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler können also grundsätzlich Haushaltsmitglieder aller drei untersuchten Gruppen sein und in diesen auch zusätzlich zum Haushaltseinkommen beitragen.

³⁰ Personen mit dem Geburtsland Rumänien können in dieser Kategorie aufgrund der zu geringen Fallzahl nicht ausgewertet werden.

Abb. 3.7 Nettoeinkommen von Privathaushalten 2019 (nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers bzw. der -bezieherin)



Anmerkung: Basis sind Privathaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; ** pro Kopf.

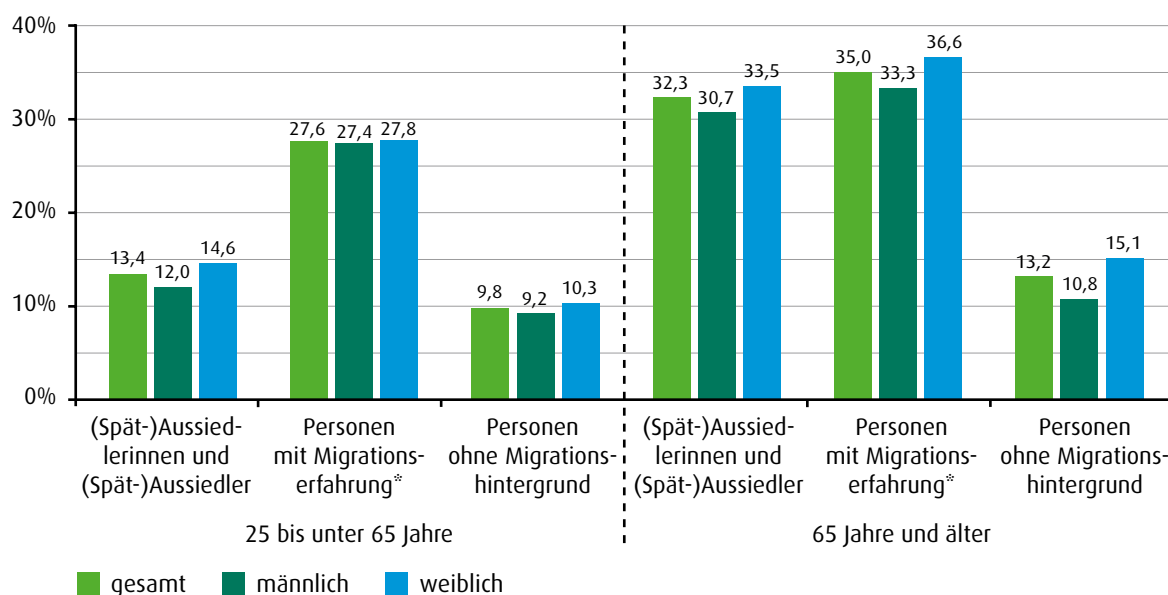
Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Bei der Betrachtung der Nettoeinkommensverteilungen der verschiedenen Haushaltsgruppen zeigt sich, dass Haushalte mit einem (Spät-)Aussiedler bzw. einer (Spät-)Aussiedlerin als Bezugsperson des Haupteinkommens nur etwas häufiger in den untersten beiden Einkommenssegmenten zu finden sind als Haushalte mit einer Haupteinkommensperson ohne Migrationshintergrund. Für übrige Personen mit Migrationserfahrung liegt dieser Anteil deutlich höher. Gleichzeitig ist bei der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler der Anteil an Haushalten im obersten Einkommenssegment – analog zur übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung – deutlich geringer.

Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass die betrachteten Haushalte der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler bzw. der übrigen Personen mit Migrationserfahrung im Durchschnitt mehr Haushaltsmitglieder haben (2,3) als diejenigen der Personen ohne Migrationshintergrund (1,9). Gleichzeitig sind bei Letzteren durchschnittlich auch weniger Kinder unter 18 Jahren im Haushalt (0,3) als bei Ersteren (0,4 bzw. 0,6).

Betrachtet man daher das dem Haushalt pro Kopf durchschnittlich zur Verfügung stehende Nettoeinkommen, liegt der Wert für Haushalte von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zwar leicht über dem der übrigen Personen mit Migrationserfahrung. Der Abstand zum Pro-Kopf-Einkommen von Personen ohne Migrationshintergrund ist jedoch deutlich größer (Abb. 3.7). Dies gilt jedoch nur, wenn man die Unterschiede zwischen den Geburtsländern außer Acht lässt. Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion liegen mit einem Durchschnittswert von 1.196 Euro sogar unter dem Wert der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung, während Haushalte einer (Spät-)Aussiedlerin bzw. eines (Spät-)Aussiedlers aus Polen oder Rumänien näher bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegen (1.517 € bzw. 1.564 € pro Kopf). Diese sind jedoch auch in der Struktur der Haushaltsmitglieder viel ähnlicher und unterscheiden sich von Haushalten mit mindestens einer Person aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Abb. 3.8 Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung 2019 (nach Altersgruppen, Migrationshintergrund und Geschlecht)



Anmerkung: Basis ist die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz mit gültigen Einkommensangaben; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Besondere Armutsgefährdung bei älteren Personen aus der früheren Sowjetunion

Basierend auf dem zur Verfügung stehenden Einkommen berechnet das Statistische Bundesamt die sog. Armutsgefährdungsquote. Diese stellt den Anteil der Personen dar, denen weniger als „60 % des Medians des gesamtgesellschaftlichen Äquivalenzeinkommens“³¹ (Statistisches Bundesamt 2020) zur Verfügung steht. Dafür werden auch Elemente der Haushaltsstruktur wie die Anzahl und das Alter der Personen mit einbezogen. Aus den eingangs dargestellten Gründen werden hierfür die Gruppen der 25- bis unter 65-Jährigen sowie der Personen ab 65 Jahren getrennt betrachtet. Abb. 3.8 stellt die Werte für beide Altersgruppen dar.

Es zeigt sich, dass die Armutsgefährdungsquote in allen betrachteten Gruppen für Frauen geringfügig höher liegt als für Männer. Bei den Personen von 25

bis unter 65 Jahren ist die Situation mit der bereits dargestellten Einkommensverteilung identisch. Die Werte der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler liegen insgesamt deutlich näher an denen der Personen ohne Migrationshintergrund als an denen der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung. Dabei liegen die Quoten bei Personen mit Geburtsland Polen (11 %) bzw. Rumänien (7 %) deutlich niedriger als bei Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (15 %).

Ein anderes Bild ergibt sich für Personen ab 65 Jahren. Hier liegt der Anteil armutsgefährdeter Personen bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern bei fast einem Drittel (32 %) und damit auf einem ähnlich hohen Niveau wie bei den übrigen Personen mit Migrationserfahrung (35 %) und deutlich über dem Wert bei Personen ohne Migrationshintergrund (13 %).

31 Der Median ist der Wert einer Datenverteilung, der genau in der Mitte liegt, d.h., die eine Hälfte der Werte ist kleiner, die andere Hälfte größer als der Median. Für die Berechnung des „Äquivalenzeinkommens“ nimmt das Statistische Bundesamt eine Bedarfsgewichtung des Nettohaushaltseinkommens vor, die für jedes Haushaltsmitglied abhängig vom jeweiligen Alter ein entsprechendes Personengewicht enthält. Somit werden unterschiedliche Haushaltsgrößen und -strukturen berücksichtigt.

Auch hier lohnt ein Blick auf die verschiedenen Geburtsländer. Während der Wert für die Armutsgefährdung bei Personen aus Polen wiederum nur leicht über dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt (17%), beträgt er bei Personen aus Rumänien bereits 23 Prozent. Mehr als doppelt so hoch liegt der Wert bei Personen, die in der Russischen Föderation oder in Kasachstan geboren sind (50 bzw. 53 %). Hier ist jede bzw. jeder Zweite durch Armut gefährdet. Allerdings scheinen diese Unterschiede eine besonders starke zeitliche Komponente zu besitzen. Denn unabhängig vom Geburtsland liegt der Anteil armutsgefährdeter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit 63 Prozent deutlich über dem der vor 1993 als Aussiedlerinnen und Aussiedler Zugewanderten (lediglich 19 %). Maßgeblich hierfür sind die Änderungen im Fremdrentengesetz in den 1990er Jahren, wonach beispielsweise mitgereiste nicht-deutsche Ehepartnerinnen bzw. -partner keinen eigenständigen Rentenanspruch mehr haben und die Berechnungsgrundlage für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler allgemein abgesenkt wurde (Baumann/Mika 2012; Baumann et al. 2016). Außerdem trägt zu diesem Unterschied die aufgrund der längeren Aufenthaltsdauer verstärkte Möglichkeit für Aussiedlerinnen und Aussiedler bei, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Rentenansprüche zu erwirtschaften. Dieser Umstand wird durch die vergleichsweise günstigere berufliche Stellung der früheren Zuwanderungskohorten aus Polen und Rumänien noch zusätzlich verstärkt.

Zwischenfazit

Die Ergebnisse zu Arbeitsmarktbeteiligung und Einkommensverteilung bestätigen weitestgehend die bereits vorliegenden Befunde der Forschung zur sozioökonomischen Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, die diese grundsätzlich eher als Erfolg bewertet (s. z.B. Panagiotidis 2021). Wie aus der Literatur und aus den hier vorgenommenen Analysen jedoch ebenfalls hervorgeht, sollten

diese Erfolge nicht über vorhandene Probleme hinwegtäuschen. So führte die hohe Erwerbsbereitschaft der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zum Teil dazu, dass insbesondere Personen der späteren Zuwanderungskohorte aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Arbeitsstellen unter der eigenen Qualifikation bzw. zu vergleichsweise schlechten Bedingungen annahmen.

Die stark von Altersarmut betroffene Gruppe der Personen im Renteneintrittsalter, die seit den 1990er Jahren zugewandert sind, stellt zudem ein nicht zu unterschätzendes gesellschaftliches Problem dar. Diesem Umstand wurde beispielsweise durch die Anrechnung von Arbeitszeiten in den Herkunftsländern im Rahmen des Grundrentengesetzes³² Rechnung getragen, das im Januar 2021 in Kraft getreten ist. Auch die Einrichtung eines Härtefallfonds in der Rentenüberleitung u.a. für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler soll zur Lösung der Problematik beitragen (Beauftragter der Bundesregierung für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten 2020a und 2020b).³³

4 Räumliche Verteilung und Wohnverhältnisse

Im Folgenden wird zum einen der Frage nachgegangen, in welchen Regionen Deutschlands sich (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler bevorzugt niedergelassen haben. Zum anderen wird beleuchtet, wie sich die Wohnverhältnisse hinsichtlich von Spezifika der Wohngebäude sowie der Besitzverhältnisse (Wohneigentum) darstellen.

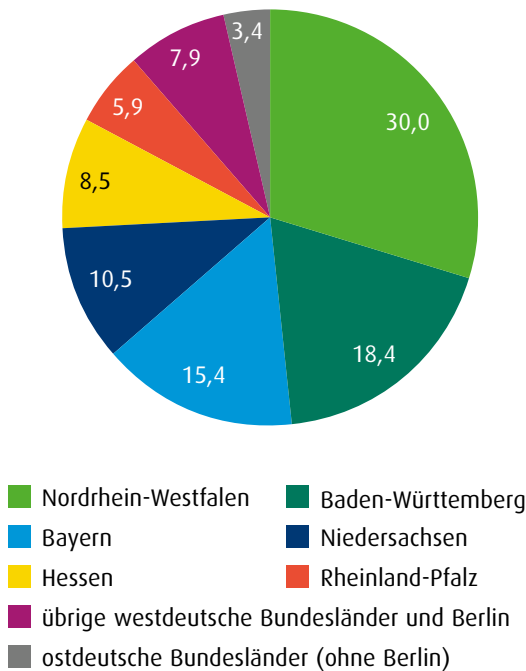
4.1 Räumliche Verteilung in Deutschland

Bei der Verteilung der Wohnorte von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zeigen sich deutliche Konzentrationen auf einige Gebiete. Etwa 90 Prozent der gesamten Gruppe haben ihren Wohnsitz

³² „Gesetz zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Alterseinkommen“ (Grundrentengesetz) vom 12.08.2020 (BGBl. 2020 Teil I Nr. 38 S. 1879).

³³ Die Einrichtung des Fonds wurde noch vor der Bundestagswahl 2021 beschlossen. Die Umsetzung ist jedoch auch Bestandteil des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 74).

Abb. 4.1 Verteilung der Wohnorte von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern 2019 (nach Bundesländern, in Prozent)



Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

in den sechs großen westdeutschen Flächenländern (Abb. 4.1). Dieser Umstand gilt unabhängig davon, ob Aussiedlerinnen und Aussiedler oder Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler betrachtet werden und auch unabhängig vom Geburtsland der Personen. Für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Rumänien liegt der Wert sogar über 95 Prozent – bezogen auf nur fünf Bundesländer –, während ihre absolute Anzahl in den restlichen elf Bundesländern (inkl. Niedersachsen) unter der vom Mikrozensus minimal ausgewiesenen Anzahl von 5.000 Personen liegt.

Der geringe Anteil der ostdeutschen Bundesländer von insgesamt lediglich 3 Prozent (ohne Berlin) begründet sich zwar teilweise dadurch, dass dorthin erst seit der Wiedervereinigung eine Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) erfolgen konnte. Allerdings ist,

wie in Kapitel 2.1 dargestellt, ein großer Anteil der Personen nach 1990 in das vereinigte Deutschland zugezogen. Der Anteil der ostdeutschen Bundesländer ohne Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel, der für die Erstverteilung der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler herangezogen wird, betrug im Jahr 2019 beispielsweise 15 Prozent (GWK o.J.). In Kombination mit dem von 1989 bis 2009 gültigen Wohnortzuweisungsgesetz³⁴ ist daher von einem hohen Anteil an Fortzügen aus Ostdeutschland nach Abschluss der Verteilungsmaßnahmen bzw. dem Auslaufen der Wohnortzuweisung auszugehen.

Die Verteilung der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler auf die einzelnen Bundesländer unterscheidet sich jedoch sehr stark nach den Geburtsländern. Während in Nordrhein-Westfalen knapp die Hälfte aller in Deutschland ansässigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Polen wohnt (47 %), sind es bei Personen aus Rumänien lediglich 10 Prozent. Letztere wohnen vor allem in Bayern (44 %) und Baden-Württemberg (33 %). Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verteilen sich in etwa nach den Verhältnissen der Gesamtgruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, wobei Personen aus der Russischen Föderation in Nordrhein-Westfalen einen leicht höheren Anteil aufweisen (28 %) als Personen aus Kasachstan (25 %), für die dieses Bundesland jedoch ebenfalls an erster Stelle steht. Gleichzeitig weisen Letztere wiederum in Baden-Württemberg und Bayern leicht höhere Anteile auf.

Unterschiede lassen sich jedoch auch innerhalb der einzelnen Bundesländer feststellen. Im quantitativ bedeutsamsten Bundesland Nordrhein-Westfalen differieren die verschiedenen Regierungsbezirke deutlich in der Häufigkeit der einzelnen Herkunftsgebiete der dort wohnhaften (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Während etwa im Regierungsbezirk Düsseldorf fast zwei Drittel dieser Gruppe aus Polen stammen, sind im Regierungsbezirk Detmold über 80 Prozent auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geboren.

³⁴ Siehe für weitere Informationen Worbs et al. 2013.

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler kaum in ostdeutschen Bundesländern ansässig

Neben der absoluten Verteilung auf die verschiedenen Regionen lässt sich die Verteilung relativ zur jeweils ansässigen lokalen Bevölkerung betrachten. In Abb. 4.2 ist der Anteil von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern an der Gesamtbevölkerung der sog. NUTS-2-Regionen³⁵ dargestellt. Diese umfassen (ehemalige) Regierungsbezirke derjenigen Bundesländer, in denen diese Verwaltungsebene aktuell vorhanden ist (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen) bzw. früher vorhanden war (Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Sachsen). Für die übrigen Bundesländer wird die Gesamtebene ausgewiesen.

Dabei zeigt sich, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in den Bundesländern mit den höchsten Anteilen dieser Gruppe relativ unterschiedlich verteilt sind. Während beispielsweise ihr Anteil an der lokalen Bevölkerung in Baden-Württemberg über alle Regierungsbezirke hinweg ähnlich ist (jeweils ca. 4,5 %), weisen die einzelnen Regierungsbezirke Bayerns und Nordrhein-Westfalens deutlich größere Spannweiten auf (2 bis 4 % bzw. 3 bis 8 %). In Nordrhein-Westfalen findet sich mit dem Regierungsbezirk Detmold die Region mit dem bei Weitem höchsten Anteil an (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern an der lokalen Gesamtbevölkerung. Mit den Regierungsbezirken Arnsberg (ebenfalls Nordrhein-Westfalen; inkl. der Städte Bochum und Dortmund) und Kassel (Hessen) existieren in ganz Deutschland nur zwei weitere Regionen mit einem Anteil von mehr als 5 Prozent.

Wie schon die vorhergehende Auswertung der absoluten Zahlen vermuten lässt, weisen die ostdeutschen Bundesländer hier die geringsten Werte auf. Abgesehen von Berlin ist der Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an der lokalen Bevölkerung in keiner der Regionen höher als

ein Prozent. Thüringen liegt mit 0,5 Prozent an letzter Stelle, während es in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg sowie dem Direktionsbezirk Leipzig (einem von drei Bezirken in Sachsen) jeweils etwa ein Prozent sind.

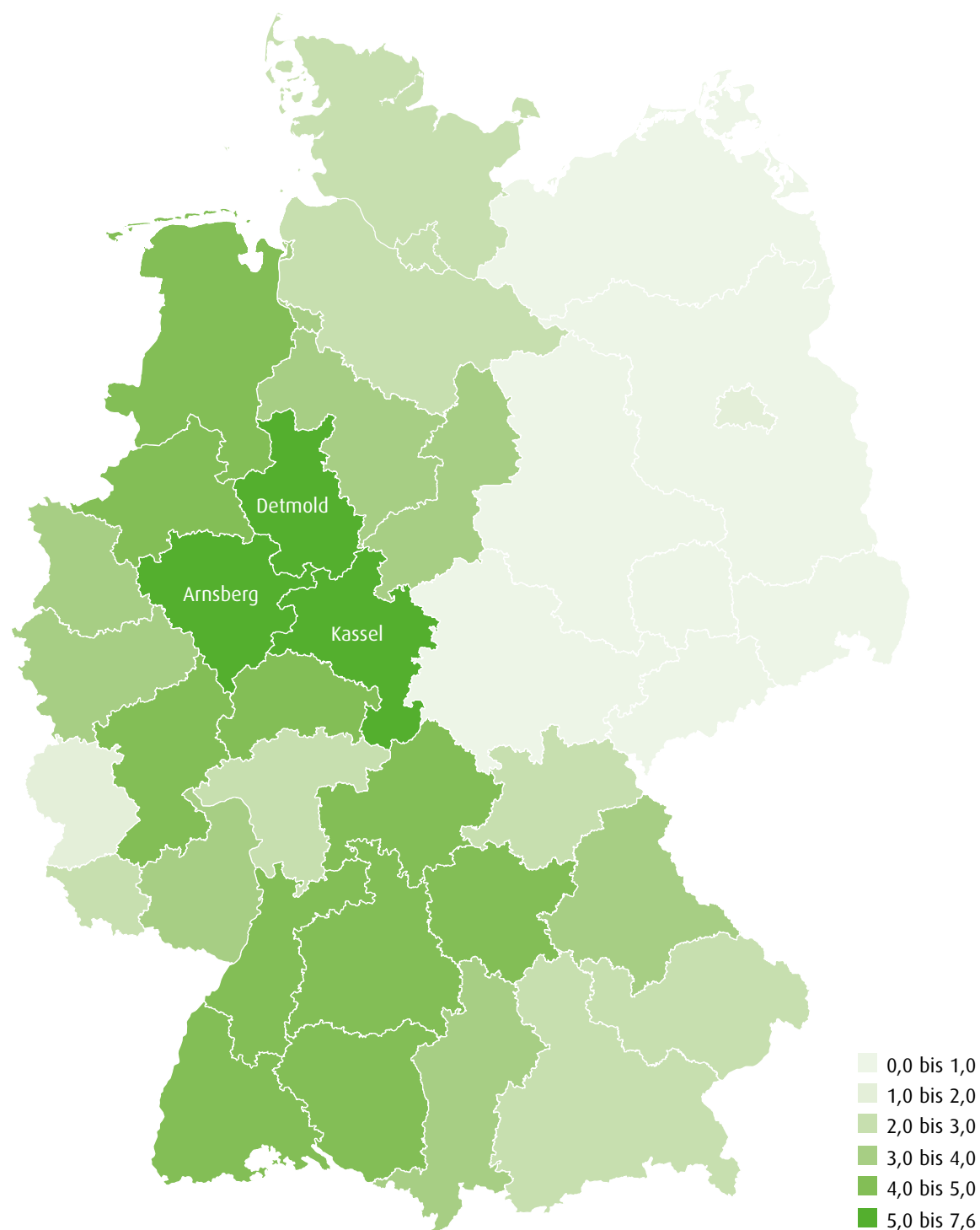
Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die Anzahl der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zur übrigen Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung ins Verhältnis setzt (Abb. 4.3). Gerade in Baden-Württemberg, in den südlichen Gebieten Bayerns sowie im äußersten Westen Deutschlands sind die Anteile der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler bezogen auf die übrige direkt aus dem Ausland zugewanderte Bevölkerung etwas geringer als diejenigen im Nordwesten Deutschlands. Hier sticht wiederum der Regierungsbezirk Detmold hervor, in dem (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler 39 Prozent der ansässigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung ausmachen. Werte von knapp über 30 Prozent finden sich zudem in den Regierungsbezirken Kassel und Unterfranken.

Auch in den ostdeutschen Bundesländern zeigt sich ein differenzierteres Bild. Während (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in Thüringen lediglich 8 Prozent der Personen mit Migrationserfahrung ausmachen, ist ihr Anteil beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern deutlich größer (16 %). Diese Zahl entspricht derjenigen in Regionen wie dem Regierungsbezirk Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen), in denen sowohl gemessen an der absoluten Anzahl als auch relativ zur lokalen Gesamtbevölkerung deutlich mehr (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler wohnen. Berücksichtigt man daher, dass der Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationserfahrung in den ostdeutschen Bundesländern allgemein niedriger ist, relativiert sich der festgestellte geringe Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in diesen Regionen in gewissem Maße.³⁶

35 EU-weite statistische Systematik zur hierarchischen Gliederung verschiedener Regionen innerhalb der Mitgliedstaaten (frz. *Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques*).

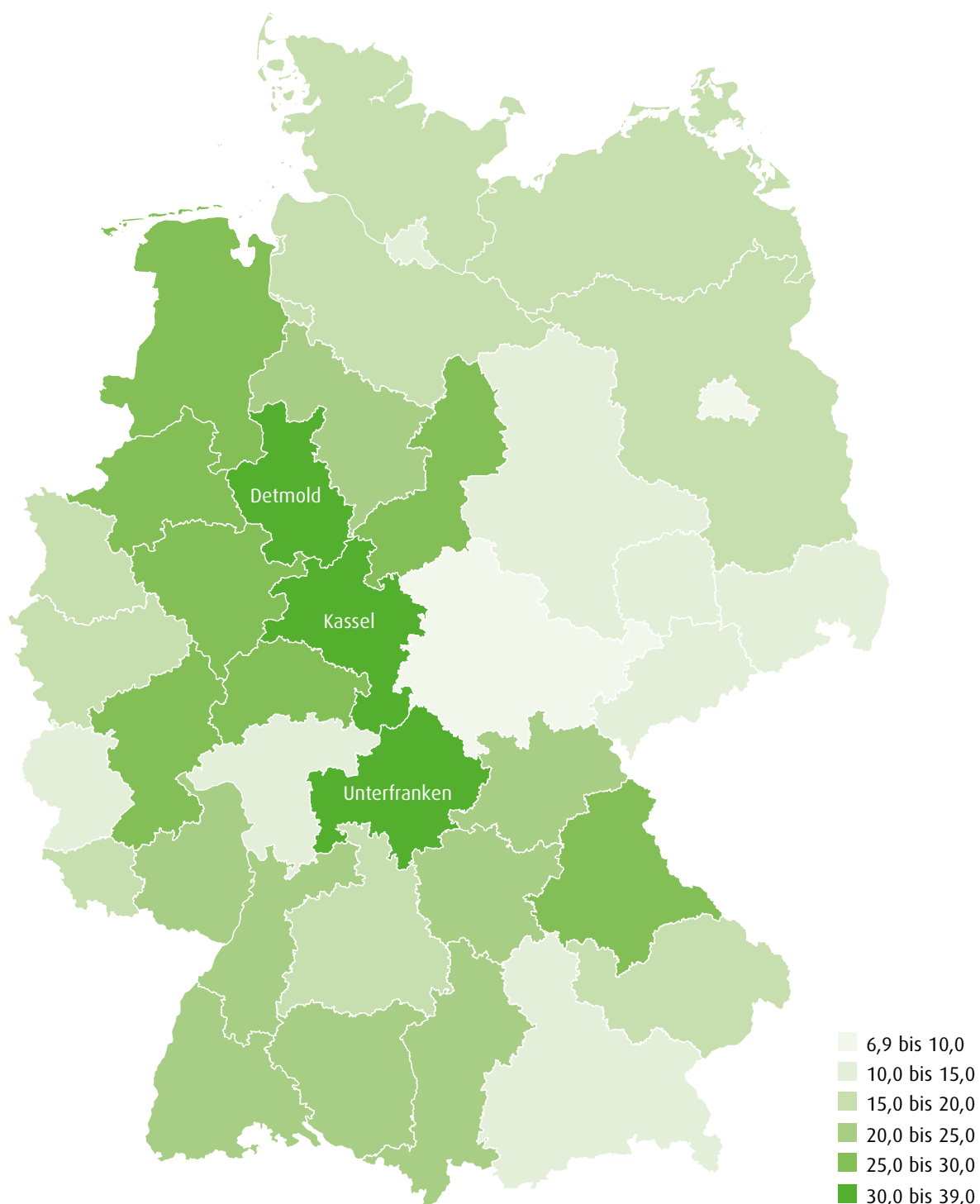
36 Analysen zur Verteilung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern auf tieferer regionaler Ebene sowie in einzelnen zentralen Stadtgebieten finden sich u. a. bei Worbs et al. (2013), hinsichtlich der Personen aus der ehemaligen Sowjetunion bei Panagiotidis (2021).

Abb. 4.2 Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an der Gesamtbevölkerung in den NUTS-2-Regionen 2019 (in Prozent)



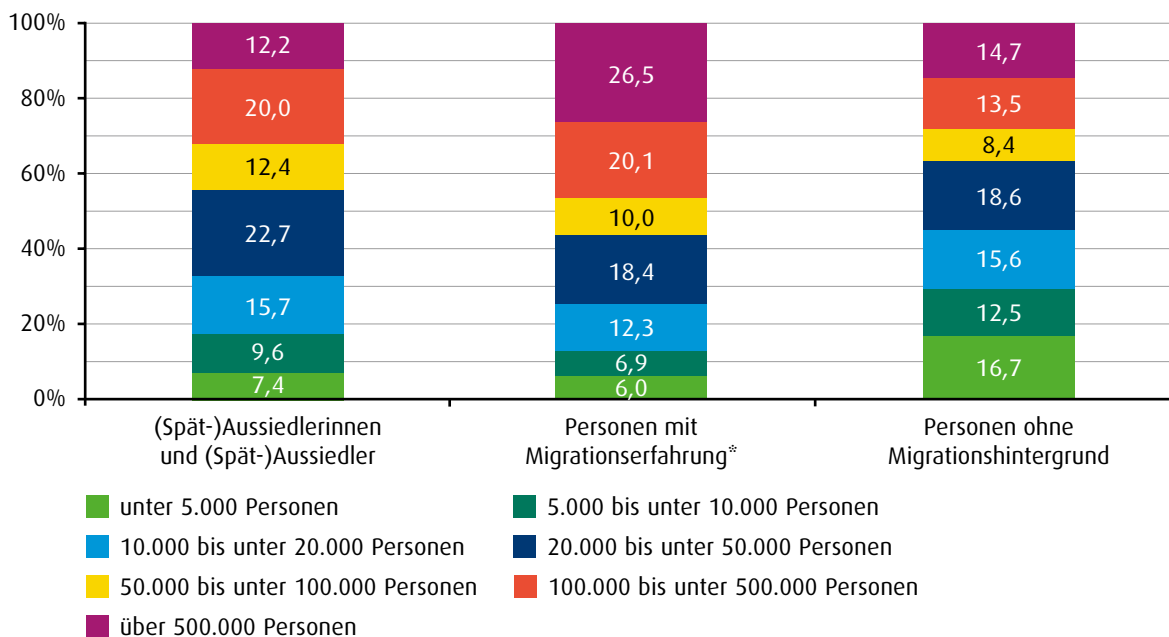
Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Abb. 4.3 Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an der Bevölkerung mit Migrationserfahrung in den NUTS-2-Regionen 2019 (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Abb. 4.4 Verteilung der Bevölkerung auf Gemeindegrößenklassen 2019



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Insbesondere postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler leben eher in kleinstädtischen und ländlichen Räumen

Neben der Verteilung auf einzelne Regionen lässt sich das Stadt-Land-Verhältnis der Wohnorte bei den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen betrachten. Hierfür kann auf die im Mikrozensus enthaltenen Angaben zur Einwohnerzahl zurückgegriffen werden.

Abb. 4.4 zeigt die Verteilung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf die Gemeindegrößenklassen. Während fast ein Drittel der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in kleinen Gemeinden mit weniger als 10.000 Personen lebt, liegt dieser Anteil bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern – ebenso wie bei den übrigen Personen mit Migrationserfahrung – deutlich darunter. Im Gegensatz zu Letzteren wohnen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler jedoch nicht überdurchschnittlich oft in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Hier liegt der Wert sogar leicht unter dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Mit etwa 71 Prozent lebt somit der

Großteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in Gemeinden mittlerer Größe bzw. in kleineren Großstädten (zwischen 10.000 und 500.000 Menschen). Die etwas stärkere Ähnlichkeit der Verteilung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zu derjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund kann auch als Resultat der staatlichen Verteilungsmechanismen im Rahmen des Aufnahmeprozesses gesehen werden (Panagiotidis 2021: 96).

Der Fokus auf mittlere Gemeindekategorien besteht auch, wenn man die Geburtsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler betrachtet, jedoch variieren die Anteile der sehr kleinen Gemeinden und der Metropolen zum Teil sehr deutlich. Während Personen aus Polen mit 17 Prozent zu einem größeren Anteil in Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern leben, liegt ihr Anteil in Wohnorten mit weniger als 10.000 Personen mit 11 Prozent besonders niedrig. Von den Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion leben hingegen mit 19 Prozent deutlich mehr Personen in

einem Wohnort in den untersten beiden Gemeindegrößenklassen und mit 10 Prozent deutlich weniger in der höchsten Gemeindeklasse. Die verstärkte Konzentration postsowjetischer (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in kleineren Gemeinden bzw. ländlichen Gebieten ist bereits an anderer Stelle beschrieben worden (s. z. B. Panagiotidis 2021; Aumüller/Gesemann 2016; Ransberger/Lessmeister 2011). Sie kann zumindest teilweise mit einer verstärkt ländlich bzw. kleinstädtisch geprägten Zuwanderung im Rahmen der (Spät-)Aussiedleraufnahme der 1990er Jahre erklärt werden (Wenzel 2003).

In den vorliegenden Analysen zeigt sich außerdem, dass Personen aus Kasachstan noch etwas häufiger in kleineren Gemeinden vertreten sind als Personen aus der Russischen Föderation. Der entsprechende Anteil von Menschen aus Rumänien liegt auf einem ähnlich hohen Niveau.

Die Gründe für die aufgezeigte unterschiedliche regionale Verteilung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sind vielfältig. Zum einen waren staatliche Verteilungsmechanismen über die Zeit hinweg unterschiedlich strikt; außerdem bedingt die wirtschaftliche Anziehungskraft bestimmter Regionen zum jeweiligen Zeitpunkt der Einwanderung die individuelle Mobilitätsentscheidung. Zudem mündeten gezielte Ansiedlungsoffensiven in einzelnen Kommunen in einer Konzentration in bestimmten Regionen. Aus diesen Prozessen entstandene bzw. anderweitig historisch gewachsene Netzwerke führten und führen dann zu einem gezielten Nachzug zugehöriger Gruppen in dieselben Regionen, wodurch sich bereits vorhandene Konzentrationen weiter verstärken (Panagiotidis 2021: 81–91.).³⁷

4.2 Wohnverhältnisse

Neben der räumlichen Verteilung innerhalb Deutschlands können anhand der Daten aus dem Mikrozensus individuelle Wohnverhältnisse näher beleuchtet werden. Dafür werden alle vier Jahre spezielle Fragen zur Wohnsituation in die Erhebung aufgenommen. Dies war zuletzt im Jahr 2018 der Fall. Die dargestellten

Werte beziehen sich dabei stets nur auf Personen, die Angaben zur Wohnsituation gemacht haben. In den folgenden Auswertungen ist zudem von einem starken Zusammenhang mit den Einkommensverhältnissen (s. Kap. 3.3) auszugehen, die die im Folgenden dargestellten Gruppenunterschiede maßgeblich bedingen.

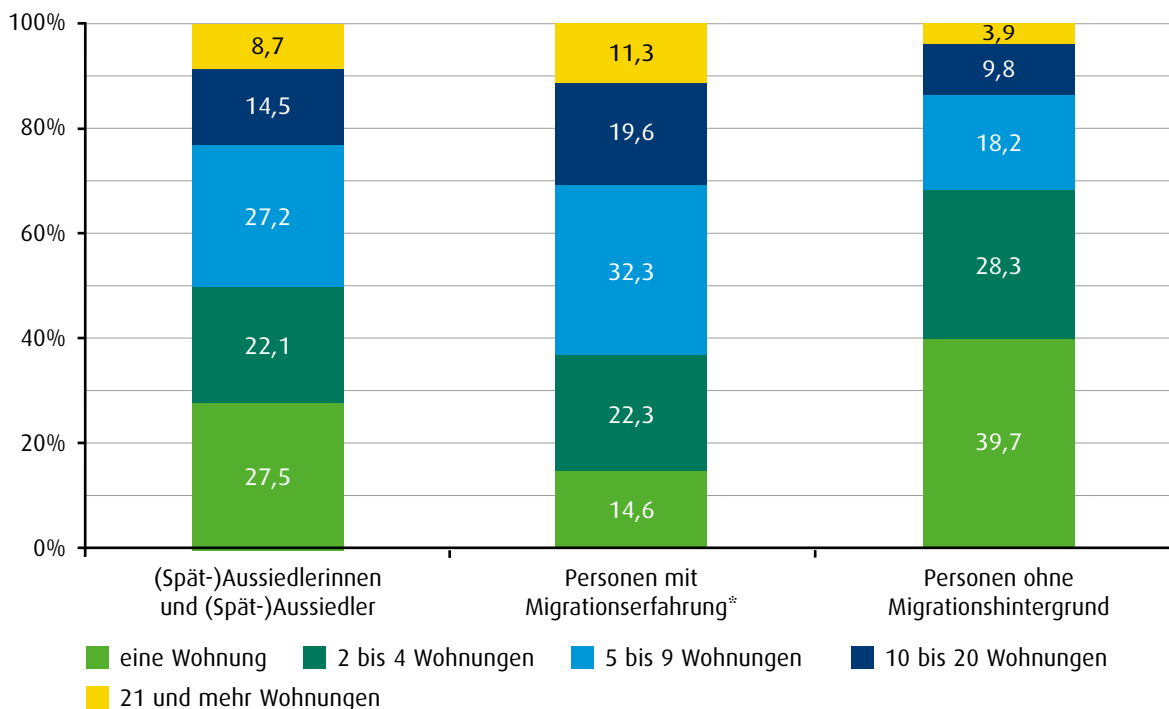
Die Angaben zur Wohnsituation umfassen einerseits die Anzahl an Wohnungen, die sich im jeweiligen Wohngebäude befinden. Bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern liegen hier die meisten Werte zwischen denjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und den übrigen Personen mit Migrationserfahrung (Abb. 4.5). Allgemein gilt, dass Personen mit Migrationserfahrung – inklusive (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler – öfter in Wohngebäuden leben, die mehr als vier Wohnungen umfassen. Gleichzeitig leben (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler jedoch deutlich häufiger in Wohngebäuden mit nur einer Wohnung – im Regelfall Einfamilienhäuser – als die übrigen Personen mit Migrationserfahrung. Der Wert liegt jedoch trotzdem noch deutlich unter dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Bezüglich der Geburtsländer existieren nur sehr geringe Unterschiede bei der Gebäudegröße. Lediglich bei Personen aus Rumänien zeigen sich erhöhte Anteile an Wohngebäuden mit maximal vier Wohnungen; diese liegen jedoch immer noch unter denjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Zusätzlich kann das Baujahr des aktuellen Wohngebäudes betrachtet werden (Abb. 4.6). Dabei zeigt sich, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler deutlich weniger häufig als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Gebäuden leben, die bereits vor 1949 gebaut wurden. Dies ist auch für die übrige Bevölkerung mit Migrationserfahrung der Fall, jedoch in deutlich geringerem Ausmaß.

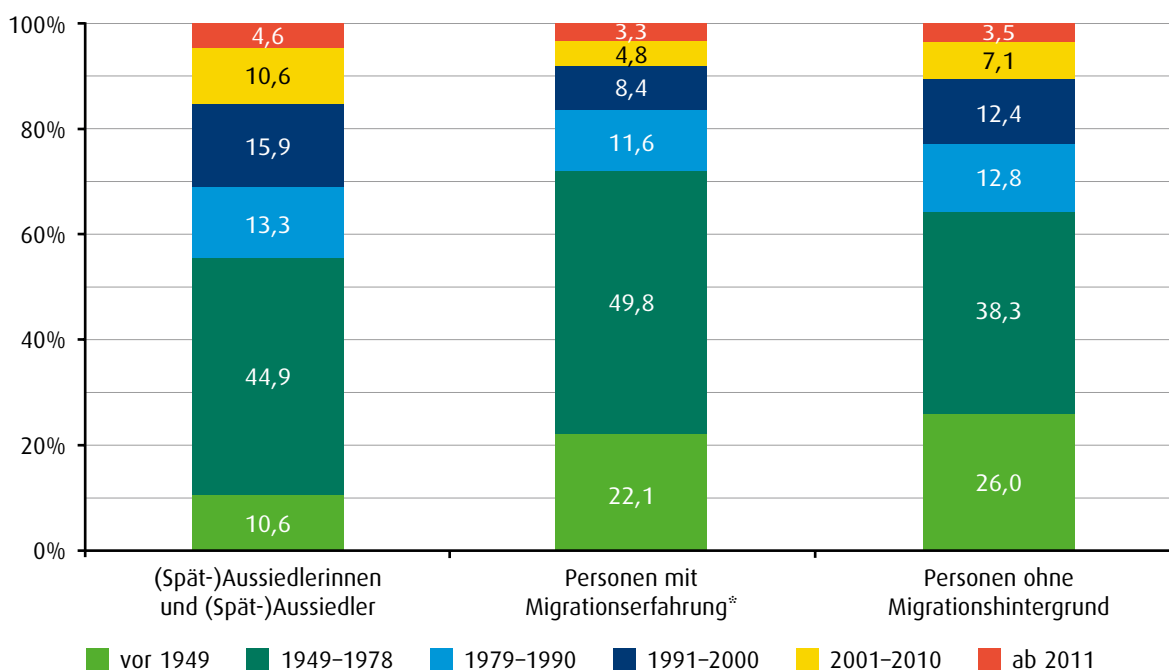
In Verbindung mit dem hohen Anteil an Gebäuden mit nur einer Wohnung lässt sich dies als Hinweis auf eine bereits in anderen Studien festgestellte Tendenz unter den sog. Russlanddeutschen zu einer erhöhten Neubautätigkeit werten, die wiederum mit

³⁷ Siehe dazu auch Analysen von Panagiotidis zum Segregationsgrad (Panagiotidis 2021: 102–110). Für den daraus resultierenden Einfluss auf die Kontakthäufigkeit zu anderen Bevölkerungsgruppen s. Kap. 6.1.

Abb. 4.5 Anteil der Bevölkerung in Wohngebäuden 2018 (nach Größe des Wohngebäudes)


Anmerkung: Basis ist die Bevölkerung mit Angaben zur Größe des Wohngebäudes; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

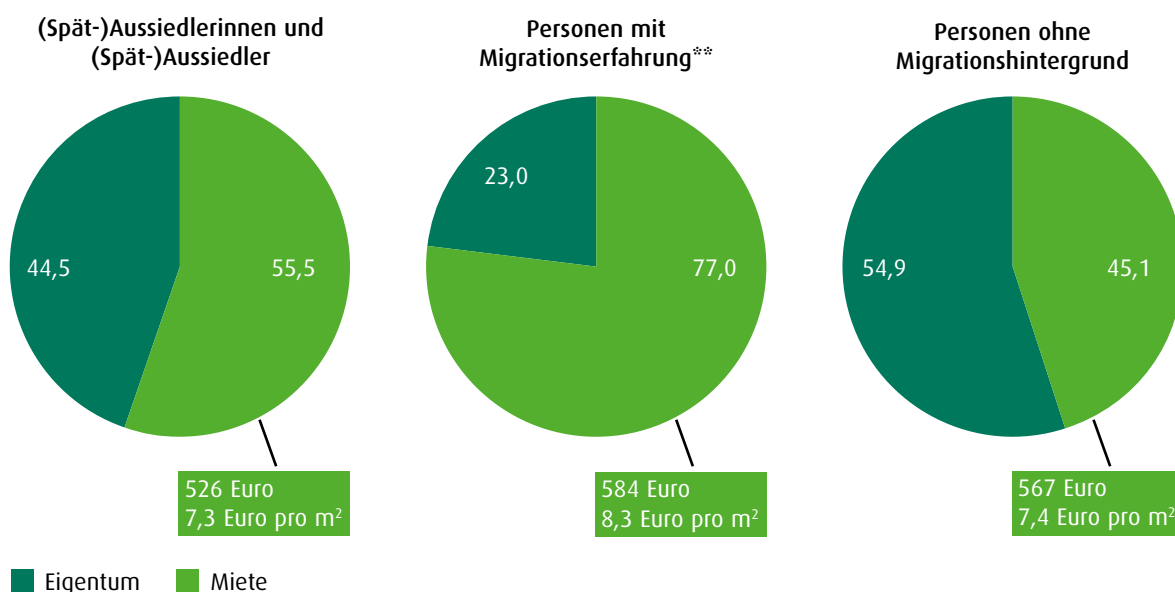
Quelle: Mikrozensus 2018, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Abb. 4.6 Anteil der Bevölkerung in Wohngebäuden 2018 (nach Baujahr)


Anmerkung: Basis ist die Bevölkerung mit Angaben zum Alter des Wohngebäudes; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: Mikrozensus 2018, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Abb. 4.7 Bevölkerung 2018 (nach Wohnbesitzverhältnissen und durchschnittlicher Miethöhe*, in Prozent)



Anmerkung: Basis ist die Bevölkerung mit Angaben zu Besitzverhältnissen; * ohne Personen, die mietfrei in einer Mietwohnung wohnen; ** selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: Mikrozensus 2018, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

einer verstärkten Besiedlung ländlicher Regionen aufgrund des dort günstigeren Baulandes einhergeht (Aumüller/Gesemann 2016; Weiß 2013). Ein Blick auf die Unterschiede nach Geburtsländern verstärkt diesen Eindruck. Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion leben mit einem Anteil von 36 Prozent in Gebäuden, die ab 1991 gebaut wurden. Dieser Wert liegt über dem Durchschnitt der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (31 %). Bei Personen mit dem Geburtsland Polen liegt der Anteil mit 24 Prozent nur leicht über dem Wert der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Personen aus Polen leben jedoch im Durchschnitt bereits deutlich länger in Deutschland, weshalb diese Betrachtung für eine Beurteilung der allgemeinen Bautätigkeit bzw. des Erwerbs von Wohneigentum zu kurz greift. Aus diesem Grund sollen im Folgenden die Wohnbesitzverhältnisse näher betrachtet werden.

Miete oder Eigentum?

Zunächst wird für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen jeweils dargestellt, welcher Anteil über Wohneigentum verfügt bzw. zur Miete lebt (Abb. 4.7). Daneben ist für Mieterinnen und Mieter jeweils die

durchschnittliche Miete allgemein sowie pro Quadratmeter dargestellt.

Es zeigt sich, dass der Anteil an (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit Wohneigentum näher an dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt als an dem der übrigen Personen mit Migrationserfahrung. Rund 45 Prozent von ihnen wohnen in den eigenen vier Wänden, während dies in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei knapp über der Hälfte der Personen der Fall ist (55 %). Im Gegensatz dazu verfügen in der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung weniger als ein Viertel (23 %) über Wohneigentum. Hinsichtlich der Geburtsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sticht Rumänien hervor – hier liegt der Eigentumsanteil mit etwa 60 Prozent am höchsten. Diese Befunde zu (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern allgemein, aber auch zu rumänienstämmigen Personen im Speziellen lassen sich gut in die bestehende Literatur einordnen (Haug/Sauer 2007).

Bezüglich der durchschnittlich anfallenden Mietkosten liegen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an letzter Stelle – sowohl was den absoluten Betrag als auch was den Quadratmeterpreis

betrifft. Am meisten zahlen im Durchschnitt die übrigen Personen mit Migrationserfahrung. Hier kann davon ausgegangen werden, dass dies wesentlich damit zusammenhängt, dass vergleichsweise viele Personen dieser Bevölkerungsgruppe in Großstädten leben. Wie zu Beginn dieses Kapitels dargestellt wurde, wohnen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler häufiger in mittleren oder kleineren Städten. Genauso müssen aber auch bestehende Einkommensunterschiede und damit einhergehende Unterschiede bei den Mietkosten berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang überrascht nicht, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Polen und Rumänien mit 7,50 Euro bzw. 7,70 Euro pro Quadratmeter höhere Mieten zahlen als Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (7,20 €/m²).

Zuletzt soll die jeweils zur Verfügung stehende Wohnfläche beleuchtet werden. Dabei wird zwischen selbst genutztem Wohneigentum und Mietwohnungen unterschieden. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler wohnen durchschnittlich auf einer Fläche von 121,8 m² bei Wohneigentum und 75,2 m² bei Mietwohnungen. Diese Werte liegen auf einem ähnlichen Niveau wie bei den übrigen Personen mit Migrationserfahrung (121,3 m²/76,0 m²), jedoch deutlich unter den Werten der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (130,0 m²/80,9 m²). Etwas anders ist die Lage, wenn die Wohnfläche pro Haushaltsmitglied betrachtet wird. Hier sind die Werte bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zwar ebenfalls am höchsten (53,3 m²/42,6 m²), (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern steht jedoch durchschnittlich mehr Wohnfläche (46,1 m²/37,4 m²) zur Verfügung als der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung (43,7 m²/30,0 m²).

Insgesamt sprechen die Daten für eine gute Wohnsituation der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Vergleich zu anderen

selbst zugewanderten Personen. Hervorzuheben sind der vergleichsweise hohe Eigentumsanteil, die durchschnittlich größere Wohnfläche pro Kopf und die geringere Mietbelastung. Dabei müssen jedoch auch die regionalen Verteilungen der verglichenen Gruppen und damit einhergehende variierende Preisstrukturen des Immobilien- und Mietwohnungsmarktes sowie bestehende Unterschiede im verfügbaren Einkommen berücksichtigt werden.

5 Sprache

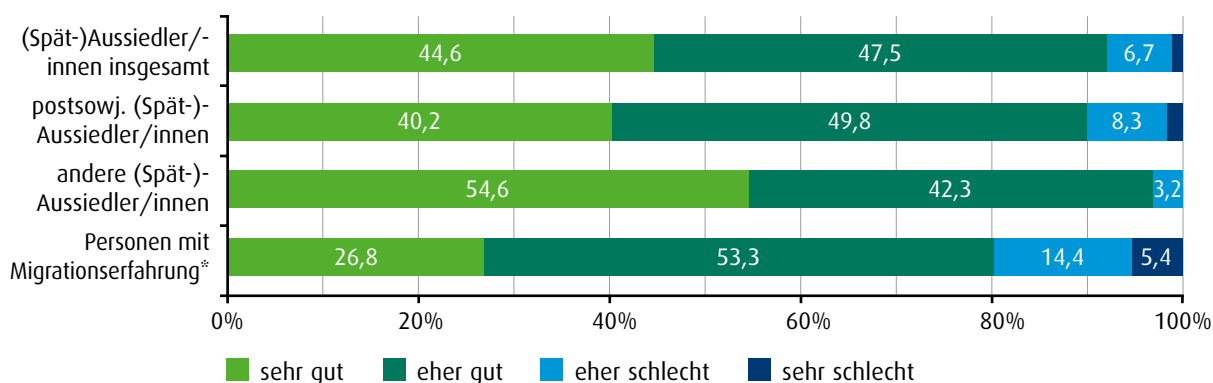
Deutschkenntnisse sind für eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unerlässlich. Bis 2013 waren sie zudem entscheidend für die Anerkennung als (Spät-)Aussiedlerin bzw. (Spät-)Aussiedler (Worbs et al. 2013: 21–22, 140–141). Zugleich ist die objektive Ermittlung von Sprachkenntnissen im Rahmen von Umfragen schwierig und es liegen hierzu so gut wie keine amtlichen Statistiken auf Individualebene vor. So arbeitet auch das SVR-Integrationsbarometer mit einer subjektiven Einschätzung der Deutschkenntnisse.³⁸

5.1 Sprachkenntnisse

Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2020 bestätigen frühere Erkenntnisse (Köppen 2018: 116; Worbs et al. 2013: 142–145), nach denen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ihre Deutschkenntnisse als besser einschätzen, als dies andere Gruppen von Zugewanderten tun (Abb. 5.1). So beurteilen 92 Prozent der selbst zugewanderten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ihre Deutschkenntnisse als „gut“ oder „sehr gut“ – gegenüber 80 Prozent bei den anderen Personen mit Migrationserfahrung. Vor allem der Anteil derjenigen, die ihre

38 Insbesondere in der Forschung zu russlandstämmigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ist auch den Herkunftssprachen viel Aufmerksamkeit gewidmet worden, die potenziell ein wichtiger Faktor für die Binnenintegration sind (Wegelein 2000: 222). Da im Integrationsbarometer Kenntnisse der Herkunftssprachen nicht abgefragt werden, wird dieser Komplex im Rahmen der vorliegenden Studie nicht näher behandelt. Zur gesprochenen Sprache im Alltag s. Kap. 5.2. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern insgesamt ein Rückgang der Kenntnisse der Herkunftssprache festzustellen ist (Worbs et al. 2013: 145). Zu den Gründen für diesen Rückgang und zu den Motiven für die Pflege der Herkunftssprache bei den russischsprachigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern s. Panagiotidis (2017; 2021) sowie Dück (2013).

Abb. 5.1 Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Deutschkenntnisse als „sehr gut“ bezeichnen, ist bei Letzteren mit 27 Prozent viel geringer als bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 45 Prozent. Innerhalb der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung sind die Deutschkenntnisse der postsowjetischen Zugewanderten – nach eigener Einschätzung – mit 90 Prozent „sehr guten“ und „guten“ Kenntnissen etwas schlechter als diejenigen der Zugewanderten aus anderen Geburtsländern mit 97 Prozent.³⁹

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion hatten bei ihrer Zuwanderung insgesamt schlechtere Startbedingungen als etwa Zugewanderte aus Polen oder Rumänien. Zum einen waren ihre Deutschkenntnisse in der Regel ohnehin geringer, zum anderen wurden Mitte der 1990er Jahre Sprachkurseangebote in der Bundesrepublik gekürzt, als die meisten Personen aus der Sowjetunion zuwanderten (Panagiotidis 2019: 7–8).⁴⁰

Bezieht man mehrere Faktoren in ein statistisches Modell⁴¹ ein, ändert sich das gewonnene Bild. Dann

hängen nur noch das Alter bei Zuwanderung und das Geschlecht mit den selbst eingeschätzten Deutschkenntnissen zusammen. Ob die Befragten innerhalb oder außerhalb der ehemaligen Sowjetunion geboren wurden, spielt hingegen keine Rolle. Dabei gilt: Je jünger die Menschen bei der Zuwanderung waren, desto besser schätzen sie ihre eigenen Deutschkenntnisse ein. Befragte mit (Spät-)Aussiedlerstatus, die bei der Zuwanderung 20 Jahre oder jünger waren, schätzen ihre Deutschkenntnisse zu 99 Prozent als „eher gut“ oder „sehr gut“ ein; bei denjenigen, die zum Migrationszeitpunkt älter waren, sind es 85 Prozent.⁴² Zudem beurteilen (Spät-)Aussiedlerinnen ihre Deutschkenntnisse als etwas besser als (Spät-)Aussiedler. Darüber hinaus unterscheiden sich Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus von anderen Migrantinnen und Migranten, wenn es um den Zusammenhang von Bildung und Deutschkenntnissen geht. Während bei Personen mit Migrationserfahrung die Deutschkenntnisse mit steigendem Bildungs-

39 Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind bei Kontrolle von Alter, Geschlecht und Bildung statistisch signifikant.

40 Dies hatte auch an anderer Stelle Auswirkungen auf die Teilhabechancen postsowjetischer Kinder und Jugendlicher mit (Spät-)Aussiedlerstatus, die aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse in der Schule häufig ein oder zwei Jahre zurückgestuft wurden (Vogelsang 2013: 19).

41 Berechnet wurde ein multivariates lineares Regressionsmodell. Als Faktoren flossen die Geburtsregion, das Alter, das Bildungsniveau, das Geschlecht, die Aufenthaltsdauer, die Frage, ob der Schulabschluss in Deutschland erworben wurde, das Alter bei Zuwanderung und der Erwerbsstatus ein.

42 Ein ähnlicher Effekt lässt sich für Personen mit Migrationserfahrung feststellen, die ihre Deutschkenntnisse allerdings insgesamt schlechter einschätzen. 92 Prozent derjenigen, die bei Zuwanderung maximal 20 Jahre waren, schätzen ihre Deutschkenntnisse als „eher gut“ oder „sehr gut“ ein, bei Personen, die mit über 20 Jahren zugewandert sind, sind es nur drei Viertel (74 %).

niveau⁴³ zunehmen, lässt sich bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern kein diesbezüglicher Zusammenhang feststellen. Während niedrig und höher gebildete (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sich hier praktisch gar nicht voneinander unterscheiden (96 bzw. 95 % „eher gute“ oder „sehr gute“ Deutschkenntnisse), sprechen diejenigen mit einem mittleren Bildungsniveau der eigenen Einschätzung nach schlechter Deutsch (85 % „eher gute“ oder „sehr gute“ Kenntnisse).

Fähigkeit, sich in verschiedenen Situationen auf Deutsch zu verständigen

Um einen besseren Eindruck davon zu erhalten, wie ausgeprägt die Deutschkenntnisse der Befragten sind, wurden alle Personen mit Migrationshintergrund im SVR-Integrationsbarometer 2020 gefragt, inwieweit sie sich bei Behördengängen, auf der Arbeit und in der Nachbarschaft gut auf Deutsch verständigen können.

Acht von zehn (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern können sich nach eigener Einschätzung bei Behördengängen „eher gut“ oder „sehr gut“ in deutscher Sprache verständigen – dies sind deutlich mehr als bei den anderen Menschen mit Migrationserfahrung, bei denen es nur etwas mehr als sechs von zehn sind (Abb. 5.2). Ähnlich groß sind die Unterschiede bei den sprachlichen Fähigkeiten in der nachbarschaftlichen Kommunikation, auch wenn diese allen Befragten leichter fällt. Am besten kommen sämtliche Gruppen jedoch im Arbeitsalltag zurecht.⁴⁴

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die außerhalb des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion geboren wurden, unterscheiden sich nur hinsichtlich der Verständigung in der Nachbarschaft signifikant von postsowjetischen Zugewanderten.⁴⁵

Darüber hinaus funktioniert die Verständigung in der Nachbarschaft besser, je jünger die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zum Zeitpunkt der Zuwanderung waren.

Wie gut sich Zuwanderinnen und Zuwanderer bei Behördengängen auf Deutsch verständigen können, hängt hingegen vor allem mit ihrer Aufenthaltsdauer, ihrem Bildungsniveau und ihrem Erwerbsstatus zusammen. Das gilt sowohl für die Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus als auch für die sonstigen Personen mit Migrationserfahrung. Je länger Personen in Deutschland leben, desto leichter fällt ihnen die Verständigung bei Behördengängen. Es zeigt sich zudem, dass sich höher gebildete Zuwanderinnen und Zuwanderer – inklusive (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler – in Behörden besser auf Deutsch verständigen können als niedrig gebildete. Auch erwerbstätigen Befragten fällt die Verständigung hier leichter.⁴⁶

5.2 Gesprochene Sprache im Alltag

Für die Einschätzung der sprachlichen Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern spielt neben den (subjektiv wahrgenommenen) eigenen Deutschkenntnissen auch die Sprachpraxis im Alltag eine wichtige Rolle. Je mehr im Alltag Deutsch gesprochen wird, desto stärker verbessern sich die eigenen Kenntnisse der deutschen Sprache. Daneben ist auch von Interesse, inwieweit die jeweilige Herkunftssprache weiterhin gepflegt wird. Dies bringt nicht nur den Vorteil der Mehrsprachigkeit mit sich, vielmehr ist die Sprache selbst ein wichtiges Merkmal von Identität.

Unter allen Personen mit Migrationserfahrung – inklusive (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern – verstehtigt sich die Mehrheit im persönlichen

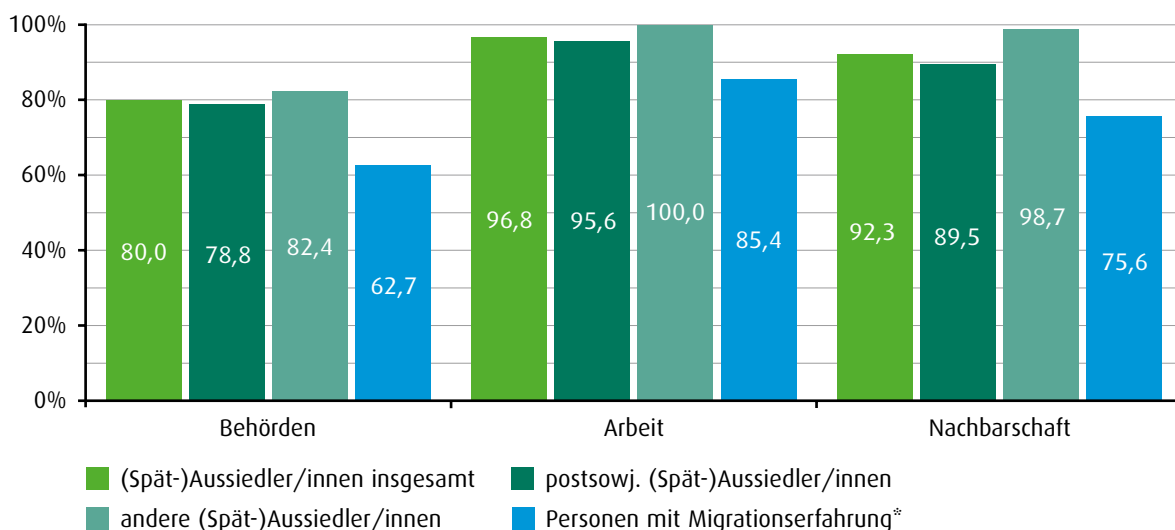
43 Ein niedriges formales Bildungsniveau haben Personen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss (bzw. Äquivalenten), ein mittleres Bildungsniveau entspricht einem Realschulabschluss (bzw. Äquivalenten) und ein hohes Bildungsniveau haben Personen mit Abitur oder Fachabitur (bzw. Äquivalenten). Schülerinnen und Schüler bilden eine eigene Kategorie, die bei den Analysen ausgeschlossen wurde (SVR 2018c: 18).

44 Allerdings sollten die Ergebnisse zu den Fähigkeiten, sich bei der Arbeit auf Deutsch zu verständigen, bei Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus methodischen Gründen mit Vorsicht betrachtet werden. Diese Frage wurde sachlogisch begründet nur Personen gestellt, die derzeit am Berufsleben partizipieren. Das trifft altersbedingt aber auf viele (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler vor allem aus den Staaten außerhalb der Sowjetunion nicht zu.

45 Dies gilt, sofern in einem Regressionsmodell für die soziodemografischen Merkmale Alter, Geschlecht und Bildung statistisch kontrolliert wird.

46 Personen mit Migrationserfahrung können sich auch dann besser bei Behördengängen verständigen, wenn sie ihren Schulabschluss in Deutschland erworben haben, in jüngeren Jahren zugewandert und weiblich sind.

Abb. 5.2 Fähigkeit, sich bei Behörden, auf der Arbeit und in der Nachbarschaft auf Deutsch zu verständigen
2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die angeben, sich „eher gut“ oder „sehr gut“ verständigen zu können; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Freundes- und Bekanntenkreis überwiegend oder sogar ausschließlich auf Deutsch (Abb. 5.3). Dies gilt für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in erheblich stärkerem Maße als für andere Zuwanderungsgruppen. Während gut die Hälfte (53 %) der übrigen Zugewanderten in ihrem Freundeskreis überwiegend oder ausschließlich auf Deutsch kommuniziert, trifft dies bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern auf fast 80 Prozent zu. Über die Hälfte spricht vorwiegend Deutsch in ihrem Freundeskreis, ergänzt hin und wieder durch die eigene Muttersprache. Die Herkunftssprache ist demgegenüber nur bei zwei von zehn der Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus dominant, bei anderen Zugewanderten ist dies bei rund vier von zehn der Fall. Zugleich kommuniziert bei ihnen ein nicht unerheblicher Teil (8 %) in einer ganz anderen Sprache, was bei der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung praktisch gar nicht vorkommt (1 %).

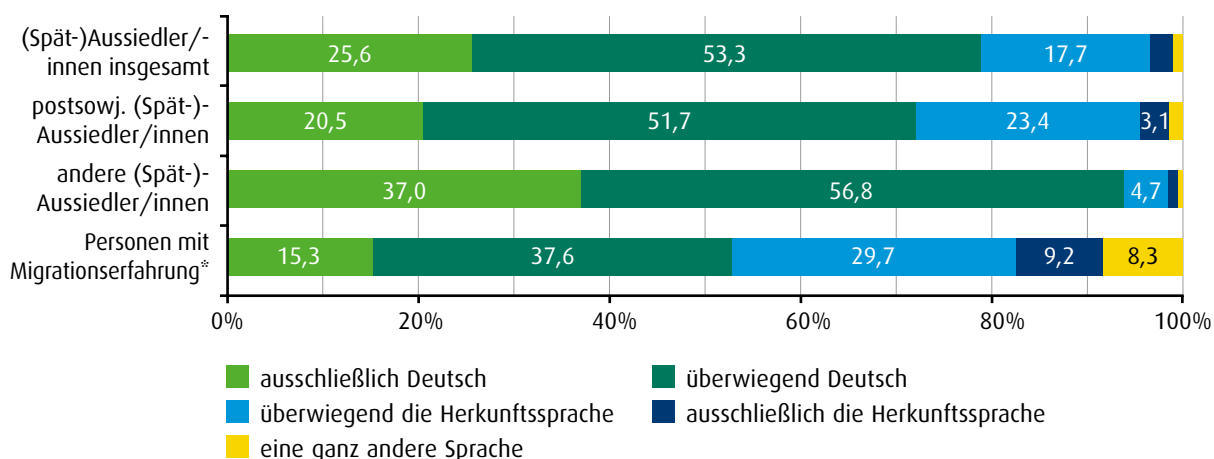
Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede in der Sprachnutzung zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und jenen aus anderen Herkunftslän-

dern (Abb. 5.3). Letztere sprechen in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis zu rund 94 Prozent überwiegend oder ausschließlich Deutsch, bei Ersteren sind es rund 20 Prozentpunkte weniger.⁴⁷ Dennoch kommuniziert der überwiegende Teil der postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in beiden Sprachen; lediglich 3 Prozent geben an, im Freundeskreis „ausschließlich in der Herkunftssprache“ zu kommunizieren.

Die insgesamt starke Dominanz des Deutschen dürfte auch mit dem abgefragten Kontext des Freundes- und Bekanntenkreises zusammenhängen. Eine Studie zu jugendlichen und jungen erwachsenen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern russischer Abstammung stellt fest, dass diese vor allem in der Familie mit ihren Eltern Russisch sprechen, während die Kommunikation im Freundeskreis und etwas weniger stark auch mit Geschwistern überwiegend auf Deutsch stattfindet (Vogelsang 2013: 18). Eine stärkere Verwendung des Russischen hängt zudem erstens mit der Zuwanderergeneration zusammen (Panagiotidis 2021: 122), zweitens beschränken sich die Russischkenntnisse bei Personen, die in jungen

47 Die Unterschiede zwischen beiden Gruppen sind statistisch signifikant.

Abb. 5.3 Überwiegend im Freundes-/Bekanntenkreis gesprochene Sprache 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Jahren zugewandert sind, offenbar vor allem auf den privaten bzw. häuslichen Gebrauch (Dück 2013: 84). Somit wird offensichtlich die deutsche Sprache gerade in der jüngeren Generation immer wichtiger, während das Russische ein „wichtiges Medium der generationenübergreifenden Kommunikation“ (Panagiotidis 2021: 123) bleibt. Daneben ist offenbar auch der situative Kontext bedeutsam, denn russlandstämmige (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler greifen eher auf die russische Sprache zurück, wenn sie über Emotionen sprechen, selbst dann, wenn sie Deutsch perfekt beherrschen (Köppen 2018: 117).⁴⁸

Der Einfluss des Alters auf den Sprachgebrauch, der sich in der Forschungsliteratur andeutet, lässt sich im SVR-Integrationsbarometer in Bezug auf den Freun-

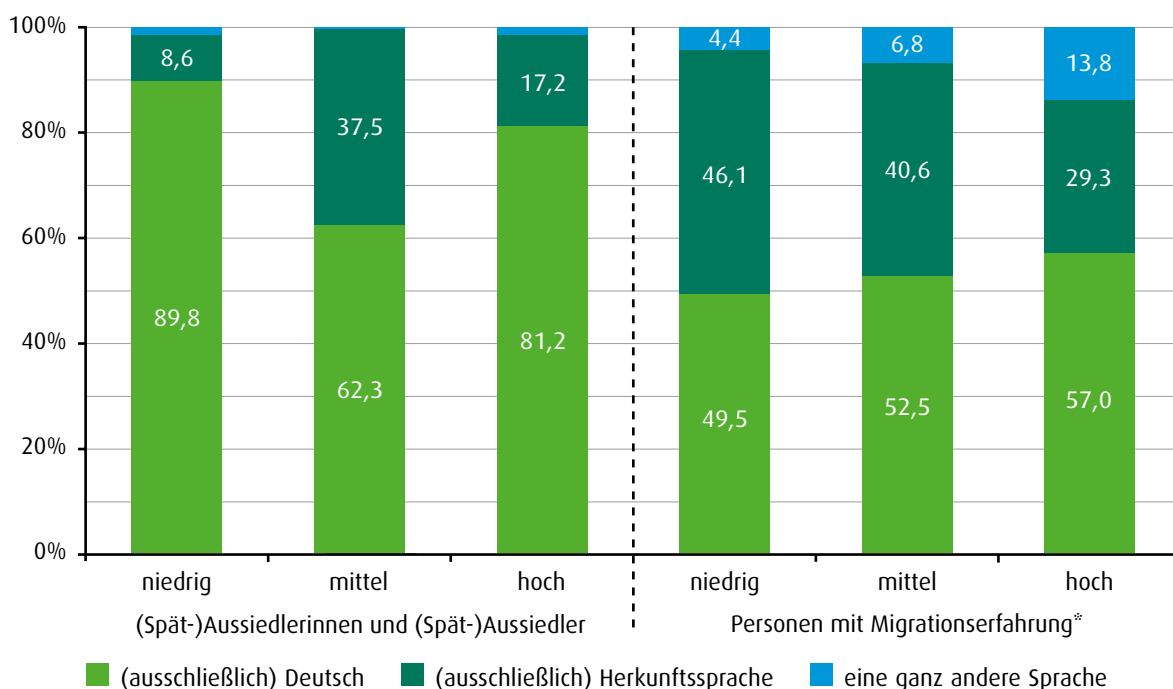
des- bzw. Bekanntenkreis nicht nachweisen. Vielmehr ist auch hier entscheidend, wie alt die Personen zum Zeitpunkt der Zuwanderung waren. 95 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die bis zum Alter von 20 Jahren zugewandert sind, sprechen in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis überwiegend oder ausschließlich Deutsch. Befragte mit (Spät-)Aussiedlerstatus, die zum Migrationszeitpunkt älter waren, geben dies nur zu 63 Prozent an.⁴⁹ Zudem lässt sich sowohl für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler als auch für andere Zugewanderte ein Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer nachweisen: Personen, die bereits länger in Deutschland leben, verfügen eher über einen deutschsprachigen Freundes- und Bekanntenkreis.⁵⁰

48 Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die klare Unterscheidung zwischen dem Gebrauch von Russisch und Deutsch der realen Kommunikation unter (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mitunter nicht angemessen Rechnung trägt. Deutsch und Russisch werden Studien zufolge häufig kombiniert, sodass Sätze vor allem dem Sinn nach gebildet werden und nicht der Grammatik einer der beiden Sprachen folgen (Plischke/Schlegel 2013: 56).

49 Dieser Effekt lässt sich auch bei anderen Zugewanderten der ersten Generation feststellen, ist dort aber geringer. Hier sprechen 69 Prozent der bis zum 20. Lebensjahr Zugewanderten überwiegend oder ausschließlich Deutsch im Freundeskreis; bei Personen, die bei der Zuwanderung älter waren, sind es 51 Prozent.

50 Hier lässt sich kein großer Unterschied zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern und anderen Zugewanderten feststellen, mit dem Unterschied, dass Erstere insgesamt durchschnittlich länger in Deutschland leben und somit insgesamt häufiger über einen deutschsprachig geprägten Freundeskreis verfügen. 97 Prozent der Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus und einer Aufenthaltsdauer von mehr als 30 Jahren sprechen hauptsächlich oder ausschließlich Deutsch im Freundeskreis gegenüber 71 Prozent mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als 30 Jahren. Personen mit Migrationserfahrung haben zu 72 Prozent einen (überwiegend) deutschsprachigen Freundeskreis, wenn sie länger als 30 Jahre in Deutschland leben; bei Personen mit einer kürzeren Aufenthaltsdauer sind es 52 Prozent.

Abb. 5.4 Überwiegend im Freundes-/Bekanntenkreis gesprochene Sprache 2020 (nach Bildungsniveau und Migrationshintergrund)



Anmerkung: Personen, die überwiegend und ausschließlich Deutsch sowie überwiegend und ausschließlich die Herkunftssprache sprechen, wurden zusammengefasst; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Darüber hinaus zeigt sich erneut, dass das Bildungsniveau bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern keinen klaren Zusammenhang mit der vorwiegend im Freundeskreis gesprochenen Sprache aufweist – im Gegensatz zur Gruppe der anderen Zugewanderten (Abb. 5.4). Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus und niedrigem Bildungsniveau haben mit fast 90 Prozent sogar am häufigsten einen deutschsprachigen Freundeskreis, gefolgt von den Höhergebildeten mit 81 Prozent. Bei Personen mit einem mittleren Bildungsniveau ist der Anteil mit 62 Prozent mit Abstand am niedrigsten. Demgegenüber steigt der Anteil der Personen mit einem (überwiegend) deutschsprachigen Freundeskreis bei der

übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung mit steigendem Bildungsniveau an.

6 Zusammenleben in einer multi-ethnischen Gesellschaft

Soziale Netzwerke stellen wichtige Aspekte des Zusammenlebens in einer Gesellschaft dar und ermöglichen den Aufbau sozialen Kapitals,⁵¹ das die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befördert. In der Migrationssituation sind sowohl Kontakte zu Mitgliedern der sog. Aufnahmegesellschaft als auch eigenethni-

⁵¹ Soziales Kapital kann als eine Ressource verstanden werden, die aus sozialen Beziehungen zu anderen entsteht. Putnam unterscheidet zwei Formen von sozialem Kapital: das brückenbauende Sozialkapital (*bridging social capital*), das sich auf andere Gruppen bezieht, und das Kapital, das die inneren Bindungen einer Gruppe stärkt (*bonding social capital*) (Putnam 2000: 22).

sche Kontakte bedeutsam, um in einem Land „anzukommen“. Die Ergebnisse zur im Freundeskreis gesprochenen Sprache legen bereits den Schluss nahe, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Alltag über Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund verfügen. Zugleich ist die Sprache kein hinreichendes Kriterium, um auf Kontakte mit der Aufnahmegesellschaft zu schließen, da Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus auch häufig untereinander Deutsch sprechen (Dück 2013: 84; Vogelsang 2013: 18–19). Daher werden Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund, aber auch zu Personen der eigenen Herkunft gesondert in den Blick genommen, wobei es dabei auch auf die Qualität der sozialen Beziehungen ankommt. Das gilt sowohl für die Intensität und emotionale Nähe der Kontakte (Allport 1979; Pettigrew 1998) als auch für deren Bewertung. Werden soziale Begegnungen als negativ oder gar diskriminierend erlebt, kann dies Integration behindern. Aus diesem Grund sollen im folgenden Kapitel beide Aspekte beleuchtet werden. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern als (neue) Heimat begriffen wird.

6.1 Kontakte zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Im SVR-Integrationsbarometer werden soziale Beziehungen verschiedener Zuwanderungsgruppen zu Deutschen ohne Migrationshintergrund⁵² im Freundeskreis, auf der Arbeitsstelle und in der Nachbarschaft erfragt. Darüber hinaus erhebt das SVR-Integrationsbarometer Kontakte zu Angehörigen der eigenen Herkunft.

Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund
Der überwiegende Teil aller Zugewanderten hat in den abgefragten gesellschaftlichen Bereichen oft oder sogar sehr oft Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund; das gilt sowohl für Personen mit als auch ohne Spätaussiedlerstatus (Abb. 6.1). Die höchsten Werte sind erwartungsgemäß am Arbeitsplatz zu beobachten, auch wenn diese Kontakte dadurch gekennzeichnet sein dürften, dass sie in vielen Fällen nicht freiwillig eingegangen werden und vergleichsweise oberflächlich sind (Friedrichs 2020: 288–289).

Bei der Differenzierung nach Herkunftsgruppen zeigt sich, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler signifikant mehr Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund pflegen, als dies bei anderen Zugewanderten der Fall ist. Dies trifft insbesondere auf private Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis sowie in der Nachbarschaft zu. Während knapp sechs von zehn Befragten mit Migrationserfahrung oft oder sehr oft Kontakt zu Deutschen in ihrem Freundeskreis haben, geben dies bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern rund acht von zehn an. Diese Ergebnisse entsprechen den Befunden anderer Studien, die Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus zahlreiche Freundschaftskontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund attestieren (Schacht/Kristen/Tucci 2014: 452; Worbs et al. 2013: 131).⁵³

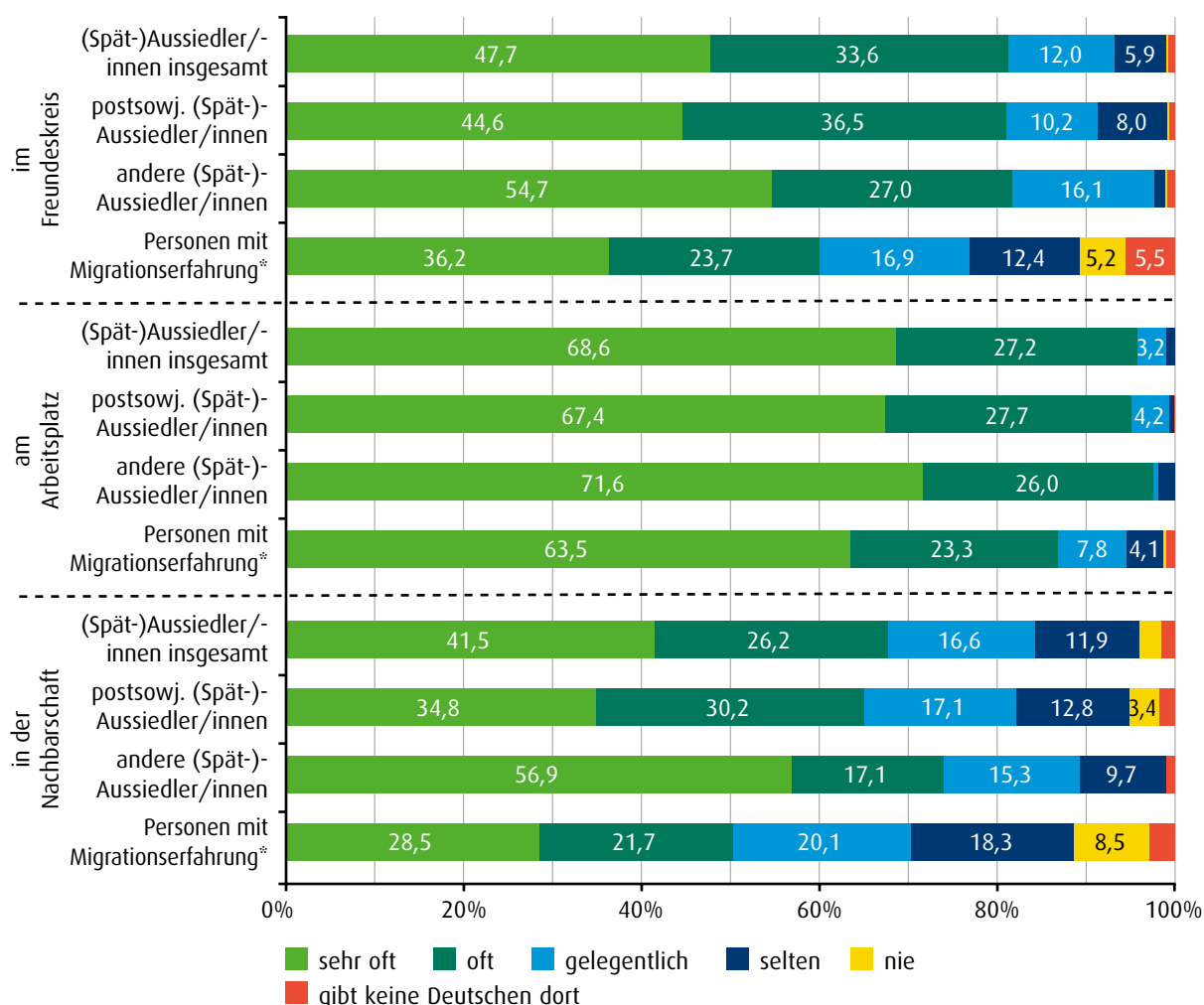
Ähnlich stellt sich die Situation bei den nachbarschaftlichen Kontakten zu Deutschen dar. Am geringsten sind die Unterschiede zwischen den beiden Zuwanderergruppen bei den Begegnungen am Arbeitsplatz: Mehr als 95 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler und rund 87 Prozent der übrigen Zuwanderinnen und Zuwanderer haben auf der Arbeit regelmäßig Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund.⁵⁴

52 Bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern kann die Erhebung von Kontakten zu „Deutschen“ durchaus insofern schwierig sein, als sich ein Großteil von ihnen als Deutsche versteht. Allerdings sind sie sich der (wahrgenommenen) Differenz zu Deutschen ohne Migrationshintergrund offenbar durchaus bewusst (s. hierzu die Erläuterungen am Beginn von Kap. 6.4). Die Kategorien „Deutsche“ und „Migranten“ werden im SVR-Integrationsbarometer außerdem dezidiert erklärt. S. hierzu SVR 2020a.

53 Es existieren jedoch auch Studien, die vor allem bei jugendlichen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ein enges herkunftsbezogenes Netzwerk nahelegen (Baier 2014: 228; Worbs et al. 2013: 132). Demgegenüber finden sich auch Ergebnisse, die ein hohes Maß an interethnischen Freundschaften bei Jugendlichen mit (Spät-)Aussiedlerstatus belegen (Vogelsang 2013: 27).

54 Allerdings sind die Ergebnisse zu Kontakten am Arbeitsplatz weniger aussagekräftig für die Gesamtheit der Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus, da sich in dieser Gruppe eine hohe Anzahl an Rentnerinnen und Rentnern (24 %) befindet. Hinzu kommen weitere 18 Prozent, die sich entweder in Ausbildung befinden oder aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind.

Abb. 6.1 Kontakthäufigkeit zu Deutschen im Freundes- und Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Zudem deuten die Befunde insbesondere zu Nachbarschaftskontakten darauf hin, dass kaum ethnisch vollständig homogene Umgebungen existieren⁵⁵ – nur gut eine oder einer von 100 Befragten

mit (Spät-)Aussiedlerstatus gibt an, keine Deutschen ohne Migrationshintergrund in der Nachbarschaft zu haben.⁵⁶ Dieser Befund ist wichtig, da das eigene Umfeld Opportunitätsstrukturen für Kontakte bil-

55 Herkunftsbezogene Homo- bzw. Heterogenität in der Wohnumgebung selbst wird im SVR-Integrationsbarometer nicht untersucht. Da Nachbarschaftskontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund aber nur dort entstehen können, wo Deutsche ohne Migrationshintergrund leben, deuten die Ergebnisse auf eine Durchmischung von (Spät-)Aussiedlerbevölkerung und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hin.

56 Unter den anderen Zugewanderten geben rund 3 Prozent an, keine Deutschen ohne Migrationshintergrund in der Nachbarschaft zu haben.

det.⁵⁷ Damit lässt sich wahrscheinlich auch erklären, dass postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler über etwas weniger Nachbarschaftskontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund verfügen als Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus anderen Herkunftsländern. Denn Studien deuten darauf hin, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion zum Teil etwas segregierter leben als andere Zuwanderungsgruppen. So weisen etwa Kasachstanstämmige, bei denen die meisten über einen (Spät-)Aussiedlerstatus verfügen, verglichen mit Zugewanderten aus der Ukraine, der Türkei, Polen sowie Personen mit Migrationshintergrund insgesamt im Durchschnitt den größten räumlichen Segregationsgrad (gemessen über den Gini-Koeffizienten⁵⁸) auf (Panagiotidis 2021: 105–106).⁵⁹ Den Befunden des SVR-Integrationsbarometers zufolge haben nur knapp zwei Drittel der postsowjetischen Zugewanderten oft oder sehr oft nachbarschaftliche Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund; bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus anderen Geburtsländern sind es knapp drei Viertel. Besonders hier scheint sich die etwas größere räumliche Segregation der sog. Russlanddeutschen auszuwirken. Dennoch kann aufgrund der vorliegenden Daten auch bei den postsowjetischen Zugewanderten nicht von abgeschlossenen Wohnquartieren gesprochen werden.

Die Kontakthäufigkeit zu Deutschen ohne Migrationshintergrund bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern im privaten Umfeld weist einen Zusammenhang mit dem Bildungsniveau auf. So verfügen Höhergebildete über mehr Kontakte im Freun-

des- und Bekanntenkreis. Während unter den niedrig gebildeten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern knapp drei Viertel oft oder sehr oft Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund in ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis pflegen, sind es bei den Höhergebildeten mehr als 90 Prozent. Auch die Aufenthaltsdauer hängt mit der Kontakthäufigkeit im privaten Bereich zusammen: Befragte (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die sich zwischen 31 und 40 Jahren in Deutschland aufhalten, haben mit 94 Prozent viel häufiger derartige Kontakte als Personen, die länger bzw. kürzer in Deutschland leben, bei denen dies jeweils auf ca. drei Viertel zutrifft. Zudem konnten bereits andere Untersuchungen nachweisen, dass gute Deutschkenntnisse die Entstehung interethnischer Freundschaften bei jugendlichen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern fördern (Titzmann 2014: 108–110). Diese Erkenntnis lässt sich den Daten des SVR-Integrationsbarometers zufolge auch auf andere Altersgruppen übertragen; 83 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit (sehr) guten selbst eingeschätzten Deutschkenntnissen haben oft oder sehr oft Freundschaftskontakte mit Deutschen ohne Migrationshintergrund, bei Personen mit „eher schlechten“ oder „sehr schlechten“ Deutschkenntnissen sind es nur 58 Prozent.⁶⁰ Darüber hinaus haben Erwerbstätige mehr Nachbarschaftskontakte (72 %) als Personen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen (62 %).

Kontakte zu Zugewanderten der eigenen Herkunft

Kontakte zu Personen der eigenen Herkunft sind vor allem für die Binnenintegration⁶¹ von Bedeutung und

57 Für spezifische Kontexte etwa in der schulischen Umgebung zeigen Studien, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler eher Freundschaften mit Deutschen ohne Migrationshintergrund entwickeln, wenn der Anteil von Personen der eigenen Herkunft gering ist (Titzmann 2014: 108–110).

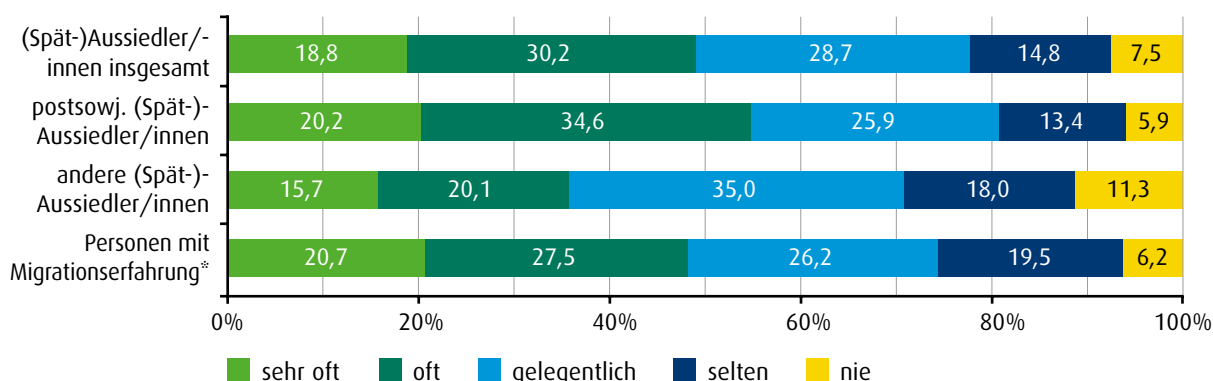
58 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Ungleichheit in der Verteilung eines Merkmals. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher er dem Wert 1 kommt, desto ungleicher ist das Merkmal verteilt. Für eine detaillierte Erläuterung des Koeffizienten und seiner Berechnung s. Cleff 2015: 65–66.

59 Zwar kann die Gruppe der Kasachstanstämmigen postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nicht als Ganzes abbilden, da jedoch fast alle Zugewanderten aus Kasachstan einen (Spät-)Aussiedlerstatus besitzen, liefern die Befunde einen Eindruck von einer bestimmten und quantitativ wichtigen Gruppe der postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerbevölkerung (Panagiotidis 2021: 57–58).

60 Allerdings sind die Fallzahlen bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit geringen Deutschkenntnissen sehr klein, sodass die Ergebnisse mit Vorsicht betrachtet werden müssen.

61 Binnenintegration fördert die Teilhabe von Zugewanderten dabei der Literatur nach auf dreierlei Weise: Erstens stärkt sie das Selbstbewusstsein von Migrantinnen und Migranten durch die Aufnahme in eine Community, deren kulturelle Praktiken und Verhaltensweisen bekannt sind, zweitens wird Wissen der Aufnahmegesellschaft vermittelt und drittens können eigenethnische Netzwerke die Interessen von Zugewanderten nach außen vertreten (Elwert 1982: 721–723).

Abb. 6.2 Kontakthäufigkeit im Freundeskreis mit Menschen der eigenen Herkunft 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

können auf diese Weise die Teilhabe von Zugewanderten an den zentralen Bereichen der Gesellschaft erleichtern (Elwert 1982: 720; Haug 2010: 14–15; Hoesch 2018: 101), sofern sie andere Kontakte nicht ausschließen.⁶²

Knapp die Hälfte aller Zugewanderten gibt an, oft oder sehr oft Kontakt zu Personen der eigenen Herkunft zu haben, wobei es keine signifikanten Unterschiede zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern und anderen Zugewanderten gibt (49 vs. 48 %) (Abb. 6.2). Allerdings pflegen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion mit 55 Prozent erheblich häufiger eigenethnische Freundschaften, als dies für Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus anderen Herkunftsländern gilt (36 %).⁶³ Es scheint also einerseits bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern insgesamt eher eine Tendenz zu ethnischer Homogenität im Bereich der Freundschaften zu geben als bei anderen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. Die größere Neigung zu eigenethnischen Kontakten könnte teilweise

auch mit dem größeren räumlichen Segregationsgrad der sog. Russlanddeutschen zusammenhängen.

Andererseits zeigen weitere Analysen, dass die größere Neigung, Freundschaften mit Personen der eigenen Herkunft einzugehen, stärker mit der Aufenthaltsdauer in einem Zusammenhang steht.⁶⁴ Zunächst nimmt die Kontakthäufigkeit zu Menschen eigener Herkunft zwar zu, je länger sie in Deutschland leben; ab der Kohorte derjenigen Personen, die zwischen 26 und 30 Jahren in Deutschland leben, nimmt sie jedoch wieder ab. Bei einer Aufenthaltsdauer von mehr als 30 Jahren gehen eigenethnische Kontakte sogar vergleichsweise stark zurück: Befragte mit einer Aufenthaltsdauer zwischen 31 und 35 Jahren geben nur zu 35 Prozent an, oft oder sehr oft Kontakt zu Menschen der eigenen Herkunft zu haben, bei einer Aufenthaltsdauer von mehr als 35 Jahren sind es nur noch 17 Prozent.⁶⁵ Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass von Mitte der 1970er Jahre bis Ende der 1980er Jahre etwa 50.000 Personen jährlich zuzogen, während es ab 1988 zu einem sprunghaften Anstieg der Zuwanderungszahlen kam, was eigenethnische Kon-

⁶² Liegen hingegen ausschließlich eigenethnische Kontakte vor, können diese sozialen Aufstieg und Teilhabe auch behindern (Haug 2010: 14).

⁶³ Die Antwortkategorien „oft“ und „sehr oft“ wurden jeweils zusammengefasst.

⁶⁴ Bezieht man dieses Merkmal in ein multivariates Regressionsmodell ein, so existiert kein signifikanter Unterschied mehr im Hinblick auf die Herkunftsregion der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

⁶⁵ Allerdings sind die Fallzahlen in einigen Zellen gering, sodass die Ergebnisse mit Vorsicht betrachtet werden sollten.

takte eventuell wahrscheinlicher gemacht hat (Worbs et al. 2013: 31–34; s. Kap. 2.1). Zudem erhöhte sich seit Mitte der 1990er Jahre der Anteil der nachziehenden Familienangehörigen, was ebenfalls einen Einfluss auf die Netzwerkstrukturen mit Zugewanderten der eigenen Herkunft gehabt haben dürfte (Worbs et al. 2013: 30).

Neben der Aufenthaltsdauer spielen auch das Geschlecht der Personen, das Alter bei Zuwanderung sowie das Bildungsniveau eine Rolle. Dabei gilt: (Spät-)Aussiedlerinnen pflegen weniger Freundschaften zu Menschen der eigenen Herkunft als (Spät-)Aussiedler; wer bei der Migration älter als 20 Jahre war, verfügt wiederum eher über ein herkunftsbezogenes Netzwerk. Und Personen mit einem höheren Bildungsniveau haben seltener eigenethnische Freundschaften.

6.2 Qualität der Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund

Das Vorhandensein interethnischer Kontakte bedeutet nicht zwangsläufig, dass Integration gefördert wird, denn Kontakte können sowohl positive als auch negative Erfahrungen mit sich bringen. Negative Kontakterfahrungen werden dabei den Integrationsprozess eher behindern (Beigang et al. 2017; Uslucan/Yalcin 2012). Hier geben die Daten des Integrationsbarometers wenig Anlass für Bedenken, denn sowohl Befragte mit Migrationserfahrung als auch jene mit (Spät-)Aussiedlerstatus nehmen die Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund in allen drei abgefragten Lebensbereichen fast ausschließlich positiv wahr. Dies gilt insbesondere für Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis – nicht zuletzt, weil diese größtenteils selbst gewählt sind. Mit 98 Prozent geben fast alle (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an, bei Freundschaftskontakten zu Deutschen ohne Migrationserfahrung „eher positive“ oder „sehr positive“ Erfahrungen gemacht zu haben. Bei den Personen mit Zuwanderungserfahrung sind es mit 96 Prozent fast ebenso viele. Erfahrungen mit Deutschen ohne Migrationshintergrund

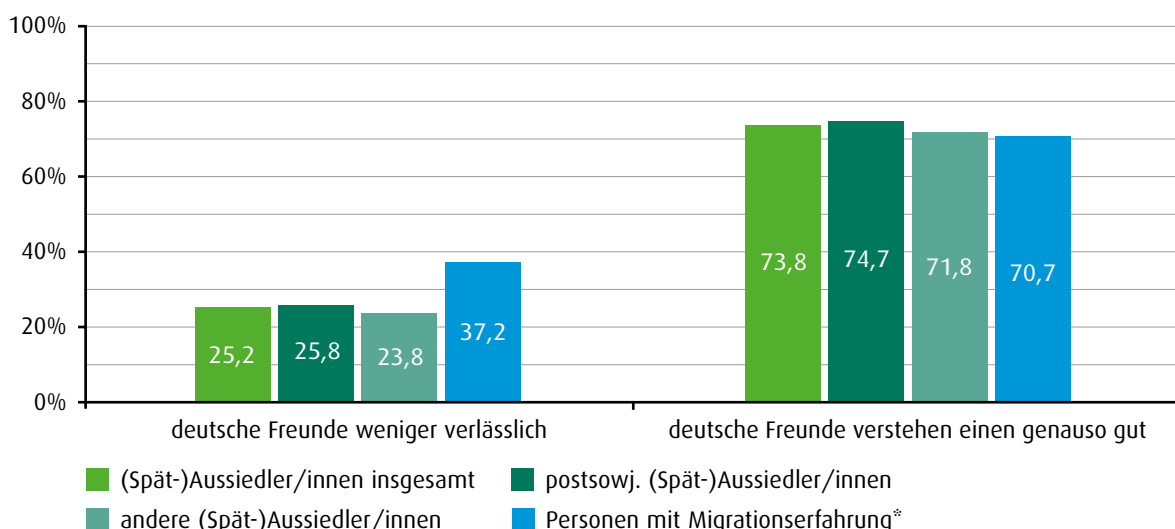
am Arbeitsplatz erleben die Befragten zu 97 Prozent ((Spät-)Aussiedlerstatus) bzw. 94 Prozent (mit Migrationserfahrung) nur geringfügig seltener als positiv. Ähnlich verhält es sich mit den Nachbarschaftskontakten, die 96 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler und 92 Prozent der Befragten mit Migrationserfahrung positiv sehen. Dabei lassen sich signifikante Unterschiede innerhalb der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung hinsichtlich der Herkunftsregion nur bei der Bewertung der Nachbarschaftskontakte feststellen, die von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion etwas positiver erlebt werden.

Da Kontakte fast immer als positiv wahrgenommen werden, ist anzunehmen, dass die Kontaktintensität sich auch positiv auf andere Bereiche, wie etwa das Gefühl der Zugehörigkeit, auswirkt.⁶⁶ Diese Annahme schließt an die sog. Kontakthypothese an. Sie besagt, dass Kontakte zwischen sozialen Gruppen das gegenseitige Verständnis füreinander fördern, sodass Gemeinsamkeiten anstelle von Unterschieden in den Vordergrund rücken (Allport 1979: 271–272; Hewstone/Brown 1986: 8). Daneben fördere vor allem eine emotionale Bindung zu Mitgliedern unterschiedlicher sozialer Gruppen, dass man sich besser in sie hineinversetzen kann, wie dies etwa bei Freundschaften der Fall sei (Pettigrew 1998: 70–73; Pettigrew/Tropp 2008: 923–924). Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass insbesondere Freundschaften zwischen Zugewanderten mit und ohne (Spät-)Aussiedlerstatus und Personen ohne Migrationshintergrund die emotional-identifikatorische Integration und Teilhabe fördern.

Die Kontakthypothese kommt ursprünglich aus der Vorurteilsforschung, sie ist aber auch für Integration wichtig, sofern diese als wechselseitiger Austausch- und Annäherungsprozess zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte verstanden wird (Pries 2015). So stellt Vogelgesang in seiner bereits erwähnten Studie fest, dass die meisten der befragten Jugendlichen über interethnische Kontakte verfügen, wodurch Vorurteile abgebaut

66 Für diese Annahme spricht auch, dass sich in multivariaten Regressionsmodellen zeigen lässt, dass die Bewertung der Kontakte im Freundeskreis und in der Nachbarschaft umso positiver ausfällt, je mehr Kontakte die Menschen in dem jeweiligen Bereich haben. Das gilt für Zugewanderte mit und ohne (Spät-)Aussiedlerstatus gleichermaßen.

Abb. 6.3 Qualität von interethnischen Freundschaften 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die meinen, die Aussage trifft „eher“ oder „voll und ganz“ zu; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

wurden und ein besseres gegenseitiges Verständnis entstand (Vogelsang 2013: 27). Auch mit den Daten des SVR-Integrationsbarometers ließ sich bereits nachweisen, dass Befragte mit und ohne Migrationshintergrund bei gegenseitigem Kontakt das Integrationsklima⁶⁷ durchschnittlich positiver einschätzen, als dies bei Personen ohne bzw. mit wenigen Kontakten der Fall ist (SVR 2016: 27–28).

Die Qualität von Freundschaften

Aufgrund der großen Bedeutung von Freundschaften und deren Qualität für Integrationsprozesse wird in diesem Abschnitt noch einmal gesondert auf die Bewertung von interethnischen Freundschaften eingegangen. Dafür werden zwei Aussagen herangezogen, die zum einen das Verständnis, zum anderen die Verlässlichkeit von deutschen Freundinnen und Freunden ohne Migrationshintergrund aus Sicht der Befragten beleuchten.⁶⁸

Dass deutsche Freundinnen und Freunde ohne Migrationshintergrund weniger verlässlich sind als

jene mit Zuwanderungsgeschichte, findet nur eine Minderheit aller Befragten mit Migrationserfahrung (Abb. 6.3). (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler stimmen dieser Aussage mit etwa einem Viertel „eher“ oder „voll und ganz“ zu; bei den anderen Befragten mit Migrationserfahrung trifft dies auf über ein Drittel zu. Zudem lehnen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die nicht aus einem (Nachfolge-)Staat der Sowjetunion stammen, die Aussage entschiedener ab als postsowjetische Zugewanderte. Während Erstere fast zur Hälfte angeben, die Aussage treffe gar nicht zu, ist es bei postsowjetischen Zugewanderten nur ein gutes Drittel.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt man in Bezug auf die Frage, ob deutsche Freundinnen und Freunde ohne Migrationshintergrund „einen genauso gut verstehen“ wie solche mit Migrationshintergrund, auch wenn die Gruppenunterschiede hier geringer ausfallen und statistisch nicht signifikant sind. Im Vergleich zum ersten Item zielt diese Aussage auch stärker auf den Aspekt emotionaler Nähe bzw. Distanz. Allerdings

⁶⁷ Der SVR-Integrationsklima-Index ist ein empirischer Gradmesser für die Qualität des Zusammenlebens in verschiedenen Bereichen der Einwanderungsgesellschaft: Arbeitsmarkt, Nachbarschaft, soziale Beziehungen und Bildungssystem (SVR 2018a: 6).

⁶⁸ Die konkret abgefragten Aussagen waren: „Bei persönlichen Problemen kann man sich auf deutsche Freunde verlassen als auf Freunde mit Migrationshintergrund“ und „Deutsche Freunde verstehen einen genauso gut wie Freunde mit Migrationshintergrund“.

kann bei allen Befragten mit Migrationserfahrung – inklusive der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler – nicht klar gesagt werden, ob ihre Freundinnen und Freunde mit Migrationshintergrund den gleichen Herkunftskontext aufweisen wie sie selbst.⁶⁹

Es lässt sich darüber hinaus feststellen, dass die Bewertung der Freundschaften zu Deutschen ohne Migrationshintergrund bei Zugewanderten mit und ohne (Spät-)Aussiedlerstatus auch davon abhängt, wie sehr der eigene Freundeskreis von Zugewanderten der eigenen Herkunft geprägt ist.⁷⁰ Je häufiger (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler Freundschaften mit anderen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern pflegen, desto seltener sind sie der Meinung, dass man sich auf deutsche Freundinnen und Freunde ohne Migrationshintergrund ebenso verlassen könne wie auf solche mit Migrationshintergrund. Das Gleiche lässt sich für die sonstige Bevölkerung mit Migrationserfahrung feststellen.⁷¹

6.3 Diskriminierungserfahrungen

Wie andere Gruppen von Zugewanderten sind auch (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler potenziell Opfer von Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft.⁷² Ihre Situation weist jedoch bestimmte Besonderheiten auf. Einerseits werden sie aufgrund ihres Erscheinungsbildes im Vergleich mit einigen anderen Zuwanderungsgruppen vermutlich weniger als fremd wahrgenommen oder ‚migrantisiert‘. Zudem besteht für sie die Möglichkeit, ihre Namen eindeutschen zu lassen, was sie im Vergleich mit anderen Gruppen zumindest hinsichtlich dieses Merkmals ‚unsichtbar‘ macht (Info-Box 3).

Zugleich kommen insbesondere die postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler

jedoch aus einer Region, die in Deutschland deutlich mit Vorurteilen, Stereotypen und (kolonialen) Projektionen beladen ist (Panagiotidis 2021: 142). Sie befinden sich Panagiotidis zufolge in einem Spannungsfeld, in dem ihnen einerseits positive Stereotype (z.B. eine vermeintlich vorbildliche deutsche Identität) zugeschrieben werden, die andererseits jedoch in negative Stereotype umschlagen, falls sie an sie gerichtete Erwartungen nicht erfüllen (Panagiotidis 2021: 142–143). Auch scheint die Namensänderung nur teilweise vor Diskriminierungserfahrungen zu schützen. Zwar sind (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler auf dem Papier nicht von Deutschen ohne Migrationshintergrund zu unterscheiden; aufgrund ihres teilweise vorhandenen Akzents oder auch geringer Deutschkenntnisse erfahren sie dennoch Diskriminierung (Wallem 2017: 87–88).

Für den Kontext einer möglichen Diskriminierung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ist auch auf die Medienberichterstattung über die Gruppe zu verweisen (Klimeniouk 2018; Schmalz 2019). So haben Studien darauf hingewiesen, dass sie mit dem Anstieg der Einwanderungszahlen Mitte der 1990er Jahre in den Medien vor allem im Zusammenhang mit Kriminalität und Integrationsproblemen thematisiert worden seien (Klimeniouk 2018). Auch seien ihnen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 medial vielfach AfD-Sympathien unterstellt worden (Klimeniouk 2018; Schmalz 2019: 452).

Im SVR-Integrationsbarometer wird zunächst nicht Diskriminierung selbst, sondern eher die Voraussetzung für eine mögliche Benachteiligung über die Frage erhoben, ob man der Ansicht sei, der eigene Migrationshintergrund sei über das Aussehen erkennbar.⁷³ Mit 46 Prozent meinen weniger (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, dass sie optisch

69 Panagiotidis findet in seiner qualitativen Befragung postsowjetischer Zugewanderter etwa einen Fall, der von einem multiethnischen Freundeskreis in der eigenen Schulzeit berichtet, in dem Menschen aus zahlreichen Ländern vertreten gewesen seien; lediglich Deutsche ohne Migrationshintergrund habe es kaum gegeben (2021: 213).

70 Die im Folgenden geschilderten Resultate basieren erneut auf multivariaten Regressionsanalysen.

71 Bei der Aussage zum Verständnis lassen sich keine Zusammenhänge für die (Spät-)Aussiedlerbevölkerung finden, sodass hier nicht näher darauf eingegangen wird.

72 Diskriminierung wird in der vorliegenden Studie zunächst sehr allgemein als „eine Ungleichbehandlung, Ausgrenzung oder Benachteiligung von Einzelnen oder Gruppen“ (SVR-Forschungsbereich 2014: 10) verstanden, die zugleich als ungerechtfertigt gelten kann bzw. so wahrgenommen wird (Scherr 2017: 42).

73 Personen ohne Migrationshintergrund wurden gefragt, ob man ihnen ihre deutschen Wurzeln ansehen würde. Das bejahen über 60 Prozent.

Info-Box 3 Eindeutschung der Namen

Im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen gelten für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler spezielle Regelungen, die eine Änderung des eigenen Namens ermöglichen. § 94 des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes (KfbG) besagt, dass sie durch eine einfache Erklärung gegenüber dem Bundesverwaltungsamt oder einem Standesbeamten (1) Teile ihres Namens, die es im Deutschen nicht gibt (Vatersnamen), ablegen, (2) die männliche Form des Familiennamens oder (3) die deutschsprachige Form des Vor- und/oder Familiennamens annehmen können. Wenn es keine deutschsprachige Form gibt, kann zudem ein neuer Name angenommen werden. Der Hintergrund dafür liegt in der Tatsache, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Gegensatz zu anderen Zugewanderten nicht aufgrund von Familie oder Arbeit migrieren, sondern aufgrund ihrer deutschen Abstammung in das Land ihrer Vorfahren zurückkehren (Panagiotidis 2015: 855; Wallem 2017: 83–84; s. hierzu auch die Erläuterungen zur rechtlichen Situation in Info-Box 2). Durch die Eindeutschung ihrer Namen soll ihnen die Integration in die deutsche Gesellschaft

erleichtert und Stigmatisierung bzw. Diskriminierung aufgrund eines fremd klingenden Namens vermieden werden (Wallem 2017: 85).

Obgleich dieses Angebot durchaus gern angenommen wurde, konnte es teilweise auch als Zwang wahrgenommen werden. Die Forschung liefert Hinweise dafür, dass einige (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler Bedenken hatten, eine Beibehaltung ihres Namens könne Zweifel an ihrer deutschen Identität wecken (Wallem 2017: 86; Panagiotidis 2015: 871). Das gilt umso mehr, weil die Deutschkenntnisse der aus der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler abnahmen (Dietz 2006: 122–123).

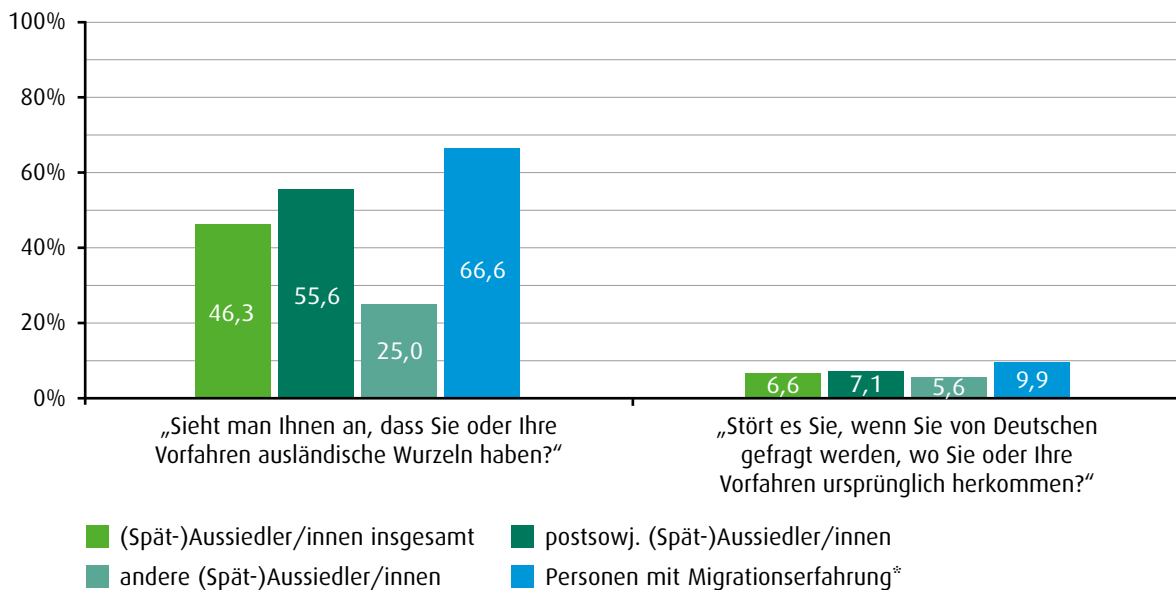
Dass viele (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ihren deutschen Namen hauptsächlich in offiziellen Kontexten verwenden, im Privaten aber weiterhin ihren russischen Namen benutzen, unterstützt diese Interpretation ebenfalls (Wallem 2017: 88–89). Angaben dazu, wie viele (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler letztlich ihren Namen haben ändern lassen, liegen nicht vor (Wallem 2017: 92).

als Zugewanderte identifiziert werden können, als dies auf andere Befragte mit Zuwanderungserfahrung zutrifft (67%) (Abb. 6.4). Dabei unterscheiden sich (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion bei dieser Frage stark von Personen aus anderen Geburtsländern. Während lediglich ein Viertel der Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus und einem Geburtsland außerhalb des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion glaubt, die eigene Herkunft könne am Aussehen erkannt werden, glauben dies 56 Prozent der postsowjetischen Befragten. Dieser Wert liegt zwar noch immer gut zehn Prozentpunkte unter dem der Gruppe der anderen Zugewanderten; dennoch wird ersichtlich, dass postsowjetische (Spät-)Aussied-

lerinnen und (Spät-)Aussiedler sich offenbar viel häufiger auf Basis vermeintlicher phänotypischer Differenz ‚migrantisiert‘ sehen als (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler anderer Herkunft. Diese Unterscheidbarkeit scheint allerdings nach einer gewissen Aufenthaltsdauer zumindest in der Wahrnehmung in den Hintergrund zu treten. Zwar steigt der Anteil derjenigen, die diese Frage bejahen, zunächst an und ist in der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung mit einem Aufenthalt zwischen 16 und 20 Jahren mit gut drei Vierteln am höchsten, danach sinkt er jedoch deutlich. Befragte mit (Spät-)Aussiedlerstatus, die bereits seit mehr als 35 Jahren in Deutschland leben, glauben nur noch zu 13 Prozent, man könne ihre Herkunft am Aussehen erkennen.⁷⁴

⁷⁴ Der Zusammenhang zwischen der Prädisposition von Diskriminierung und der Aufenthaltsdauer lässt jedoch nicht den Effekt der Geburtsländer verschwinden. Sowohl die Aufenthaltsdauer als auch die Herkunftsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler weisen einen Zusammenhang mit der Wahrnehmung phänotypischer Differenz auf, wenn in multivariaten Regressionsanalysen für beide Merkmale statistisch kontrolliert wird.

Abb. 6.4 Prädisposition für Diskriminierung und Fremdheitszuschreibung 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkungen: Anteil derjenigen Personen, die die jeweilige Frage mit „Ja“ beantworten; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Wahrnehmung von Diskriminierung

Neben dem Aspekt einer möglichen Prädisposition für Diskriminierung aufgrund bestimmter äußerlich erkennbarer Merkmale (z.B. Namen, Aussehen oder Akzent) stellt sich die Frage, was genau unter Diskriminierung verstanden werden kann bzw. wo sie beginnt. In diesem Zusammenhang wird in der öffentlichen Diskussion unter anderem thematisiert, inwieweit die Frage nach der „ursprünglichen Herkunft“ von Menschen, denen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Sprache oder ihres Namens eine Migrationsgeschichte zugeschrieben wird, als Diskriminierung betrachtet werden muss. Den Daten des SVR-Integrationsbarometers zufolge nimmt jedoch nur eine Min-

derheit – 7 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler und 10 Prozent der Personen mit Migrationserfahrung – diese Frage als störend wahr (Abb. 6.4).⁷⁵

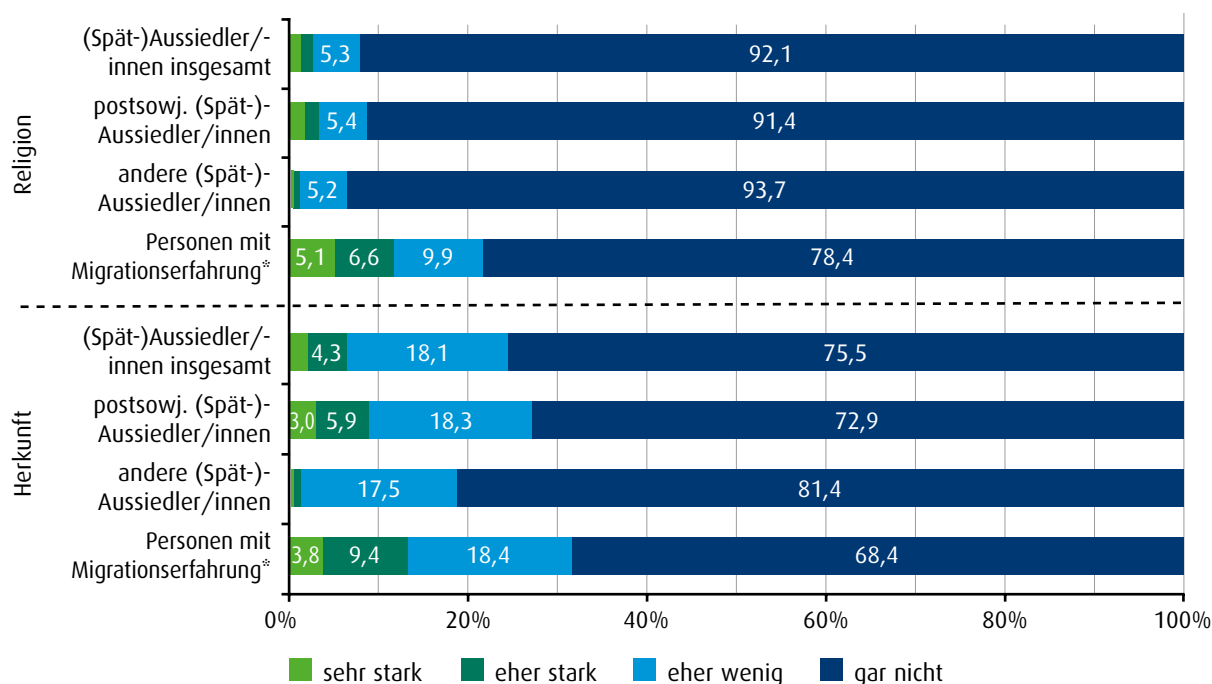
Diskriminierungserfahrungen selbst erhebt das SVR-Integrationsbarometer über zwei Fragen: Zum einen wird gefragt, inwieweit man der eigenen Wahrnehmung nach in den vergangenen fünf Jahren aufgrund der Religion benachteiligt worden ist, zum anderen inwieweit eine solche Benachteiligung aufgrund der Herkunft wahrgenommen wurde (Abb. 6.5).⁷⁶

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nehmen quantitativ betrachtet kaum Diskriminierung wahr – dies gilt für Diskriminierungserfahrungen

75 Die Tatsache, dass ein Großteil der Befragten mit Migrationserfahrung in dieser Frage keine Diskriminierung sieht, macht die Kritik an ihr jedoch nicht obsolet. Denn es lassen sich empirisch Hinweise dafür finden, dass nicht alle Gruppen eine (objektive) Ausgrenzung auch als solche wahrnehmen. So wird Diskriminierung vor allem von höher gebildeten Zugewanderten, die die Sprache des Aufnahmelandes beherrschen, als solche wahrgenommen (Di Saint Pierre/Martinovic/De Vroome 2015: 1842). Zudem nehmen Menschen, die sich einer benachteiligten Gruppe zugehörig fühlen, eher Diskriminierung wahr (El-Mafaalani/Waleciak/Weitzel 2017: 176). Auch die Daten des SVR-Integrationsbarometers zeigen, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sich mit zunehmender Bildung eher an der Frage nach der Herkunft stören – ein Zusammenhang, der sich bei den anderen Zugewanderten hingegen nicht zeigt.

76 Die subjektiv wahrgenommene Diskriminierung abzufragen, bietet in Umfragen den Vorteil, ein breites Spektrum mit relativ wenigen Fragen zu erheben. Problematisch ist jedoch, dass die subjektive Wahrnehmung lediglich erhebt, dass bestimmte Erlebnisse oder Situationen als diskriminierend gewertet werden, ohne deren objektiven Gehalt überprüfen zu können (Diehl/Liebau/Mühlau 2021: 8).

Abb. 6.5 Diskriminierung aufgrund der Religion und der Herkunft 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

aufgrund der Religion noch stärker als für solche aufgrund der Herkunft. Für Erstere geben lediglich 3 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an, in den letzten fünf Jahren benachteiligt worden zu sein („sehr stark“ bzw. „eher stark“), wohingegen dies auf 12 Prozent der Zugewanderten mit einem anderen Migrationshintergrund zutrifft. Dieser Unterschied lässt sich im Wesentlichen darauf zurückführen, dass sich in der Gruppe mit Migrationserfahrung vergleichsweise viele Musliminnen und Muslime befinden, die insgesamt stark von negativen Einstellungen bis hin zu Ausgrenzung betroffen sind, wie zahlreiche Studien nachweisen (Foroutan 2019: 184; SVR-Forschungsbereich 2018a: 13; Zick 2021: 192; Zick/Berghan/Mokros 2019: 83).⁷⁷

Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Herkunft sind insgesamt – vor allem aber bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern – etwas stärker verbreitet als solche aufgrund der Religion. Zu gut 6 Prozent berichten Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus von Benachteiligungen,⁷⁸ wohingegen Menschen mit anderer Zuwanderungsgeschichte dies mit etwa 13 Prozent etwa doppelt so häufig tun. Innerhalb der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler berichten mit 9 Prozent aber fast nur solche mit postsowjetischer Herkunft von Diskriminierung, bei Personen aus anderen Herkunftsländern ist es nur ein Prozent. Der Unterschied von acht Prozentpunkten ist beträchtlich und statistisch signifikant.⁷⁹ Dennoch sind (Spät-)Aussiedlerinnen und

⁷⁷ Laut SVR-Integrationsbarometer 2020 fühlen sich Musliminnen und Muslime im Vergleich zu Christinnen und Christen sowie Personen ohne Religionszugehörigkeit mit 18 Prozent häufiger aufgrund ihrer Religion benachteiligt.

⁷⁸ Das Ergebnis entspricht etwa den Resultaten zu Diskriminierungserfahrungen auf Basis des SVR-Integrationsbarometers 2016 (SVR-Forschungsbereich 2018a: 11–12).

⁷⁹ Eine Erklärung könnte u. a. in der negativen Medienberichterstattung liegen, die sich in den vergangenen Jahren vor allem auf die sog. Russlanddeutschen konzentrierte (s. o.).

(Spät-)Aussiedler nach eigener Wahrnehmung insgesamt relativ selten von Benachteiligung betroffen.⁸⁰

Ob (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sich selbst als benachteiligt wahrnehmen, ist zudem unabhängig davon, inwieweit sie deutsche Freundinnen und Freunde ohne Migrationshintergrund haben (Kontakthypothese), über welches Bildungsniveau sie verfügen, wie sie ihre eigenen Deutschkenntnisse einschätzen und ob sie sagen, man sehe ihnen ihre ausländischen Wurzeln an. Allerdings sind subjektiv vor allem Männer von herkunftsbezogener Diskriminierung betroffen. 9 Prozent der (Spät-)Aussiedler (Männer mit Migrationserfahrung: 16 %) und 4 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen (Frauen mit Migrationserfahrung: 10 %) nehmen sich als diskriminiert wahr.

Auch wenn Diskriminierungserfahrungen insgesamt vergleichsweise selten gemacht werden, können sie für die Betroffenen erhebliche Probleme darstellen. Auch dürfte wahrgenommene Diskriminierung die Wahrscheinlichkeit erhöhen, sich in Deutschland nicht (oder weniger) zugehörig zu fühlen.⁸¹

6.4 Verbundenheit mit Deutschland und dem Geburtsland

Die Frage der subjektiven Zugehörigkeit gewinnt bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern eine besondere Bedeutung, da Identitätskategorien bei dieser Gruppe maßgeblich sowohl für die Migrationsentscheidung als auch ihre rechtliche Stellung in Deutschland waren bzw. sind (Panagiotidis 2021: 123). Es lässt sich feststellen, dass sie sich einerseits häufig als Deutsche wahrnehmen, zum Teil jedoch

mit ähnlichen Integrationsherausforderungen konfrontiert sind wie andere Zugewanderte.⁸² Entsprechend müssen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ihre Zugehörigkeit zu Deutschland vor dem Hintergrund ihrer eigenen (Identitäts-)Vorstellungen und den Erwartungen der Aufnahmegesellschaft aushandeln (Panagiotidis 2021: 124). Dabei sehen sich insbesondere postsowjetische Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus der Literatur zufolge mit einer doppelten Fremdheitserfahrung konfrontiert, weil sie in Deutschland als russisch wahrgenommen werden, in Russland aber als Deutsche gelten (Goeres/Mayer/Spies 2020: 1215; Panagiotidis 2021: 124), wobei sich in der Forschung Hinweise auf eine zunehmende Akzeptanz der kulturellen Hybridität in Deutschland erkennen lassen (Kurilo 2015: 55). Solche Fremdheitserfahrungen können jedoch eine Art Rückbesinnung auf das Herkunftsland wahrscheinlicher machen. Beispielsweise stellt eine Studie zu kasachstanstämmigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern fest, dass Deutschland vor allem vor der Migration als „historische Heimat“ konstruiert und mit hohen Erwartungen verbunden werde; diese Vorstellung verblasse jedoch durch Probleme bei der Integration in Deutschland und Fremdzuschreibungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft (Sanders 2015: 299–300). Das Konstrukt Heimat werde dann zunehmend auf den Geburtsort übertragen und mit einem glücklichen und freien Leben assoziiert.⁸³

Eine solche Rückbesinnung lässt sich anhand der Daten des SVR-Integrationsbarometers empirisch kaum feststellen: Alle Gruppen mit Migrationserfahrung fühlen sich Deutschland, der Region, in der sie leben, sowie der lokalen Ebene stärker zugehörig als

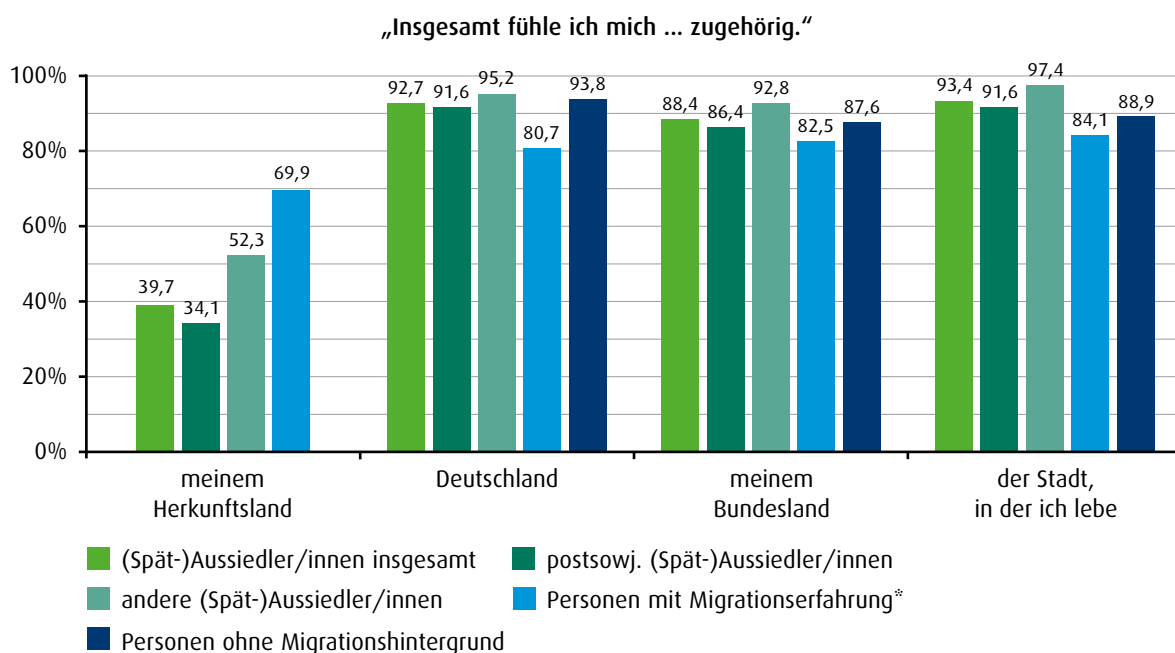
80 Die Resultate bestätigen die Ergebnisse einer jüngst veröffentlichten Studie, die auf Basis der Analyse der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) von 1996 bis 2015 eine – insbesondere verglichen mit Türkeistämmigen und anderen osteuropäischen Zugewanderten – relativ geringe subjektive Diskriminierung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern berichtet (Diehl/Liebau/Mühlau 2021: 13). Wahrgenommene Diskriminierung wird im SOEP ähnlich wie im SVR-Integrationsbarometer gemessen, allerdings wird hier nach der Benachteiligung innerhalb der letzten zwei Jahre gefragt (Diehl/Liebau/Mühlau 2021: 10).

81 So sind der Rückzug und die Konzentration auf eigenethnische Kontakte und Netzwerke im Rahmen einer empirischen Studie als eine Strategie des Umgangs mit erlebter Diskriminierung beschrieben worden (Soergel 2017: 180–182).

82 Vogelsang (2018: 24) formuliert dies spezifisch für die postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Dies dürfte dem Grundsatz nach aber auch für Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus Geburtsländern außerhalb der ehemaligen Sowjetunion gelten.

83 Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass Vorstellungen vom Herkunftsland oftmals mit Kindheitserinnerungen verbunden sind, in denen unabhängig vom Ort vieles leichter erscheint (Sanders 2015: 300).

Abb. 6.6 Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland, zu Deutschland, zum eigenen Bundesland und zur eigenen Stadt 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

dem jeweiligen Herkunftsland (Abb. 6.6). Bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, die nicht aus postsowjetischen Herkunftsländern stammen, liegen die Zustimmungswerte sogar höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (z. B. Zugehörigkeit zum Wohnort bei 97 versus 89 %).

Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus fühlen sich signifikant stärker mit Deutschland und der Kommune, in der sie leben, verbunden als andere Personen mit Migrationserfahrung. Demgegenüber fühlen sie sich ihrem Herkunftsland viel weniger zugehörig, was insbesondere postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler betrifft. Dies ist nicht unbedingt überraschend – zwar hatten etwa auch (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in Polen oder Rumänien zum Teil unter Repressionen zu leiden, jedoch waren Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus in der ehemaligen Sowjetunion viel stärkeren Benachteiligungen ausgesetzt (Schmitt-Rodermund 1999: 51–64). Auffällig ist jedoch, dass sich mehr als

die Hälfte der Befragten mit (Spät-)Aussiedlerstatus und einem Geburtsland außerhalb des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion ihrem Herkunftsland „eher“ oder „sehr verbunden“ fühlt. Bei genauerer Betrachtung lässt sich feststellen, dass die hohe Identifikation vor allem auf polenstämmige Menschen zurückzuführen ist. Hier dürften die Nähe zu dem Land und die Tatsache der mittlerweile gegebenen Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine Rolle spielen, die einen dauerhaften Austausch und Besuche erleichtern.

Mehrfachidentitäten bei einem Teil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler

Zudem stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die Zugehörigkeit zu Deutschland und jene zum Herkunftsland zueinander stehen. Viele – meist qualitative – Untersuchungen weisen in dieser Hinsicht auf multiple Identitäten hin (Kiel 2015; Köppen 2015; Soergel 2017). So zeigt eine Untersuchung zu postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aus-

siedlern in Rheinland-Pfalz,⁸⁴ dass sich annähernd 50 Prozent der Befragten selbst als „russlanddeutsch“ bezeichnen würden (Köppen 2015: 117–118). Explizit bezogen auf die Identifikation mit Deutschland und dem Herkunftsland gab ein Drittel der Befragten an, sich (primär) mit Deutschland verbunden zu fühlen, knapp 20 Prozent fühlten sich (primär) ihrem Herkunftsland zugehörig und ein weiteres Drittel fühlte sich sowohl mit Deutschland als auch mit dem Herkunftsland verbunden (Köppen 2018: 113).

Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers zeigen demgegenüber eine viel stärkere Fokussierung (nur) auf Deutschland. Mit etwas über einem Drittel (35 %) ist lediglich der Anteil derjenigen Personen, die sich sowohl Deutschland als auch ihrem jeweiligen Herkunftsland zugehörig fühlen, mit den Ergebnissen der oben zitierten Studie in Rheinland-Pfalz vergleichbar. Mit 4 Prozent fühlen sich dem Integrationsbarometer zufolge allerdings nur wenige Personen ausschließlich ihrem jeweiligen Herkunftsland verbunden. Der Anteil der Befragten, die sich nur Deutschland zugehörig fühlen, liegt mit 58 Prozent demgegenüber viel höher als in der Studie aus Rheinland-Pfalz. Personen, die sich weder ihrem Herkunftsland noch Deutschland zugehörig fühlen, lassen sich hingegen fast gar nicht finden; sie machen nur 3 Prozent aus. Insgesamt betrachtet lassen sich bei Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus folglich primär zwei Gruppen ausmachen: Personen, die sich nur Deutschland zugehörig fühlen, und Personen, die sich mit beiden Ländern identifizieren.

Einordnung der Befunde in die Forschungsliteratur

Zugleich zeigt die qualitative Forschung zu Identitätsfragen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, dass sich diese zwar auch anhand der wahrgenommenen Zugehörigkeit zu Deutschland und dem Herkunftsland festmachen lassen, zum Teil aber über diese einfache Klassifikation hinausweisen.

Kurilo ermittelt drei Typen, bei denen sich (wahrgenommene) Zugehörigkeiten noch recht klar als

Kernelemente identifizieren lassen. So spricht die Autorin von „Deutschen in Russland“, die sich selbst als Deutsche verstehen und durch ihre russischen Erfahrungen nur am Rande beeinflusst wurden, von „Deutschen Russen“, die sich in Deutschland und Russland eher als Russen verstehen und wahrgenommen werden, und von „russischen Deutschen“, die sich zwischen deutscher und russischer Kultur verorten und eine doppelte Identität besitzen (Kurilo 2015: 61–64).

Auch Soergel ermittelt auf Basis von insgesamt zehn Interviews⁸⁵ mit (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion eine Gruppe, die sich eher anderen russischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern verbunden fühlt, sowie eine Befragte, die sich ausschließlich mit Deutschland identifiziert (Soergel 2017: 174–187). Die Autorin hebt die Bedeutung von Fremdheitserfahrungen in den Identitätskonstruktionen ihrer Befragten hervor und weist auf Personen hin, die sich weder mit Deutschland noch mit ihrem Geburtsland maßgeblich assoziieren. Dies entspricht dem im SVR-Integrationsbarometer ermittelten Anteil von 3 Prozent (s. o.). Laut Soergel gibt es neben dem Gefühl der Entfremdung in dieser Gruppe auch die generelle Ablehnung dieser Identitätskategorien (Soergel 2017: 164–170).

Schließlich sei auf die Ergebnisse von Kiel (2015) verwiesen, die in ihrer Studie auf Basis von Leitfadenterviews fünf Identitätstypen entwickelt. So identifiziert sie die Gruppe der „nicht richtigen“ Deutschen, die vor allem die ältere Generation betreffe, die in der Sowjetunion deutsche Traditionen gepflegt hätten, nach der Migration jedoch feststellten, dass ihr Verständnis von „Deutschsein“ von dem der meisten Deutschen abweiche (Kiel 2015: 81). Demgegenüber machten die vornehmlich akademisch geprägten Deutschen mit „russischem Glanz“ zwar ähnliche Fremdheitserfahrungen bei der Migration, könnten sich jedoch positiv auf bestimmte Traditionen des Herkunftslandes besinnen und so eine Identität als Deutsche entwickeln, die um positive Aspekte russi-

84 Die Untersuchung umfasste die schriftliche Befragung von 188 (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern (einbezogen wurden 172 Fälle) und neun qualitative, leitfadengestützte Interviews mit (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. Alle Befragten lebten zum Zeitpunkt der Untersuchung seit mindestens 15 Jahren in Deutschland (Köppen 2015: 116).

85 Die Autorin führte leitfadengestützte Interviews mit sechs (Spät-)Aussiedlerinnen und vier (Spät-)Aussiedlern der ersten Generation aus der ehemaligen Sowjetunion (Soergel 2017: 90–91).

scher Kultur ergänzt werde (Kiel 2015: 82–83). Die dritte Gruppe nehme ihre russische Prägung hingegen als Makel und Grund für eine fortwährende Ausgrenzung in Deutschland wahr (Kiel 2015: 83–84). Daneben gebe es eine Gruppe von Personen, die sich – aufgrund ihrer stark ausgeprägten Frömmigkeit – zum Teil als „bessere Deutsche“ empfinden, sowie eine fünfte Gruppe, die die sowjetische Zugehörigkeit in den Vordergrund stelle, in welche je nach Bedarf Elemente der „deutschen“ Kultur integriert würden (Kiel 2015: 84–85).⁸⁶

Die Ergebnisse zeigen, dass Identitätskonstruktionen nicht allein auf Basis der gefühlten Zugehörigkeit zu einem Land angemessen beschrieben werden können, sondern jeweils Reaktionen auf spezifische Bedingungen sowohl im Herkunftsland als auch in Deutschland darstellen. So liefern die genannten qualitativen Studien Anhaltspunkte dafür, dass Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen, soziale Netzwerke mit Zugewanderten der eigenen Herkunft und mit Deutschen sowie strukturelle Merkmale wie Bildung oder Alter einen Einfluss auf das Zugehörigkeitsgefühl haben können. Neben diesen Faktoren spielt es offenbar auch eine Rolle, wie häufig (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in ihrem Alltag Deutsch sprechen. Denn die Verwendung der deutschen Sprache wirkt sich positiv auf das Selbstverständnis als Deutsche aus, wie eine quantitative Studie zu jugendlichen Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus nahelegt (Stöbel 2010: 99).⁸⁷ Aus diesem Grund wurden im Rahmen der Auswertungen des SVR-Integrationsbarometers die Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Zugehörigkeit zum jeweiligen Geburtsland und zu Deutschland eingehend untersucht.

Welche Konstellationen begünstigen Identifikation?

Um verschiedene Einflussgrößen vergleichend einbeziehen zu können, wurden multiple lineare Regres-

sionsmodelle für die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie vergleichend für die Gruppe der Befragten mit Migrationserfahrung⁸⁸ für beide Zugehörigkeitsfragen (zum Herkunftsland und zu Deutschland) geschätzt (Tab. A.1 im Anhang). Zwar wird der Binnenintegration in die „eigene Community“ ein relevanter Stellenwert für den Integrationsprozess insgesamt zugeschrieben, von integrationspolitischem Interesse ist aber vor allem die Frage, wie das Gefühl von Zugehörigkeit zu Deutschland gefördert werden kann. Die Ergebnisse legen nahe, dass bezogen auf die hier im Fokus stehende Zielgruppe primär ein funktionierendes soziales Netzwerk mit Deutschen begünstigend wirkt, um sich angekommen und zugehörig zu fühlen. **Je häufiger (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis haben, desto stärker sind sie mit Deutschland verbunden.** Hier unterscheiden sich Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus offenbar von anderen Zugewanderten, deren Zugehörigkeitsgefühl nicht damit zusammenhängt, ob sie in ihrem Freundeskreis viel mit Deutschen zu tun haben. Die Sprachpraxis ist wiederum für beide Gruppen zentral. Befragte, die im Freundeskreis überwiegend oder ausschließlich Deutsch sprechen, fühlen sich Deutschland auch eher zugehörig.

Wie die oben angeführten qualitativen Studien hervorheben, fühlen sich (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler Deutschland eher nicht zugehörig, wenn sie sich als diskriminiert wahrnehmen.⁸⁹ Das Gefühl der Zugehörigkeit zum Herkunftsland ist stärker ausgeprägt, wenn (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler – ähnlich wie andere Menschen mit Migrationserfahrung – häufig oder sehr häufig Kontakte zu Personen der eigenen Herkunft pflegen. Zugleich spielen deutsche Freundinnen und Freunde ohne Migrationshintergrund auch hier eine Rolle: Ist der eigene Freundeskreis stark von Kontakten mit

86 In der letzten Gruppe sind der Autorin zufolge vor allem Familien vertreten, die neben deutschstämmigen auch russlandstämmige Mitglieder aufweisen (Kiel 2015: 85).

87 Im Rahmen ihrer Studie befragte Stöbel 376 jugendliche (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus neun deutschen Städten (Stöbel 2010: 65).

88 Die Analysen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund dienen dazu, (spät-)aussiedlerspezifische Zusammenhänge zu ermitteln.

89 Dieser Effekt einer wahrgenommenen konkreten Benachteiligung lässt sich für die übrige Bevölkerung mit Migrationserfahrung nicht nachweisen. Für diese Gruppe ist es vielmehr entscheidend, ob sie die Kontakte mit Deutschen ohne Migrationshintergrund in ihrer Umgebung als positiv erleben.

Deutschen geprägt, fühlen sich Zugewanderte mit und ohne (Spät-)Aussiedlerstatus weniger mit ihrem Herkunftsland verbunden.

Auch die Aufenthaltsdauer spielt eine Rolle. Personen mit einer Aufenthaltsdauer zwischen 31 und 40 Jahren fühlen sich stärker mit ihrem Herkunftsland verbunden als Personen, die kürzer in Deutschland leben. Dieses Ergebnis dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in dieser Zeitspanne vor allem viele Personen aus Staaten außerhalb der ehemaligen Sowjetunion – vor allem aus Polen und Rumänien – zuwanderten. Die Prozentwerte nach Zuwanderungsgruppe (Abb. 6.6) haben bereits gezeigt, dass diese „anderen“ – nicht postsowjetischen – (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sich eher mit ihrem Herkunftsland verbunden fühlen.⁹⁰ Zudem identifizieren sich Befragte, die zum Zeitpunkt der Zuwanderung älter als 20 Jahre waren, stärker mit ihrem Herkunftsland, was sich sozialisationstheoretisch erklären lässt: Sie sind in ihren Herkunftsländern sozialisiert worden und verbinden viele prägende Erinnerungen mit diesen Ländern. Es lässt sich auch nicht ausschließen, dass hier die von Sanders (2015) festgestellte Rückbesinnung auf das Herkunftsland eine Rolle spielt. Zudem ist die Verbundenheit mit dem Herkunftsland bei Mittel- und Hochgebildeten geringer, und Frauen fühlen sich mit ihren Herkunftsländern weniger verbunden als Männer.⁹¹ Sprachkenntnisse und die Verwendung der deutschen Sprache haben hingegen keinen Effekt auf die Identifikation mit dem Herkunftsland bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern.

Zwischenfazit

Insgesamt lässt sich ein positives Fazit hinsichtlich der sozialen und identifikatorischen Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern konstatieren. Sie verfügen in verschiedenen Bereichen über zahlreiche Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund, die sie weitgehend als positiv erleben. Diskriminierung erfahren sie subjektiv hin-

gegen kaum. Auch weisen die Freundschaften mit Deutschen ohne Migrationshintergrund eine hohe Qualität auf. Die beiden Aussagen zur Qualität der Freundschaftsbeziehungen sind zudem Bestandteile der Dimension der sozialen Beziehungen im SVR-Integrationsklima-Index. Die positive Sichtweise auf den sozialen Nahbereich sowohl der Bevölkerung mit als auch derjenigen ohne Migrationshintergrund lässt sich seit der ersten Veröffentlichung des SVR-Integrationsbarometers feststellen und bleibt trotz eines leichten Rückgangs für die (Spät-)Aussiedlerbevölkerung im SVR-Integrationsbarometer 2020 insgesamt betrachtet recht konstant (SVR 2010: 55; 2012: 42; 2014: 29; 2016: 31; 2018a: 9; 2020b: 8).

Zudem weisen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ein hohes Maß an Identifikation mit Deutschland auf. Dabei ist das Gefühl der Zugehörigkeit bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern – offenbar in stärkerem Maße als bei anderen Zugewanderten – sozial bestimmt. Positive Erfahrungen und enge Beziehungen mit Deutschen fördern Zugehörigkeit. Diskriminierung hingegen, auch wenn sie wenig verbreitet ist, behindert sie.

7 Medienkonsum und Medienvertrauen

Wenn (postsowjetische) (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in den vergangenen Jahren Gegenstand öffentlicher Diskurse waren, so ging es häufig um ihren Medienkonsum sowie um die Frage, wie dieser sich auf ihr Verhältnis zu Deutschland auswirkt. Kritisch wird dabei vor allem der (ausschließliche) Konsum von Herkunftsmedien betrachtet. Da Medien neben der Informations- auch eine identitätsstiftende Funktion haben, wird befürchtet, dass der (ausschließliche) Konsum von Herkunftsmedien die Entwicklung von Parallelgesellschaften befördert (Vogelsang 2018: 28; Suna 2019: 26). Vor

⁹⁰ Die Variable zu den Geburtsländern (ehemalige Sowjetunion vs. andere Staaten) wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung in der Analyse nicht berücksichtigt. Bezieht man sie ein, verschwindet der Einfluss der Aufenthaltsdauer.

⁹¹ Dies ist bei Frauen mit einer anderen Migrationserfahrung anders. Sie fühlen sich ihrem Herkunftsland eher zugehörig als männliche Zugewanderte.

allem aufgrund technologischer Entwicklungen sind herkunftssprachige und -bezogene Medienangebote heutzutage in viel größerem Maße verfügbar, als dies etwa noch in den 1990er und beginnenden 2000er Jahren der Fall war. Damit nimmt die Relevanz von Erkenntnissen zu Medienkonsum und -vertrauen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte generell zu (Müller/Schweiger 2020: 20; Tonassi/Wittlif 2021: 4).

Speziell bei postsowjetischen Zugewanderten besteht zudem die Befürchtung, dass sie sich durch russische Medien instrumentalisieren lassen könnten (Vogelsang 2018: 28).⁹² Exemplarisch lässt sich auf den sog. „Fall Lisa“ verweisen, bei dem die (falsche) Berichterstattung im russischen Fernsehen und die spätere Verbreitung des Beitrags über soziale Netzwerke eine Welle von teilweise aggressiven Protesten auslöste (Schaubert 2018; Info-Box 4). Das vorliegende Kapitel nimmt daher Mediennutzung, die Sprache, in der Medien konsumiert werden, das Vertrauen in deutsche und Herkunftsmedien sowie Einstellungen zum Verhältnis von Medien und Politik in den Blick.⁹³

7.1 Medienkonsum

Studien zum Medienkonsum von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern konzentrieren sich aufgrund der oben angeführten Befürchtungen zu meist auf postsowjetische Zugewanderte, wobei nicht immer zwischen Migrantinnen und Migranten mit (Spät-)Aussiedlerstatus und solchen mit einem anderen Status unterschieden wird. Eine vom BAMF

im Jahr 2013 veröffentlichte Studie fasst zentrale Forschungsergebnisse zur Mediennutzung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zusammen. Insgesamt sind etwa 85 Prozent von ihnen Stammnutzerinnen und -nutzer⁹⁴ des Fernsehens, deutlich weniger hören regelmäßig Radio (58 %) und noch weniger konsumieren Tageszeitungen (37 %); diese Zahlen beziehen sich jeweils auf deutschsprachige und herkunftssprachige Medienangebote (Worbs et al. 2013: 150).⁹⁵

Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse basieren auf Analysen der Daten des SVR-Integrationsbarometers der Jahre 2018 und 2020 zu Mediennutzung und Sprache der konsumierten Angebote von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Im Jahr 2018 stand die Bedeutung verschiedener Massenmedien als Informationsquellen zur Bundestagswahl 2017 im Zentrum.⁹⁶ Es zeigte sich, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund sowie verschiedenen Gruppen von Zugewanderten⁹⁷ mit einem Anteil von 64 Prozent häufiger das Fernsehen nutzten. Dasselbe gilt für das Internet, das mehr als die Hälfte (54 %) der Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus am häufigsten für politische Informationsgewinnung nutzte.⁹⁸ Im Vergleich zu Türkeistämmigen, Zugewanderten aus der Europäischen Union sowie der „übrigen Welt“ gaben sie zudem häufiger an, dass Zeitungen (35 %) und das Radio (30 %) wichtige politische Informationsquellen für sie darstellen (Tonassi/Wittlif/Schemer 2020: 629).

92 Gemeinhin wird dies nicht nur für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, sondern für alle Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion angenommen.

93 Für eine Analyse des Medienkonsums von Zugewanderten auf Basis der Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 sei auf einen jüngst vom wissenschaftlichen Stab des SVR veröffentlichten Policy Brief hingewiesen, bei dem die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler als eigene Untersuchungsgruppe analysiert wurde. Die vorliegende Publikation verweist an den entsprechenden Stellen auf den Policy Brief von Tonassi/Wittlif 2021; die Publikation steht zum Download zur Verfügung unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/08/SVR_Policy-Brief_Medien.pdf.

94 Als Stammnutzerinnen bzw. Stammnutzer werden Personen bezeichnet, die das entsprechende Medium an mindestens vier Tagen in der Woche konsumieren (Worbs et al. 2013: 150).

95 Worbs et al. (2013) beziehen sich hier auf eine von ARD und ZDF durchgeführte Untersuchung zum Thema Medien und Migration aus dem Jahr 2007.

96 Konkret wurde gefragt, woher die Menschen die meisten Informationen zur Bundestagswahl und zu den Parteien erhalten haben, wobei hier mehrere Medientypen angegeben werden konnten und keine Unterscheidung nach Nutzungshäufigkeit erhoben wurde.

97 Für die im SVR-Integrationsbarometer untersuchten Zuwanderungsgruppen s. Info-Box 1.

98 Hierbei ist zu beachten, dass in den zitierten Studien auf Basis der Daten des SVR-Integrationsbarometers 2018 und 2020 neben der ersten jeweils auch die Nachfolgegenerationen in allen Zuwanderungsgruppen eingeschlossen sind.

Info-Box 4 Der „Fall Lisa“

Im Januar 2016 demonstrierten 10.000 bis 15.000 Menschen postsowjetischer Herkunft deutschlandweit gegen die deutschen Behörden und die Bundesregierung, denen sie die Vertuschung der angeblichen Entführung und Vergewaltigung der 13-jährigen Lisa F. aus Berlin durch Zugewanderte vorwarfen (Schmalz 2019: 446; Panagiotidis 2021: 159). Der „Fall Lisa“ hatte es zunächst in die russischen Medien geschafft, als eine Tante des Mädchens im staatlichen Fernsehsender Erster Kanal von einer vermeintlichen Entführung und Vergewaltigung ihrer Nichte durch drei „Südländer“ berichtete. Obwohl sich recht schnell herausstellte, dass das Mädchen die Geschichte erfunden hatte, mobilisierten u. a. russische Medien und soziale Netzwerke wie WhatsApp und *Odnoklassniki*⁹⁹ zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten. Auch Außenminister Sergej Lavrov warf den Behörden Vertuschung vor. Einige der Demonstrationen wurden von Mitgliedern der NPD organisiert (Schaubert 2018).

Die Eskalation der Situation lässt sich unter anderem mit dem Einfluss russischer Medien auf die (Spät-)Aussiedlerbevölkerung erklären. Sie „propagierten [...] den wirtschaftlichen Untergang Europas“ und nutzten zusätzlich die ‚Flüchtlingskrise‘, um Angst vor ansteigender Kriminalität zu schüren (Schaubert 2018). Hinzu kamen die eigenen Erfahrungen im Berliner Bezirk, der bereits

vor dem Zuzug von Geflüchteten von Schulausfällen und nun auch von überfüllten Klassen geprägt war (Schaubert 2018). Der „Fall Lisa“ brachte das Fass zum Überlaufen und „das Thema der politischen Einstellungen von postsowjetischen Migrantinnen [...] auf die Agenda von Öffentlichkeit und Forschung“ (Panagiotidis 2021: 159).

Als Folge dieser Demonstrationen stellten deutsche Medien die postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler unter Generalverdacht, sich von russischer Propaganda beeinflussen zu lassen und politisch rechtsorientiert zu sein (Schmalz 2019: 452). Während sie bislang als politisch eher passiv und mit einer Neigung zur CDU beschrieben wurden, titelten die deutsche Medien nun: „Russlanddeutsche als Putins Fünfte Kolonne“ und „Alternative für Russlanddeutschland“ (Panagiotidis 2021: 160). Doch auch wenn die AfD „mancherorts großen Zulauf an Mitgliedern aus der russischsprachigen Community [erfuhr] und [...] sogar spezielle Strukturen für sie [schuf]: wie etwa die Vereinigung ‚Russlanddeutsche, Aussiedler und Spätaussiedler in der AfD‘ in NRW oder gleichnamige Arbeitsgruppen in Kreisverbänden der AfD[,] [...] konnte die Partei bei der Bundestagswahl 2017 keine vom bundesdeutschen Durchschnitt stark abweichenden Erfolge bei der Zielgruppe erzielen“ (Schaubert 2018).

Im SVR-Integrationsbarometer 2020 standen mehr Fragen zum Medienkonsum zur Verfügung, dessen Nutzungshäufigkeit in drei Kategorien eingeteilt wurde: häufiger Konsum, mittlerer Konsum und seltener bzw. gar kein Konsum (Tonassi/Wittliff 2021: 13).¹⁰⁰ Zudem wurden neben (Online-)Zeitungen bzw.

Zeitschriften und (Online-)Fernsehen auch soziale Medien explizit abgefragt.¹⁰¹ Zwei Drittel (67 %) der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler gehören danach zu den „häufigen“ Konsumentinnen und Konsumenten von (Online-)Fernsehen. Dieser Anteil liegt leicht über jenem der Bevölkerung ohne Migra-

99 *Odnoklassniki* ist das bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern populäre russische *StayFriends*-Pendant.

100 Die Kategorie „häufiger Konsum“ entspricht in etwa der Kategorisierung der Kernnutzerinnen und -nutzer der Medienstudie von ARD/ZDF, da hier alle einbezogen sind, die das jeweilige Medium täglich oder mehrmals in der Woche nutzen (Tonassi/Wittliff 2021: 13).

101 Dem SVR-Integrationsbarometer liegt folglich ein sehr breiter Medienbegriff zugrunde, da insbesondere mit sozialen Medien auch Angebote einbezogen sind, die kaum einer (Qualitäts-)Kontrolle unterliegen.

tionshintergrund (65 %) und deutlich über jenem der Menschen mit Migrationshintergrund, inklusive jenen mit (Spät-)Aussiedlerstatus (61 %). Soziale Netzwerke nutzen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit 55 Prozent wiederum viel weniger als die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt (69 %). Lediglich die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zählt mit 52 Prozent noch etwas weniger „häufige“ Konsumentinnen und Konsumenten (Tonassi/Wittliff 2021: 13). 48 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler lassen sich als „häufige“ Konsumentinnen und Konsumenten von Online-Zeitungen und -Zeitschriften klassifizieren, womit sie sich kaum von der Gruppe mit Migrationshintergrund insgesamt (46 %), wohl aber von derjenigen ohne Migrationshintergrund (70 %) unterscheiden (Tonassi/Wittliff 2021: 13).

Die etwas geringere Nutzung sozialer Medien bei Deutschen mit (Spät-)Aussiedlerstatus dürfte vor allem auf das durchschnittlich höhere Alter zurückzuführen sein. Zwar nutzen ältere Personen mit Migrationshintergrund soziale Medien noch immer häufiger als ihre Altersgenossinnen und -genossen ohne Migrationshintergrund, dennoch ist der Konsum sozialer Medien mit steigendem Alter in allen Befragungsgруппen rückläufig (Tonassi/Wittliff 2021: 12). Die Analyse der Nutzung sozialer Medien ist auch deshalb aufschlussreich, weil sie für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur Ausbildung und Aufrechterhaltung transnationaler Netzwerke besonders wichtig sein dürften. Für russlandstämmige Zuwanderinnen und Zuwanderer – inklusive (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler – spielen dabei die auf den russischsprachigen Raum bezogenen Plattformen *Odnoklassniki* und *Vkontakte* eine bedeutende Rolle.¹⁰² Die Netzwerke werden für Kontakte zu Freunden und Verwandten in Russland genutzt, bieten aber auch

freizeit-, identitäts- oder politikzentrierte Gruppen an (Golova 2020: 256). Einer Studie zufolge ist bei den politisch ausgerichteten Gruppen eine Mischung aus rechts- und linkspopulistischen, durchweg jedoch prorussischen, Inhalten zu finden (Golova 2020: 262).

Als für Integration besonders bedeutsam wird die Frage eingestuft, in welchen Sprachen die Medien jeweils konsumiert werden. Hierzu kommen die vorhandenen Studien einhellig zu dem Ergebnis, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler Medien deutlich häufiger auf Deutsch als in der Sprache ihres jeweiligen Herkunftslandes konsumieren (Worbs et al. 2013: 150). Zudem werden Medien häufiger sowohl in deutscher als auch in der Herkunftssprache konsumiert als ausschließlich in der Herkunftssprache (Worbs et al. 2013: 150).¹⁰³ Allerdings existieren auch Befunde, die dennoch auf einen maßgeblichen Konsum von Medien aus dem Herkunftsland bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern hindeuten (Sienkiewicz 2015: 371).¹⁰⁴

Auch das SVR-Integrationsbarometer bestätigt, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer Medien generell primär in deutscher Sprache nutzen, wobei der deutschsprachige Konsum mit steigenden Deutschkenntnissen zunimmt (Tonassi/Wittliff 2021: 15). Das trifft auf (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in allen drei Mediengattungen erheblich häufiger zu als auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt; Medien in der Herkunftssprache nutzen sie hingegen relativ selten (Tonassi/Wittliff 2021: 17).

7.2 Medienvertrauen

Im Hinblick auf die Frage, welche Einstellungen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zu Staat und Gesellschaft einnehmen, erscheint das Vertrauen in deutsche und Medien des Herkunftslandes noch

¹⁰² Das Netzwerk *Odnoklassniki* hatte im Jahr 2018 monatlich etwa 1,3 Mio. Nutzerinnen und Nutzer in Deutschland; bei *Vkontakte* werden sie auf 430.000 geschätzt (Golova 2020: 254).

¹⁰³ Hier liegen jedoch Unterschiede je nach Medienart vor. Während herkunftssprachige Zeitungen und Radiosender so gut wie keine Rolle spielen, sehen 19 Prozent der stammnutzenden (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler Fernsehen sowohl auf Deutsch als auch in der Herkunftssprache und weitere 5 Prozent konsumieren ausschließlich herkunftssprachiges Fernsehen (Worbs et al. 2013: 150).

¹⁰⁴ Sienkiewicz kommt auf Basis einer Befragung von 73 Kasachstanstämmigen mit (Spät-)Aussiedlerstatus zu dem Ergebnis, dass 45 Prozent von ihnen täglich russischsprachige Medien konsumieren, während 21 Prozent sie gar nicht nutzen, wobei keine näheren Informationen zur Art der Medien vorliegen (Sienkiewicz 2015: 361, 371).

zentraler zu sein. Zwar ist in einer liberalen Demokratie die kritische Auseinandersetzung mit Medien und Berichterstattung gewünscht; ein fundamentales Misstrauen gegenüber Medien kann einer Gesellschaft hingegen schaden (Decker et al. 2017; Schranz/Schneider/Eisenegger 2018). Die Frage des Medienvertrauens ist bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion von besonderem Interesse, da ihnen – wie oben erwähnt – zum Teil unterstellt wird, sich durch den russischen Staat über dessen Massenmedien instrumentalisieren zu lassen.

Vergleicht man das Vertrauen in deutsche Medien mit dem Vertrauen in die Medien des Herkunftslandes, so kann zunächst festgestellt werden, dass alle untersuchten Gruppen deutschen Medien mehrheitlich vertrauen, den Medien des jeweiligen Herkunftslandes dagegen mehrheitlich kritisch gegenüberstehen (Abb. 7.1). In Bezug auf deutsche Medien liegt das entgegengebrachte Vertrauen der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zwischen der – vertrauensvolleren – Gruppe mit Migrationserfahrung und den Deutschen ohne Migrationshintergrund, die den deutschen Medien mit 61 Prozent („eher“ oder „voll und ganz“) am wenigsten Vertrauen entgegenbringen.¹⁰⁵ Postsowjetische Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus unterscheiden sich hinsichtlich ihres Vertrauens in deutsche Medien nicht von solchen aus anderen Herkunftsstaaten.

Das Vertrauen in die Medien des Herkunftslandes ist bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern viel geringer als bei anderen Personen mit Zuwanderungserfahrung. Während etwa ein Viertel der Zuwanderinnen und Zuwanderer mit (Spät-)Aussiedlerstatus den Medien in ihren jeweiligen Herkunftsländern „eher“ oder „voll und ganz“ vertraut, tun dies 38 Prozent der Personen mit Migrationserfahrung. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler unterscheiden sich nach den Geburtsregionen nur im Ausmaß ihres Misstrauens gegenüber den Medien des Herkunftslandes. So gibt „nur“ ein Drittel der Zugewanderten aus

der ehemaligen Sowjetunion an, postsowjetischen Medien „gar nicht“ zu vertrauen; (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus anderen Geburtsländern vertrauen ihren jeweiligen Herkunftsmedien hingegen zu 44 Prozent „gar nicht“. Postsowjetische Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus stehen den Medien ihres Herkunftslandes insgesamt also etwas weniger entschieden kritisch-distanziert gegenüber, als dies andere (Spät-)Aussiedlergruppen tun. Fasst man die Kategorien „gar nicht“ und „eher nicht“ jedoch zusammen, unterscheiden sich beide (Spät-)Aussiedlergruppen nicht mehr voneinander.

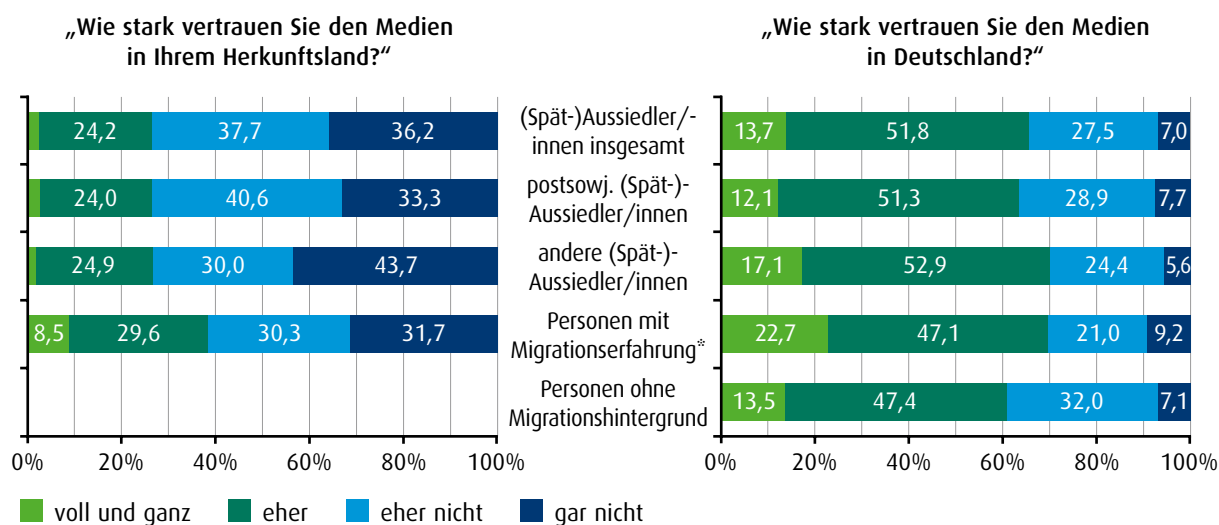
Es lassen sich also keine Hinweise dafür finden, dass postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler massenhaft prorussische und europakritische Sichtweisen russischsprachiger Medienformate unkritisch übernehmen. Die These der (erfolgreichen) propagandistischen Instrumentalisierung durch den russischen Staat muss auf Basis dieser Ergebnisse zumindest bezogen auf die gesamte Gruppe eher infrage gestellt werden. Dies schließt freilich nicht aus, dass es erfolgreiche Kampagnen in russischen Medien gibt. Eine beachtliche Minderheit von einem Viertel der deutsch-russischen Zugewanderten scheint für antieuropäische Berichterstattung durchaus erreichbar zu sein; die Mehrheit ist es aber offensichtlich nicht. Hinsichtlich des Vertrauens in die Medien des Herkunftslandes lässt sich für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zudem ein Einfluss der Aufenthaltsdauer feststellen: Je länger sie schon in Deutschland leben, desto weniger vertrauen sie den Medien ihres Herkunftslandes.

Zudem stehen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler deutschen Medien skeptischer gegenüber, je älter sie zum Zeitpunkt der Zuwanderung waren.¹⁰⁶ Vergleicht man die vorliegenden Ergebnisse mit den bereits publizierten Resultaten zum Medienvertrauen aus dem SVR-Integrationsbarometer, so ist erstens ein bedeutsamer Anstieg des Medienvertrauens zwischen 2018 und 2020 festzustellen (Tonassi/Wittliff 2021: 20–21; Tonassi/Wittliff/Schemer 2020: 632).

105 Allerdings unterscheiden sich Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus nur signifikant von Personen ohne Migrationshintergrund, nicht jedoch von Befragten mit Migrationserfahrung.

106 Die Ergebnisse zu den Zusammenhängen mit Aufenthaltsdauer und Alter bei Zuwanderung basieren auf multivariaten Regressionsmodellen.

Abb. 7.1 Vertrauen in deutsche Medien und in Medien des Herkunftslandes 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 5 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Zweitens zeigen die Analysen von Tonassi und Wittlif, in denen auch die Nachkommen von selbst zugewanderten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern berücksichtigt wurden, ein nochmals stärker ausgeprägtes Vertrauen in deutsche Medien von insgesamt 67 Prozent (Tonassi/Wittlif 2021: 21).

7.3 Einstellungen zum Verhältnis von Medien und Staat

Neben dem Aspekt des Vertrauens in Medien sind auch die individuellen Einstellungen zur Rolle der Medien von Bedeutung. Der Aussage, die Medien würden von der Politik gelenkt, stimmt zwar insgesamt nicht die Mehrheit der Bevölkerung zu, es stimmen jedoch beachtlich große Minderheiten „eher“ oder „voll und ganz“ zu (Abb. 7.2). Das trifft auf die Hälfte der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zu.¹⁰⁷ Die Befragten mit Migrationserfahrung stimmen dieser Aussage zu immerhin 43 Prozent „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Mit 41 Prozent Zustimmung sind die Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte etwas zurückhaltender. Innerhalb der (Spät-)Aussied-

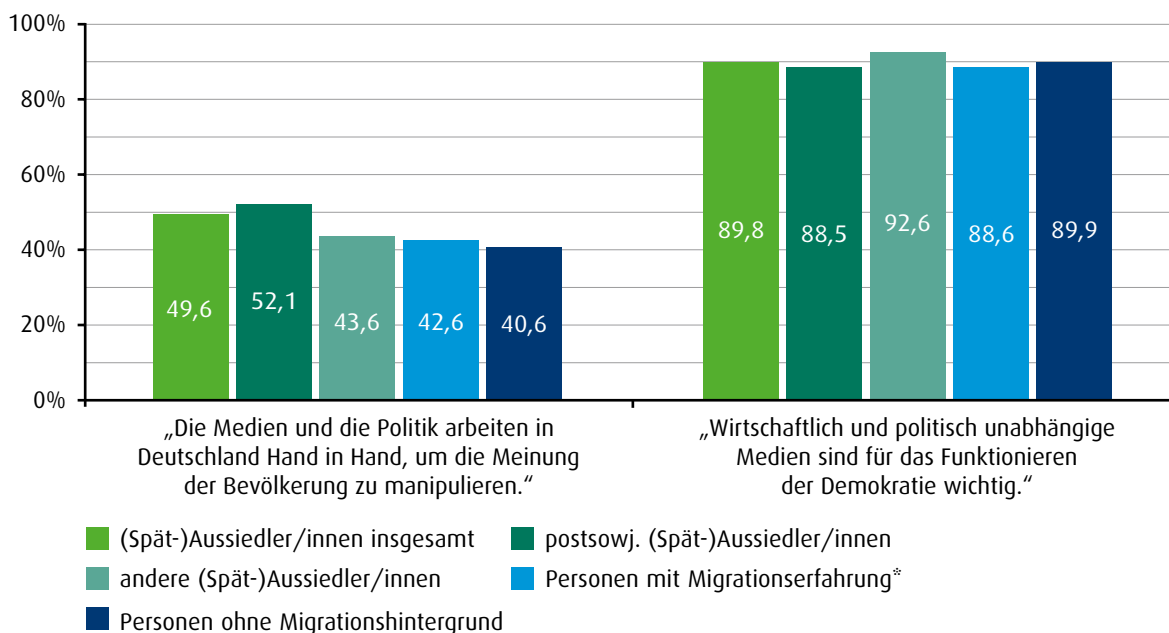
lerbevölkerung existieren signifikante Unterschiede nur, wenn statistisch nicht für die Aufenthaltsdauer kontrolliert wird. Wird dieser Faktor hingegen berücksichtigt, unterscheiden sich postsowjetische und andere (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nicht mehr voneinander.

Obwohl also ein relativ großer Anteil der Bevölkerung Zweifel an der Unabhängigkeit der Medien in Deutschland hat, sind sich alle Untersuchungsgruppen darin einig, dass ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit wichtig für das Funktionieren einer Demokratie ist. Etwa 90 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie der übrigen Menschen mit Migrationserfahrung und der Personen ohne Migrationshintergrund stimmen dieser Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu.

Wie andere Analysen bereits gezeigt haben, hängt die Einstellung, inwieweit man an eine Zusammenarbeit von Politik und Medien glaubt, unter anderem mit dem eigenen Vertrauen in die Medien zusammen. In allen Untersuchungsgruppen stimmen diejenigen, die den deutschen Medien „eher“ oder „voll und ganz“ vertrauen, der Aussage, Medien

107 (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler unterscheiden sich in dieser Frage statistisch signifikant von der Bevölkerung mit Migrationserfahrung sowie von Personen ohne Migrationshintergrund.

Abb. 7.2 Einstellungen zu Medien in Deutschland 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

und Politik arbeiteten zusammen, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren, erheblich weniger zu.¹⁰⁸ Auffällig ist hier jedoch erneut die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Zum einen stimmen diejenigen unter ihnen, die deutschen Medien nicht vertrauen, der Aussage mit 87 Prozent viel häufiger zu als die beiden anderen Untersuchungsgruppen, die jeweils zu gut bzw. knapp zwei Dritteln zustimmen. Zum anderen ist die Differenz zwischen vertrauensvollen und misstrauischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit 54 Prozentpunkten viel größer als die Differenz bei den anderen beiden Gruppen (ohne Migrationshintergrund: 43 Prozentpunkte; mit Migrationserfahrung: 29 Prozentpunkte). Zudem stimmen sowohl (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler als auch andere Zugewanderte der Aussage desto weniger zu, je länger sie in Deutschland leben. Ältere Befragte nei-

gen in beiden Gruppen wiederum eher zu der Überzeugung, Medien und Politik arbeiteten zusammen, um die Bevölkerung zu manipulieren.¹⁰⁹

Zwischenfazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sich nicht mehrheitlich mithilfe herkunftsbezogener Medienangebote informieren und den Medien ihrer Herkunftsländer eher distanziert gegenüberstehen und ihnen vergleichsweise wenig Vertrauen entgegenbringen. Zudem sprechen die Ergebnisse gegen die These, die postsowjetische (Spät-)Aussiedlerbevölkerung sei durch Medien ihrer Herkunftsländer manipulierbar, denn es existieren kaum signifikante Unterschiede zwischen den beiden (Spät-)Aussiedlergruppen. Auffällig ist zudem, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler deutschen Medien mit steigender

¹⁰⁸ Dabei kann lediglich ein Zusammenhang, nicht aber eine Kausalrichtung dieses Zusammenhangs bestimmt werden. Es bleibt also offen, ob Menschen deutschen Medien weniger Vertrauen schenken, weil sie an eine Zusammenarbeit der Medien mit der Politik glauben, oder ob ein Grundmisstrauen vorliegt, das die Zustimmung zu der verschwörungstheoretischen Aussage begünstigt.

¹⁰⁹ Diese Ergebnisse basieren auf multivariaten Regressionsmodellen.

Aufenthaltsdauer sogar mehr Vertrauen entgegenbringen, während andere Zugewanderte deutschen Medien eher weniger vertrauen, je länger sie in Deutschland leben. Die Unabhängigkeit der Medien von der Politik in Deutschland beurteilt allerdings ein durchaus beträchtlicher Teil der Befragten (in allen Vergleichsgruppen) skeptisch.

8 Das Verhältnis zu Politik und Gesellschaft in Deutschland

Dieses abschließende inhaltliche Kapitel nimmt die Einstellungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zu Deutschland, zu seinen Institutionen sowie zu anderen sozialen Gruppen in den Blick. Kapitel 8.1 thematisiert das Vertrauen in politische Institutionen sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie und den politischen Verhältnissen in Deutschland und dem Herkunftsland. Kapitel 8.2 beleuchtet politische Einstellungen und stellt die These einer Neigung der Zielgruppe zur AfD auf die Probe. Im Zusammenhang mit den politischen Einstellungen steht auch die Frage, inwieweit (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler selbst diskriminierende und gegen Migration gerichtete Einstellungen vertreten. Kapitel 8.3 beleuchtet deshalb die Haltungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zu Geflüchteten näher.

8.1 Politikvertrauen und Politikzufriedenheit

Das Verhältnis von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zu Staat und Politik wird – wie bei allen anderen Bevölkerungsgruppen – von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Zwei Aspekte sind dabei besonders wichtig: erstens die Frage, wie stark Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus politischen Institutionen vertrauen, und zweitens ihre Zufriedenheit mit dem politischen System und den realen Verhältnissen in Deutschland.

Vertrauen in politische Institutionen

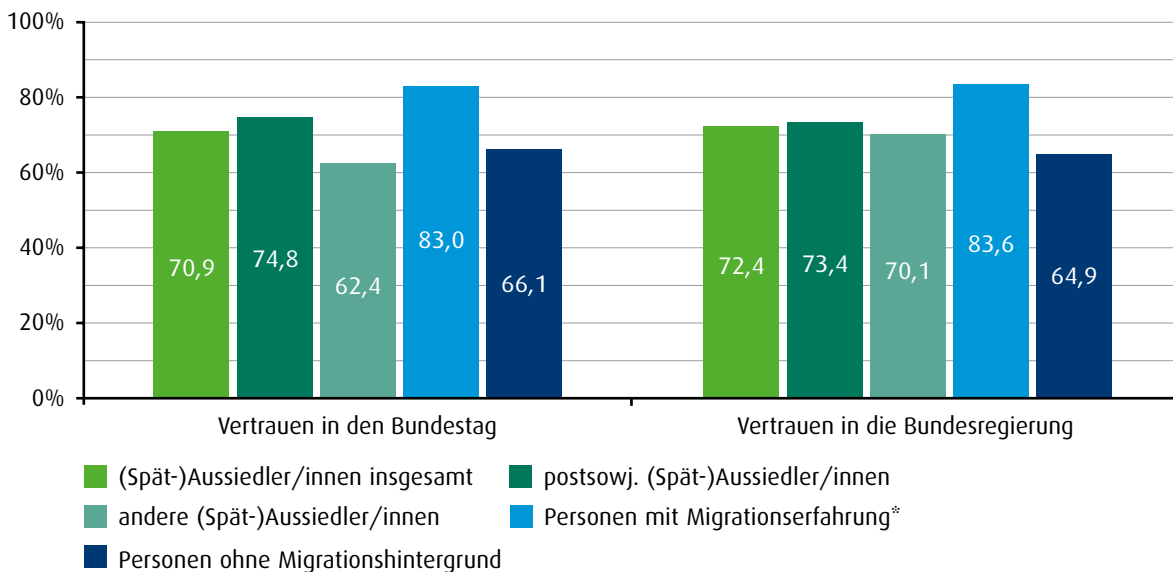
Das Vertrauen in die repräsentativen politischen Institutionen stellt einen wichtigen Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenhalts dar. Als optimal für das Funktionieren einer Demokratie gilt dabei eine Balance aus Vertrauen und einer gewissen kritischen Distanz den Institutionen gegenüber (Faus et al. 2019: 15–16, 35). Über das Institutionenvertrauen der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus ist allerdings bisher kaum etwas bekannt.

Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus vertrauen den deutschen politischen Institutionen weniger als die insgesamt vertrauensvollste Gruppe der anderen Zugewanderten (Abb. 8.1). Sie haben jedoch mehr Vertrauen als die insgesamt am skeptischsten eingestellte Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund.¹¹⁰ Von Letzteren vertrauen nur etwa zwei Drittel dem Bundestag und der Bundesregierung „eher“ oder „voll und ganz“. Bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sind es immerhin über 70 Prozent, bei anderen Zugewanderten sogar über 80 Prozent. Die Unterschiede sind jeweils hoch signifikant.

Das Ausmaß des Vertrauens in politische Institutionen ist auch davon abhängig, in welchem Alter (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nach Deutschland migriert sind. Personen, die in jungen Jahren (bis zum 20. Lebensjahr) zugewandert sind, zeigen ein größeres Vertrauen sowohl in den Bundestag als auch in die Bundesregierung. Sie sind zumindest teilweise in Deutschland mit seinem politischen System und seinen Institutionen sozialisiert worden. Umgekehrt lässt sich das geringere Vertrauen der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die bei der Zuwanderung älter als 20 Jahre waren, wohl mit ihrer Sozialisation im jeweiligen Herkunftsland erklären, das sie geprägt hat. Gerade Personen, die noch zu Zeiten des Eisernen Vorhangs aufgewachsen sind, haben vermutlich generell ein eher von Misstrauen geprägtes Verhältnis zu politischen Institutionen entwickelt. Zudem haben höher gebildete Zugewanderte

¹¹⁰ Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 wurden zwischen Ende November 2019 und Anfang August 2020 erhoben. Als die Bundesregierung im März 2020 Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erließ, war fast die Hälfte der Interviews bereits geführt, sodass etwas mehr als die Hälfte der Interviews erst danach stattfand. Die Daten zeigen, dass das Vertrauen in die Bundesregierung in den nach Inkrafttreten der Maßnahmen geführten Interviews ansteigt (SVR 2020b: 19–20).

Abb. 8.1 Vertrauen in politische Institutionen 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die „eher“ oder „voll und ganz“ vertrauen; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

mit (Spät-)Aussiedlerstatus mehr Vertrauen, vor allem in den Bundestag.

Vertrauen in Parteien und die Politik

Im Vergleich zum Vertrauen in die genannten politischen Institutionen und in „die Politik“ insgesamt ist das Vertrauen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegenüber Parteien insgesamt geringer.

Hier liegt der Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die den politischen Parteien „eher“ bzw. „voll und ganz“ vertrauen, wie bei den meisten anderen Vertrauensfragen mit 45 Prozent zwar zwischen den beiden anderen Gruppen, er unterscheidet sich jedoch kaum von dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Abb. 8.2). Die Unterschiede zur übrigen Bevölkerung mit Migrationserfahrung sind hingegen beträchtlich. In dieser Gruppe vertraut eine Mehrheit von über 60 Prozent den Parteien in Deutschland „eher“ oder „voll und ganz“.

In Bezug auf das allgemeine Vertrauen in die Politik ergibt sich ein fast identisches Bild, jedoch mit dem Unterschied, dass das Vertrauen jeweils zwischen knapp 10 und 15 Prozent höher ist als dasjenige in die Parteien. Während 59 Prozent der Befragten mit (Spät-)Aussiedlerstatus und 57 Prozent der Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte der Politik „eher“ oder „voll und ganz“ vertrauen, sind es bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung sogar über 70 Prozent.¹¹¹ Ähnlich wie beim Vertrauen in die repräsentativen Institutionen des deutschen Staates hat das Vertrauen in die Parteien und in die Politik nach Inkrafttreten der Infektionsschutzmaßnahmen im Zuge des Umgangs mit der ersten Welle der Corona-Pandemie 2020 zugenommen.¹¹²

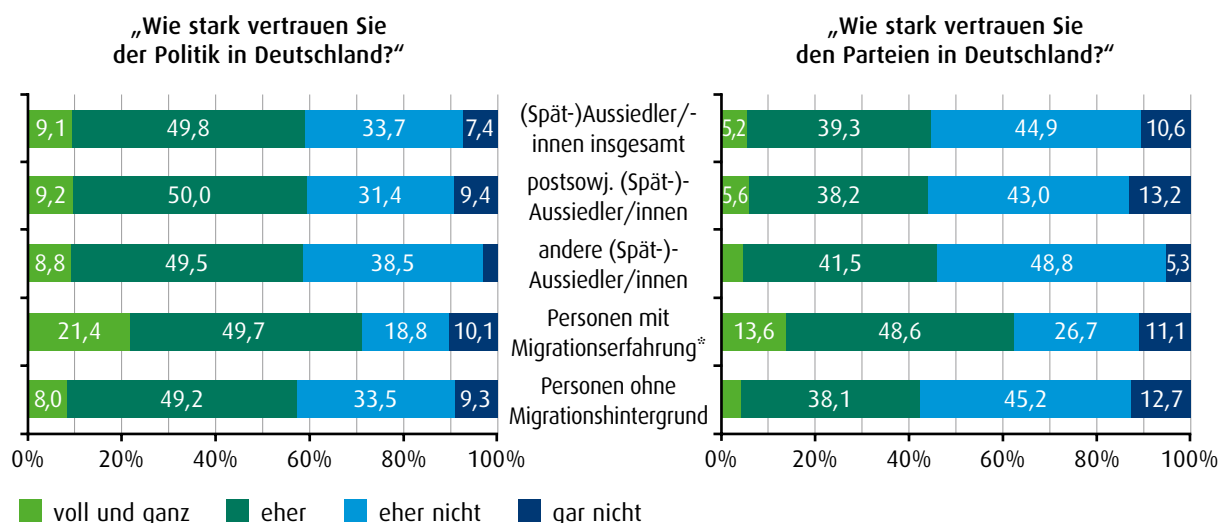
Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Deutschland und dem Herkunftsland

Das Verhältnis insbesondere von (Spät-)Aussiedle-

111 Die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler unterscheidet sich bei beiden Fragen signifikant von anderen Zugewanderten, nicht jedoch von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

112 Siehe hierzu die ausführlichere Diskussion zum Einfluss des Corona-Krisenmanagements auf das Politikvertrauen in SVR 2020b: 16–19.

Abb. 8.2 Vertrauen in Parteien und die Politik 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 5 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

rinnen und (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion zu ihrem Geburtsland – vor allem zur Russischen Föderation – wird in der medialen Debatte häufig erörtert. Daher ist die Frage der Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Deutschland und im Herkunftsland von besonderer Bedeutung. Einerseits scheint eine hohe Zufriedenheit auch vor dem Hintergrund der relativ geringen Identifikation von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit ihren Herkunftsländern eher unwahrscheinlich (s. Kap. 6.4). Andererseits existieren Forschungsergebnisse, die etwa eine hohe Zustimmung von sog. Deutschrussen zu Russlands Krim-Politik nachweisen oder eine zumindest tendenziell positive Bewertung Putins feststellen (Goerres/Spies/Mayer 2018: 11–12).¹¹³

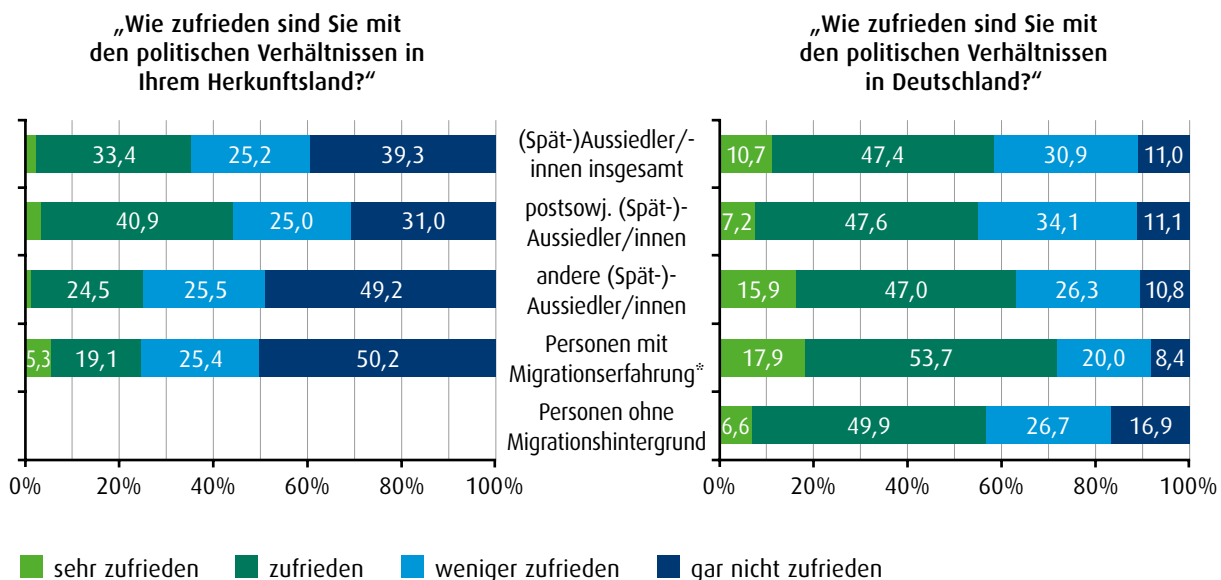
Insgesamt ist in allen Untersuchungsgruppen eine Mehrheit mit den politischen Verhältnissen in Deutschland „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ (Abb. 8.3). Die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen

und (Spät-)Aussiedler unterscheidet sich dabei nicht wesentlich von Deutschen ohne Migrationshintergrund. Demgegenüber ist die Bevölkerung mit Migrationserfahrung wesentlich zufriedener als die beiden anderen Gruppen.

Spiegelbildlich dazu steht die Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen im Herkunftsland. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler insgesamt sind zu über einem Drittel mit diesen „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ und damit zufriedener als Befragte mit Migrationserfahrung mit einem Viertel. Diese höhere Zufriedenheit geht vor allem auf (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion zurück. Mit 44 Prozent sind annähernd doppelt so viele postsowjetische Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus mit den Verhältnissen in ihren Herkunftsländern zufrieden wie andere (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit einem Viertel. Postsowjetische (Spät-)Aussiedle-

¹¹³ Bei der Studie wurden allerdings nicht explizit postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler untersucht. Es wurden 489 Deutsche befragt, die selbst aus der ehemaligen Sowjetunion stammen oder einen zugewanderten Elternteil aus dieser Region haben (Goerres/Spies/Mayer 2018: 1–2). Folglich dürften in der Stichprobe auch einige russlandstämmige Befragte ohne (Spät-)Aussiedlerstatus sein; die Mehrheit dürfte jedoch einen (Spät-)Aussiedlerhintergrund haben.

Abb. 8.3 Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Deutschland und im Herkunftsland 2018
(nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 5 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

rinnen und (Spät-)Aussiedler und insbesondere Russlandstämmige haben also (auch im Vergleich zu der Haltung von Personen aus anderen Herkunftsstaaten ihrem Herkunftsland gegenüber) zu einem nicht geringen Teil eine prorussische Haltung.¹¹⁴ Andererseits sind auch die postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (als Gesamtgruppe) mehrheitlich mit den Verhältnissen in Deutschland zufrieden und mit denen im Herkunftsland mehrheitlich unzufrieden.

Zugleich lässt sich bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den Verhältnissen in Deutschland und jener mit den Verhältnissen im Herkunftsland feststellen. Insgesamt sind 20 Prozent von ihnen sowohl mit den Verhältnissen in Deutschland als auch mit denen im jeweiligen Herkunftsland zufrieden. Eine etwas größere Gruppe von 28 Prozent ist weder mit der Situation in Deutschland noch mit

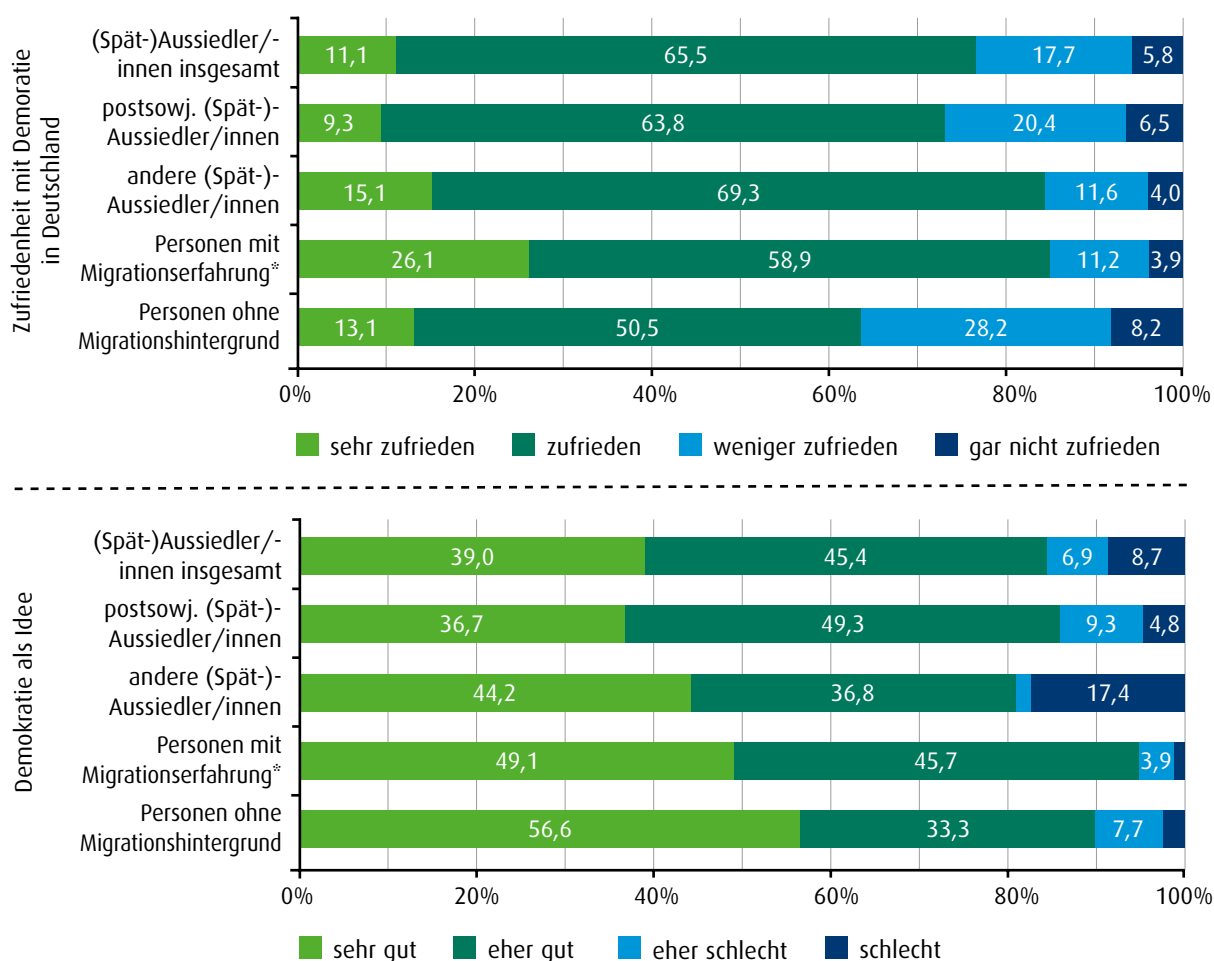
jener im Herkunftsland zufrieden. Die mit Abstand größte Gruppe (37 %) bewertet die politische Situation in Deutschland positiv, diejenige im Herkunftsland hingegen negativ. Die mit 15 Prozent kleinste Gruppe beurteilt die politische Lage im Herkunftsland positiv und die Situation in Deutschland negativ. Insofern lässt sich auch hier feststellen, dass eine politische „Rückbesinnung“ auf den jeweiligen Herkunftsstaat – ähnlich wie bei der Frage der (emotionalen) Verbundenheit – zwar bei mehr als vier von zehn Befragten aus postsowjetischen Herkunftsstaaten vorkommt, aber in der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler insgesamt nicht vorherrscht.

Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Ergebnisse zur Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, korrespondieren mit den Erkenntnissen zum Ver-

¹¹⁴ Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus, die aus der Russischen Föderation stammen, sind zu 63 Prozent mit den politischen Verhältnissen im Herkunftsland zufrieden – gegenüber 28 Prozent der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit einem anderen Herkunftsland. Die Unterschiede sind statistisch signifikant.

Abb. 8.4 Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, und Beurteilung der Idee der Demokratie 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

trauen in die politischen Institutionen sowie in die Politik. Demnach sind alle Untersuchungsgruppen mehrheitlich „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“, wobei in allen Gruppen die Befragten eher „zufrieden“ als „sehr zufrieden“ sind (Abb. 8.4). Gut drei Viertel der Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus sind „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ – dieser Wert liegt erneut zwischen dem Wert der beiden anderen Gruppen. Deutsche ohne Zuwanderungsgeschichte sind

mit knapp zwei Dritteln am wenigsten zufrieden. Am zufriedensten ist mit 85 Prozent wiederum die übrige Bevölkerung mit Migrationserfahrung. Dabei unterscheiden sich die drei Gruppen statistisch signifikant.

Postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sind mit 73 Prozent etwas weniger zufrieden als solche aus anderen Herkunftsregionen, die zu 84 Prozent angeben, mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein.¹¹⁵

115 Die Unterschiede innerhalb der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung sind zwar signifikant; wird in einem komplexeren Modell jedoch zusätzlich für die Aufenthaltsdauer kontrolliert, unterscheiden sich die beiden (Spät-)Aussiedlergruppen nicht mehr voneinander.

Unabhängig von der Demokratiepraxis in Deutschland wird die Idee der Demokratie generell nochmals stärker bejaht. Auffallend ist hier die große Differenz zur Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie vor allem bei Deutschen ohne Migrationshintergrund sowie eingeschränkt auch bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, die durchaus als Kritik an den geltenden Verhältnissen interpretiert werden kann.¹¹⁶ Bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zeigt sich mit 86 Prozent eine hohe Zustimmung zur Demokratie als Idee, während der gelebten Demokratie rund 13 Prozentpunkte weniger zugestimmt wird. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist sogar zu fast 90 Prozent von der Idee der Demokratie überzeugt. Zugleich ist sie nur zu 64 Prozent zufrieden mit der gelebten Demokratie, was einen Unterschied von rund 26 Prozentpunkten ausmacht. Erneut ist die Bevölkerung mit Migrationserfahrung mit 95 Prozent am stärksten von der Demokratie als Regierungsform überzeugt.¹¹⁷ Betrachtet man die Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus insgesamt, so muss festgestellt werden, dass sie verglichen mit den beiden anderen Gruppen mit 84 Prozent am wenigsten von der Idee der Demokratie überzeugt sind. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland sowie mit der Demokratie als Idee hängt bei Zugewanderten mit und ohne (Spät-)Aussiedlerstatus u.a. mit der Aufenthaltsdauer zusammen. Erneut lässt sich beobachten, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler die Demokratie in Deutschland mit zunehmender Aufenthaltsdauer positiver bewerten – andere Zugewanderte werden hingegen skeptischer, je länger sie in Deutschland leben.

8.2 Parteipräferenzen und politische Einstellungen

(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler galten lange Zeit als politisch eher passiv mit einer Tendenz zu den christlichen Unionsparteien (Panagiotidis 2021). Spätestens seit dem sog. „Fall Lisa“ im Jahr 2016 (Info-Box 4) und den dadurch ausgelösten Protestbewegungen ist ihre politische Orientierung stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Dabei wird insbesondere der postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerbevölkerung häufig eine Nähe zur AfD in Kombination mit fremdenfeindlichen Positionen nachgesagt. Analysen des wissenschaftlichen Stabs des SVR zu Daten des Integrationsbarometers 2016 zeigten im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erhöhte Zustimmungsraten der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung zur AfD (sowie zur Partei Die Linke) (SVR-Forschungsbereich 2018b: 3). Das folgende Kapitel stellt zunächst die These der passiven, politisch wenig interessierten Haltung von Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus auf den Prüfstand und analysiert anschließend ihre Parteipräferenzen. Die Ausführungen greifen u.a. auf das Konzept der politischen Selbstwirksamkeit zurück.

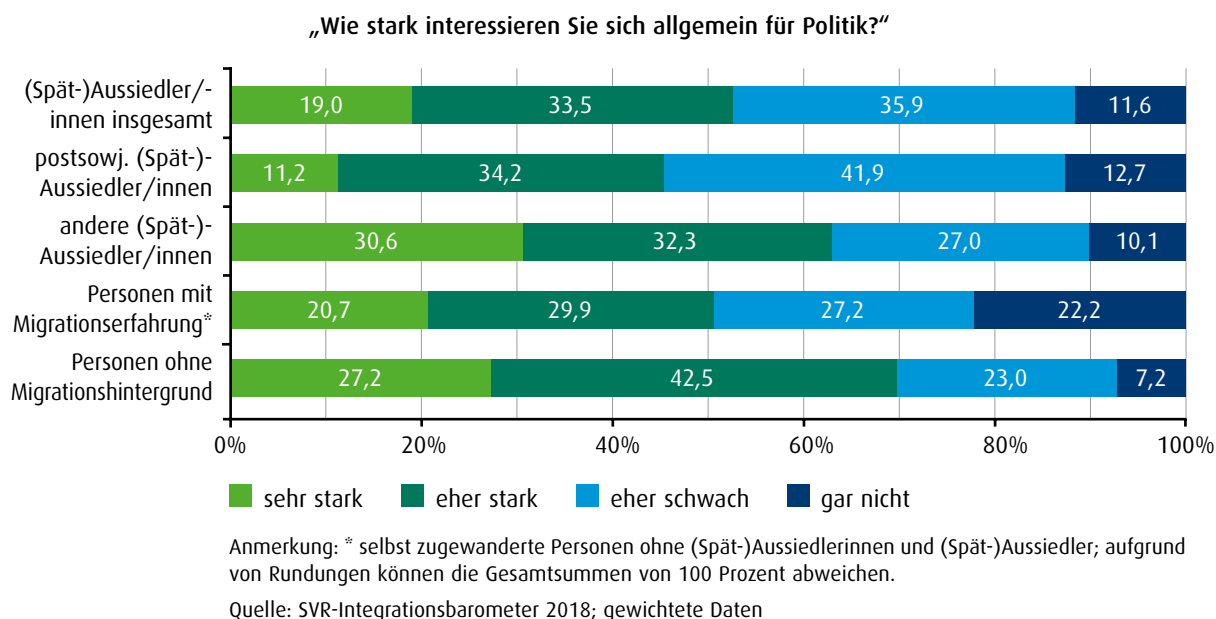
Politisches Interesse

Wie bereits erwähnt, galten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler lange Zeit gemeinhin als politisch eher passiv, sodass ihre politischen Einstellungen weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft eingehend diskutiert wurden (Panagiotidis 2021: 159). Unterstützt wurde diese Annahme durch eine vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung. So schätzen Goerres, Spies und Mayer die Beteiligung russlandstämmiger Deutscher an der Bundestagswahl von 2017 auf 58 Prozent gegenüber der amtlichen Gesamtwahlbeteiligung von 76 Prozent (2018: 4). Damit liegt die Wahlbeteiligung russlandstämmi-

116 Die Antworten zu beiden Fragen lassen sich allerdings nicht eins zu eins zueinander ins Verhältnis setzen, da die Frageformen und die Antwortskalen unterschiedlich sind.

117 Bei beiden Fragen dürfte es in dieser Gruppe auch eine Rolle spielen, dass hier nur Personen mit eigener Migrationserfahrung einbezogen sind, unter denen sich zahlreiche Neuzugewanderte befinden. S. hierzu die Erläuterungen aus dem Bericht zum SVR-Integrationsbarometer 2020 (SVR 2020b: 12–16) sowie SVR-Forschungsbereich 2020: 27.

Abb. 8.5 Interesse an Politik 2018 (nach Migrationshintergrund)



ger Deutscher auch unter derjenigen der türkei-stämmigen Deutschen (64 %).¹¹⁸

Das politische Interesse der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler scheint den Daten des SVR-Integrationsbarometers zufolge tatsächlich nicht sehr ausgeprägt zu sein, denn lediglich etwas mehr als die Hälfte von ihnen gibt an, sich „eher stark“ oder „sehr stark“ für Politik zu interessieren – gegenüber 70 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund (Abb. 8.5). Zugleich liegt bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung generell ein geringeres politisches Interesse vor und Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus unterscheiden sich nicht signifikant von anderen Zuwanderinnen und Zuwanderern.¹¹⁹ Man kann sie insofern nicht generell als besonders wenig interessiert klassifizieren. Noch wichtiger ist jedoch der Befund, dass es Unterschiede innerhalb der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung gibt, weshalb sie bei dieser Frage nicht als monolithischer Block gese-

hen werden sollte. So geben postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nur zu 45 Prozent, also besonders selten an, sich für politische Fragen zu interessieren. Sie sind die einzige Gruppe, bei der eine Mehrheit politisches Desinteresse bekundet. Demgegenüber sind (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus anderen Geburtsregionen mit 63 Prozent politisch viel interessierter und unterscheiden sich folglich viel weniger von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Zur Erklärung des geringen politischen Interesses postsowjetischer (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler wurde wahlweise auf eine vermeintlich zu politischer Passivität erziehende Sozialisation in den postkommunistischen Staaten oder aber auf mangelnde Opportunitätsstrukturen in der Bundesrepublik verwiesen (Panagiotidis 2021: 160). Beide Erklärungsansätze können jedoch die Unterschiede zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussied-

118 Im SVR-Integrationsbarometer 2020 geben hingegen zwei Drittel der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an, an der Bundestagswahl 2017 teilgenommen zu haben, wobei auch die Angabe zur Wahlbeteiligung der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 82 Prozent höher liegt. Damit ist die Wahlbeteiligung der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus eigenen Angaben zufolge aber auch höher als jene der Bevölkerung mit Migrationserfahrung (59 %).

119 Dennoch können (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nur begrenzt mit anderen Zugewanderten – vor allem der ersten Generation – verglichen werden, da Letztere häufig nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die elektorale politische Partizipation somit nicht möglich ist. S. hierzu die ausführliche Diskussion in SVR 2021a: 36–47.

lern etwa aus Russland oder Kasachstan im Vergleich zu solchen aus Polen und Rumänien nicht hinreichend erklären. Eventuell hängt das geringe politische Interesse auch mit dem insgesamt niedrigeren sozio-ökonomischen Status der postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerbevölkerung zusammen (s. Kap. 3.2 und 3.3). Dies kann mangels hinreichend geeigneter Indikatoren im SVR-Integrationsbarometer jedoch nicht überprüft werden.

Wie bei den Fragen zuvor zeigt sich auch beim Interesse an Politik ein Zusammenhang mit weiteren Merkmalen. So sind Frauen generell weniger politisch interessiert als Männer, Höhergebildete haben hingegen größeres Interesse an Politik als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Diese Zusammenhänge gelten sowohl für die Bevölkerung mit Migrationserfahrung als auch für diejenige ohne Migrationshintergrund sowie für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Innerhalb letzterer Gruppe sind die Unterschiede jedoch besonders groß. So geben etwa 60 Prozent der (Spät-)Aussiedler an, sich „eher stark“ oder „sehr stark“ für Politik zu interessieren, während (Spät-)Aussiedlerinnen dies nur zu 46 Prozent aussagen.¹²⁰ Die Unterschiede innerhalb der Gruppe mit (Spät-)Aussiedlerstatus sind nach Bildungsgruppen noch größer: Etwa doppelt so viele höher gebildete (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler interessieren sich nach eigener Aussage für Politik wie solche mit niedrigerer Bildung (78 zu 39 %).¹²¹

Politische Selbstwirksamkeit

Vor dem Hintergrund der geschilderten Ergebnisse lohnt sich ein genauerer Blick auf die politische Selbstwirksamkeit von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern.¹²² Selbstwirksamkeit bezeichnet in der Psychologie allgemein verschiedene Arten subjektiver Kontrollüberzeugungen zur Gestaltung des eigenen Lebens und des Umfeldes (Bandura 1997).

Politische Selbstwirksamkeit bezieht sich konkret auf das Verhältnis der Menschen zu Politik und politischen Akteuren. Dieses Verhältnis wird durch zwei getrennt voneinander zu betrachtende Aspekte bestimmt (Beierlein et al. 2012: 7; Niemi/Craig/Mattei 1991: 1407–1408; SVR-Forschungsbereich 2019: 8): Der erste Aspekt richtet sich auf die Selbstwahrnehmung als Überzeugung, politische Sachverhalte verstehen und durch Engagement beeinflussen zu können (*internal political efficacy*). Der zweite Aspekt nimmt die wahrgenommene Responsivität vonseiten der Politik in den Blick (*external political efficacy*). Hier geht es darum, inwieweit die Menschen davon überzeugt sind, dass politische Akteurinnen und Akteure auf das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern reagieren. Politische Selbstwirksamkeit kann insofern politische Partizipation fördern, was sich empirisch belegen lässt (Reichert 2016: 229). Umgekehrt kann die Wahrnehmung, keinen Einfluss ausüben zu können oder von der Politik nicht gehört zu werden, das Vertrauen in politische Institutionen gefährden.

Im SVR-Integrationsbarometer wird die interne politische Selbstwirksamkeit (*internal political efficacy*) mit dem Zutrauen, politische Fragen verstehen zu können, erfasst. Um die externe politische Selbstwirksamkeit (*external political efficacy*) zu evaluieren, sollten die Befragten angeben, inwieweit sie der Ansicht sind, Politikerinnen und Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.

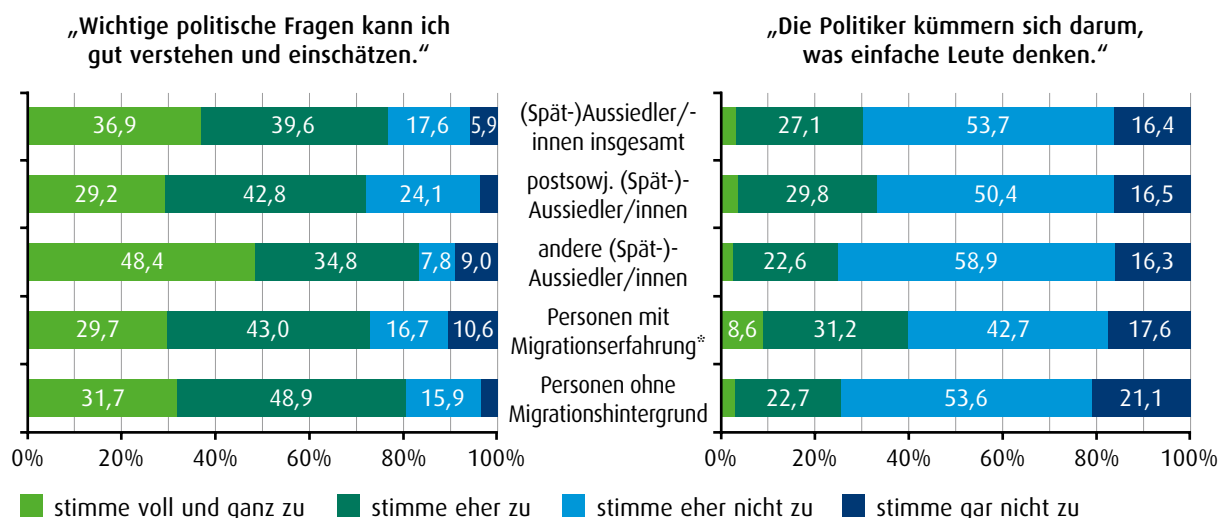
In allen Untersuchungsgruppen sind die Menschen mehrheitlich davon überzeugt, politische Fragen verstehen und einschätzen zu können (Abb. 8.6). (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler liegen in ihrer Einschätzung erneut zwischen der Bevölkerung mit Migrationserfahrung und den Menschen ohne Migrationshintergrund, wobei die Unterschiede zwischen den Gruppen gering und statistisch nicht signifikant sind. Während sich 73 Prozent der Bevölkerung mit

120 Bei den anderen beiden Untersuchungsgruppen beträgt die Geschlechterdifferenz zehn bzw. sieben Prozentpunkte (Männer ohne Migrationshintergrund: 75 %; Frauen ohne Migrationshintergrund: 65 %; Männer mit Migrationserfahrung: 54 %; Frauen mit Migrationserfahrung: 47 %).

121 Erneut sind deutliche Unterschiede auch in den anderen Gruppen erkennbar, diese fallen aber geringer aus. So beträgt der Unterschied zwischen Höher- und Niedriggebildeten ohne Migrationshintergrund beim Interesse für Politik 24 Prozentpunkte (82 zu 58 %). Zwischen Höher- und Niedriggebildeten mit Migrationserfahrung beträgt er 17 Prozentpunkte (61 zu 44 %).

122 Im Jahr 2019 hat der SVR-Forschungsbereich eine ausführliche Publikation zu politischer Selbstwirksamkeit veröffentlicht, auf deren Ergebnisse hier verwiesen wird. Für eine detaillierte Analyse sowie eingehende Erläuterungen des Konzepts s. SVR-Forschungsbereich 2019.

Abb. 8.6 Politische Selbstwirksamkeit 2018 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen; Anteile unter 5 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Migrationserfahrung ein tieferes Verständnis politischer Sachverhalte zutrauen, sind es bei derjenigen mit (Spät-)Aussiedlerstatus 76 Prozent. Deutsche ohne Zuwanderungsgeschichte meinen zu 81 Prozent, sie seien in politischen Fragen kompetent. Es lassen sich zudem Differenzen zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern unterschiedlicher Geburtsregionen feststellen. Zugewanderte aus der ehemaligen Sowjetunion glauben nur zu 72 Prozent, sie seien politisch kompetent, dies entspricht etwa der Einschätzung der Bevölkerung mit sonstiger Migrationserfahrung. Bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus anderen Regionen liegt der Wert mit 83 Prozent dagegen sogar noch etwas höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund.¹²³

Die Frage der Responsivität politischer Akteurinnen und Akteure – so das erste Ergebnis der Analyse – beantworten alle Untersuchungsgruppen mehr-

heitlich negativ (Abb. 8.6). Lediglich Minderheiten glauben, Politikerinnen und Politiker würden sich darum kümmern, „was einfache Leute denken“. Etwa drei von zehn (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler und vier von zehn Befragten mit Migrationserfahrung glauben, Politikerinnen und Politiker interessierten sich für die Meinung der Menschen. Deutsche ohne Migrationshintergrund zeigen sich in diesem Punkt mit nur etwa einem Viertel Zustimmung besonders skeptisch.¹²⁴

Werden lediglich die drei Gruppen der Deutschen ohne Migrationshintergrund, der Bevölkerung mit Migrationserfahrung und der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler betrachtet, so spiegeln die politischen Einstellungen ziemlich genau die Ergebnisse zum Institutionenvertrauen wider.¹²⁵ Die Werte bei den Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus liegen jeweils zwischen denen der beiden anderen

¹²³ Vergleicht man nur die beiden (Spät-)Aussiedlergruppen miteinander, sind die Unterschiede statistisch signifikant. Sobald man jedoch zusätzlich das Bildungsniveau berücksichtigt, lässt sich kein Zusammenhang zwischen den Herkunftsregionen und der internen politischen Selbstwirksamkeit mehr feststellen.

¹²⁴ Statistisch signifikant unterscheiden sich Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus allerdings nur von anderen Zugewanderten, nicht aber von Personen ohne Migrationshintergrund.

¹²⁵ Das spricht für eine gewisse Stabilität in den Haltungen, denn die Fragen zum Institutionenvertrauen stammen aus dem SVR-Integrationsbarometer von 2020, die politischen Einstellungen in diesem Teilkapitel hingegen aus dem Integrationsbarometer von 2018.

befragten Gruppen mit einer tendenziell etwas größeren Nähe zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.¹²⁶ Zudem meint etwa jede bzw. jeder dritte postsowjetische Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus und jede vierte Person mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus einer anderen Herkunftsregion, Politikerinnen und Politiker interessierten sich für die Meinung der „einfachen Leute“.¹²⁷ Darüber hinaus scheint die politische Selbstwirksamkeit von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern nur geringfügig von der Zuwanderungsgeneration beeinflusst zu sein. Die detaillierte Analyse des SVR-Forschungsbereichs zur politischen Selbstwirksamkeit, bei der auch die Nachfolgegenerationen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern einbezogen sind, zeigt kaum Unterschiede zu den hier präsentierten Resultaten (SVR-Forschungsbereich 2019: 13, 19).

Für die *internal political efficacy* zeigen sich generell ähnliche Geschlechter- und Bildungseffekte, wie sie in der vorliegenden Studie für das Interesse an Politik berichtet wurden. Demnach verfügen Frauen über eine geringere interne politische Selbstwirksamkeit als Männer; das Gleiche gilt für Menschen mit einem geringeren Bildungsniveau verglichen mit Höhergebildeten, wobei beide Merkmale einen stärkeren Einfluss haben als der Migrationshintergrund (SVR-Forschungsbereich 2019: 15–17). (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nehmen bezüglich des Geschlechts wiederum weitgehend eine Mittelposition zwischen den beiden anderen Gruppen ein.¹²⁸ Eine Ausnahme stellen lediglich Männer mit (Spät-)Aussiedlerstatus dar, deren Selbstwirksam-

keitsempfinden noch etwas niedriger ist als dasjenige von Männern mit Migrationshintergrund.

Das Bildungsniveau hingegen scheint bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern – ähnlich wie beim Interesse für Politik – einen großen Einfluss auszuüben. So meinen Höhergebildete mit (Spät-)Aussiedlerstatus zu 91 Prozent und damit ähnlich häufig wie Höhergebildete ohne Migrationshintergrund (90 %), sie könnten politische Sachverhalte verstehen. Zudem ist die interne politische Selbstwirksamkeit bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern umso größer, je jünger sie zum Zeitpunkt der Zuwanderung waren – ein Ergebnis, das auch für die Bevölkerung mit Migrationserfahrung festgestellt werden kann.¹²⁹

Ein Zusammenhang zwischen politischer Selbstwirksamkeit und politischem Interesse lässt sich für die *internal political efficacy* auch in den Analysen des SVR-Integrationsbarometers finden. Sowohl bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern als auch bei anderen Zugewanderten geht *internal political efficacy* mit einem größeren Interesse an Politik einher. Ein Zusammenhang mit *external political efficacy* lässt sich hingegen nicht nachweisen.¹³⁰

Zwischenfazit

Zusammenfassend lässt sich zu den Einstellungen zur Politik konstatieren, dass sowohl Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als auch (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler insgesamt etwas positiver auf Politikerinnen und Politiker blicken als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die vermeintli-

126 Die detailliertere Analyse des SVR-Forschungsbereichs zur politischen Selbstwirksamkeit kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem Zugewanderte der „übrigen Welt“ die Responsivität von Politikerinnen und Politikern positiver einschätzen. Das Ergebnis wird damit erklärt, dass sich in dieser Gruppe besonders viele Neuzugewanderte zum Teil mit Fluchthintergrund befinden, die große Hoffnungen in die Demokratie in Deutschland setzen (SVR-Forschungsbereich 2019: 19).

127 Ähnlich wie für die Ergebnisse zur internen politischen Selbstwirksamkeit gilt allerdings, dass die Unterschiede zwischen den (Spät-)Aussiedlergruppen auf das Bildungsniveau und das Alter zurückzuführen sind, sodass bei statistischer Kontrolle dieser Merkmale kein Zusammenhang zwischen postsowjetischen und anderen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mehr besteht.

128 Es ist zu beachten, dass die Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus in der Publikation von 2019 in der Gruppe mit Migrationshintergrund einbezogen ist.

129 Mit der externen politischen Selbstwirksamkeit hängt das Alter bei Zuwanderung hingegen nur bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung, nicht bei jener mit (Spät-)Aussiedlerstatus zusammen. Allerdings verläuft der Zusammenhang in die andere Richtung, sodass die Befragten eher glauben, Politiker würden sich darum kümmern, was „einfache Leute“ denken, je älter sie bei der Zuwanderung waren.

130 Die Resultate basieren auf multivariaten Regressionsmodellen zum politischen Interesse, bei denen neben den soziodemografischen Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Berufstätigkeit, der Aufenthaltsdauer und dem Alter bei Zuwanderung auch der Einfluss der Aussagen zur politischen Selbstwirksamkeit überprüft wurde.

che Entfremdung zwischen einer als „das Volk“ konstruierten Entität und einer abgehobenen politischen Elite ist – wenn überhaupt – primär ein Phänomen der nicht-migrantisch geprägten Bevölkerung. Diese Feststellung ist wichtig, weil die beschriebene Entfremdung einen Erklärungsfaktor für das Aufkommen rechtspopulistischer Strömungen und die Wahl der AfD darstellt (Vorländer 2016: 66–68). Bei der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus, der zuweilen genau diese Affinität unterstellt wird, scheint eine solche Entfremdung insgesamt weniger vorzuliegen.

Für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die außerhalb der ehemaligen Sowjetunion geboren wurden, muss dem Narrativ der politischen Passivität den vorliegenden Ergebnissen zufolge widersprochen werden. Auch bei den postsowjetisch Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus muss es zumindest als spezifische Eigenschaft dieser Zuwanderungsgruppe relativiert werden. Sog. Russlanddeutsche zeigen eher eine Orientierung nach außen und fokussieren auf die handelnden politischen Akteurinnen und Akteure anstatt auf ihre eigenen Kompetenzen.¹³¹ Insofern lässt sich eine gewisse Passivität der postsowjetischen Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus konstatieren. Darin unterscheiden sie sich aber nicht von anderen Zuwanderinnen und Zuwanderern, wie die Analysen zeigen konnten.

Parteipräferenzen und Wahlverhalten

Die Forschung zu Parteipräferenzen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern belegt von jeher eine hohe Affinität zu den Unionsparteien CDU und CSU (Kroh/Tucci 2009: 824; Wüst 2003: 36).¹³²

Dies steht in gewissem Kontrast zu anderen Zuwanderungsgruppen, die eher zu Parteien des Mitte-links-Spektrums (insbesondere zur SPD) tendieren, was sich vor allem für Türkeistämmige feststellen lässt (Kroh/Tucci 2009: 824; SVR-Forschungsbereich 2016b: 14–16; Wüst 2003: 36).¹³³ Gründe für die Nähe zu den Unionsparteien werden einerseits in deren Offenheit und Unterstützung für ethnisch Deutsche selbst gesehen,¹³⁴ andererseits spielen die Abgrenzung der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung von linken Parteien eine Rolle, die aufgrund negativer Erfahrungen im Sozialismus eingenommen wurde (Wüst 2003: 35; Wüst 2016: 414–415).

Parteipräferenzen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern haben allerdings weder bei den Parteien noch in der Wahlforschung viel Beachtung gefunden. Neben der vermeintlich klaren Sachlage dürfte dies auch mit der Tatsache zusammenhängen, dass es generell nur wenige Untersuchungen zu Parteineigungen von Zugewanderten und damit kaum valide Daten dazu gibt. Seit einigen Jahren lassen sich jedoch zunehmend Veränderungen in der parteipolitischen Ausrichtung der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung beobachten.¹³⁵ Zwar bevorzugen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nach wie vor am häufigsten CDU/CSU, der Anteil geht jedoch sichtbar zurück. Gaben zwischen 2000 und 2008 auf Basis der SOEP-Daten durchschnittlich 65 Prozent eine Bindung an die Unionsparteien an (Kroh/Tucci 2009: 824), so waren es im Jahr 2016 den Daten des SVR-Integrationsbarometers zufolge nur noch gut 45 Prozent (SVR-Forschungsbereich 2016b: 13). Demgegenüber zeigt sich in jüngeren Erhebungen eine Zunahme der Präferenz sowohl für Die Linke als auch für die AfD,

131 Das korrespondiert in gewisser Weise mit Ergebnissen von Pokorny und Wilamowitz-Moellendorff, die feststellen, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler eine umfassende soziale Absicherung durch den Staat besonders hervorheben, das Demonstrationsrecht hingegen etwas weniger wichtig finden (Pokorny/Wilamowitz-Moellendorff 2021: 31–32). Allerdings wurde in der Studie bei Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus nicht zwischen verschiedenen Herkunftsregionen unterschieden (Pokorny/Wilamowitz-Moellendorff 2021: 12).

132 Das gilt, sofern überhaupt eine Parteipräferenz oder Bindung vorliegt. Studien zeigen, dass diese bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund schon immer geringer war – und nach wie vor ist – als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Jacobsen/Kroh 2021: 494).

133 Neben Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus tendieren auch andere Zugewanderte aus osteuropäischen Staaten eher zu konservativen Parteien.

134 Hier unterschieden sich die Unionsparteien von der SPD, die sich zum Teil eher kritisch zum Zuzug von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern äußerte (Die Welt 1996).

135 Dies gilt allerdings nicht nur für Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus. Parteibindungen transformieren sich auch in anderen Zuwanderungsgruppen. So sinkt etwa die historisch starke Bindung der Türkeistämmigen zur SPD, während ihre Bindung zu CDU und CSU zunimmt (Jacobsen/Kroh 2021: 498; SVR-Forschungsbereich 2018b: 3–4).

wobei die Werte je nach Datenquelle schwanken, sich jedoch jeweils zwischen 10 und 20 Prozent bewegen (Panagiotidis 2021: 167; SVR-Forschungsbereich 2016b: 13; 2018b: 5).¹³⁶

Diese Präferenzen spiegeln sich ein Stück weit in der Nachwahlbefragung der russlanddeutschen Community zur Bundestagswahl 2017 wider, auch wenn die Verschiebungen teilweise noch etwas extremer ausfallen: Während nur noch 27 Prozent für die CDU/CSU ihre Stimme abgaben, stimmten 21 Prozent für Die Linke und weitere 15 Prozent für die AfD (Goerres/Spies/Mayer 2018: 6). Panagiotidis konnte zudem nachweisen, dass in Stadtteilen bzw. Wahlbezirken mit einem hohen Anteil postsowjetischer Zugewanderter häufiger AfD gewählt wurde (Panagiotidis 2021: 175–176).¹³⁷ Demgegenüber war in diesen Stadtteilen bzw. Wahlbezirken der Stimmenanteil für Die Linke geringer, was vor dem Hintergrund der Ergebnisse auf der Individualebene überrascht (Panagiotidis 2021: 175–176).

Dass die postsowjetische (Spät-)Aussiedler-Community möglicherweise stärker rechten bzw. völkisch-nationalistischen Parteien zuneigt, wurde im Zusammenhang mit dem „Fall Lisa“ auch von den Medien und der Politik aufgegriffen. Auch wenn die Berichterstattung schnell wieder abflaute, lassen sich immer wieder Artikel finden, in denen etwa vor einem „Rechtsruck in Klein-Moskau“ gewarnt wird (Friedmann 2017). Die Gründung des AfD-nahen und von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern geprägten Vereins „Die Neudeutschen“ hat diese Befürchtungen zusätzlich untermauert. Dass die AfD in der russlandstämmigen Bevölkerung ein Wählerpotenzial sieht, lässt sich auch daran erkennen, dass sie die einzige Partei ist, die ihr Grundsatzprogramm in russischer Übersetzung anbietet.¹³⁸

Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2018 zur Parteipräferenz entsprechen in vielen Punkten den angeführten Forschungsergebnissen (Abb. 8.7). Im Vergleich zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. ohne Migrationshintergrund favorisieren (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler eher die Parteien CDU/CSU, Die Linke sowie die AfD. Mit etwa 36 Prozent präferieren sie die Unionsparteien aber nur wenig mehr als andere Zuwanderinnen und Zuwanderer (34 %). Eventuell war für diese Präferenz auch die Flüchtlingspolitik von CDU/CSU und SPD förderlich (Jacobsen/Kroh 2021: 498).

Die Neigung zur Linkspartei ist bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern mit etwa 12 Prozent gegenüber anderen Zugewanderten (5 %) und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (7 %) deutlich stärker ausgeprägt. In Bezug auf die Neigung zur AfD setzen sie sich vor allem von der Bevölkerung mit sonstiger Migrationserfahrung ab, die diese Partei so gut wie gar nicht wählt; die Werte sind jedoch auch höher als diejenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Darüber hinaus werden CDU/CSU, Die Linke und die AfD eher von postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern bevorzugt als von Personen aus anderen Herkunftsregionen. Diese tendieren eher zur SPD sowie zur FDP, die sie mit 10 Prozent von allen Gruppen am häufigsten präferieren.¹³⁹ Somit bevorzugen Zugewanderte aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion eher Parteien, die sie im Wahlkampf 2017 auch explizit als Wählergruppe adressierten (Goerres/Mayer/Spies 2020: 1209). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Präferenz der Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus für die Unionsparteien bis heute gültig ist, sich jedoch zunehmend Erosionen zeigen. Auch ist die Neigung

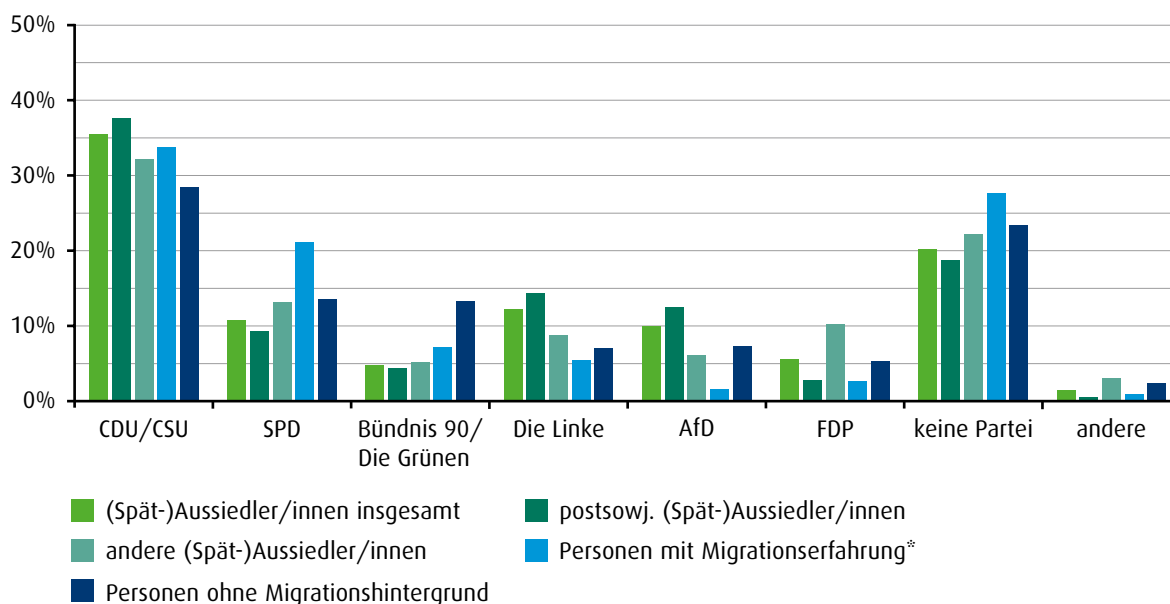
136 Den Daten des ALLBUS zufolge ist die Präferenz für Die Linke 2018 hingegen rückläufig (Panagiotidis 2021: 167).

137 Untersucht wurden die Stimmenanteile der AfD bei der Bundestagswahl 2017 sowie den Landtagswahlen 2016 bis 2019 (Panagiotidis 2021: 175).

138 Online verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/2017-04-18_afd-grundsatzprogramm_russisch_web.pdf, 04.02.2022.

139 Aufgrund geringer Fallzahlen sollten die vergleichenden Ergebnisse der beiden (Spät-)Aussiedlergruppen mit äußerster Vorsicht betrachtet werden. Statistisch signifikant sind die Unterschiede zwischen beiden (Spät-)Aussiedlergruppen nur in Bezug auf die Präferenz für CDU/CSU, Die Linke und die FDP.

Abb. 8.7 Parteipräferenz 2018 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

dieser Gruppe zur AfD mehr als nur ein Klischee, wie die Daten belegen.¹⁴⁰ Dass sich der öffentliche Diskurs vor allem auf die sog. Russlanddeutschen konzentriert, wenn es um die Befürwortung der AfD geht, scheint grundsätzlich durchaus gerechtfertigt zu sein. Erneut findet sich zudem eine Tendenz zur Linkspartei – eine Erkenntnis, die zwar nicht neu ist, bisher jedoch kaum öffentlich wahrgenommen wurde.

Die nach wie vor relativ starke Bindung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern an die Unionsparteien gründet vermutlich auch darin, dass sie sich aus Sicht der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus stark für sie eingesetzt haben. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sind viel häufiger als andere Zugewanderte der Ansicht, CDU und CSU hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten am

meisten für Migrantinnen und Migranten der eigenen Herkunft eingesetzt. Etwa sechs von zehn Befragten mit (Spät-)Aussiedlerstatus sehen das so. Bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung meinen dies mit 37 Prozent viel weniger Befragte. In dieser Gruppe finden zudem ähnlich viele Personen (35 %), dass sich die SPD am meisten für Zuwanderinnen und Zuwanderer engagiert habe.

Aufgrund der insgesamt größeren Neigung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sowohl zur Partei Die Linke als auch zur AfD wird im Folgenden untersucht, von welchen Faktoren die Wahrscheinlichkeit, eine dieser beiden Parteien zu wählen, beeinflusst wird.¹⁴¹ Hierfür soll auf Ergebnisse multivariater Regressionsmodelle zurückgegriffen werden.¹⁴² Zunächst lässt sich festhalten, dass sich die

140 Allerdings scheint die Neigung zur AfD bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern weder mit einer emotionalen Bindung, wie sie sich historisch vor allem bei den Älteren noch für CDU/CSU finden lässt, noch mit einer Kandidatenpräferenz einherzugehen (Goerres/Spies/Mayer 2018: 13; Goerres/Mayer/Spies 2020: 1216).

141 Im SVR-Integrationsbarometer wurde gefragt, für wie wahrscheinlich die Befragten es halten, dass sie CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, AfD und FDP jemals wählen würden. Die Befragten wurden aufgefordert, für jede der Parteien die Wahrscheinlichkeit auf einer 4er-Skala von „sehr unwahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“ einzuschätzen.

142 In den Modellen wurde statistisch für Herkunftsregion, Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Aufenthaltsdauer und Vertrauen in deutsche Medien kontrolliert.

Faktoren, die eine Wahl der Linkspartei wahrscheinlicher bzw. unwahrscheinlicher machen, stark von den Faktoren unterscheiden, die eine mögliche Wahl der AfD beeinflussen. Postsowjetische Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus neigen auch dann eher zur Wahl der Linken, wenn für andere Merkmale statistisch kontrolliert wird. Hier dürfte sich die explizit russlandfreundliche Positionierung der Linken und eventuell auch ihre Präsenz in russischen sozialen Medien auswirken. Zudem wählen Frauen eher nicht die Linkspartei, während Höhergebildete sie etwas wahrscheinlicher wählen. Alle anderen Faktoren üben keinen Einfluss aus. Das Ergebnis spricht zudem gegen die Annahme, dass die im Vergleich zur Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte etwas prekärere wirtschaftliche Situation eine Neigung zur Linkspartei erhöht, denn das Haushaltsnettoeinkommen hat statistisch keinen Einfluss.¹⁴³

Ganz anders gestaltet sich dies bei der Tendenz zur AfD. Denn es zeigt sich, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler eher nicht für die AfD stimmen würden, wenn sie bereits seit über 40 Jahren in Deutschland leben. Ist das Vertrauen in deutsche Medien gering, wird die Wahl der AfD dagegen wahrscheinlicher. Bildung, Einkommen, Alter und Geschlecht stehen hingegen in keinem Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Auch ist bei Kontrolle der verschiedenen Merkmale unerheblich, ob die Befragten aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion stammen oder nicht.

8.3 Einstellungen zu Flucht und Asyl

Die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stärkere Neigung von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zur AfD, deren Kernelement vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie die Ablehnung der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung war, wirft die Frage auf, wie verbreitet negative Einstellungen zu Geflüchteten in dieser Bevölkerungsgruppe sind. In einer qualitativen Studie begründeten Probanden ihre Neigung zur AfD u. a. mit einer restriktiven

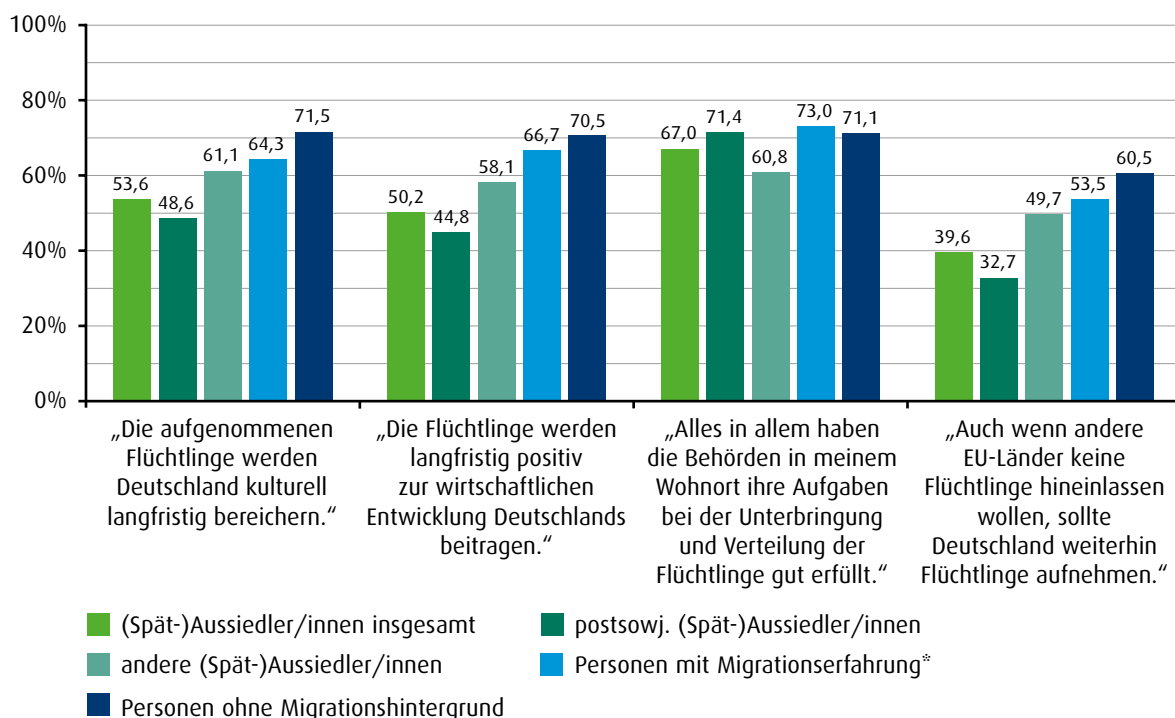
Migrationspolitik sowie einem offenen Patriotismus der Partei (Goerres/Mayer/Spies 2020: 1218). Entsprechend schließen die Analysen des Kapitels 8 zu Politik und Gesellschaft mit einigen Ausführungen und empirischen Ergebnissen zu den Einstellungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zu Flucht und Asyl.

Betrachtet man Aussagen, die eine positive Sichtweise auf Geflüchtete ausdrücken oder ihre weitere Aufnahme bejahen, so stimmen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in geringerem Maße zu als die sonstige Bevölkerung mit Migrationserfahrung sowie jene ohne Migrationshintergrund (Abb. 8.8). Nur gut die Hälfte der Befragten mit (Spät-)Aussiedlerstatus glaubt an eine kulturelle oder wirtschaftliche Bereicherung durch den Zuzug von Flüchtlingen. Demgegenüber bejahen dies Deutsche ohne Zuwanderungsgeschichte zu gut 70 Prozent. Die sonstige Bevölkerung mit Migrationserfahrung liegt mit etwa zwei Dritteln Zustimmung dazwischen. Dabei unterscheiden sich (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler signifikant von den beiden anderen Gruppen. Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus sind zudem etwas skeptischer bei der Frage, ob die lokalen Behörden die Fluchtmigration gut bewältigt haben, hier unterscheiden sie sich mit gut zwei Dritteln Zustimmung jedoch nur signifikant von der Bevölkerung mit Migrationserfahrung (73 %), nicht jedoch von Personen ohne Migrationshintergrund (71 %).

Dass Deutschland im Zweifelsfall auch als einziges EU-Land weiterhin Flüchtlinge aufnehmen soll, findet in allen Gruppen weniger Zustimmung. Die Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus ist hier aber die einzige Gruppe, die eine Aufnahme mehrheitlich ablehnt: 60 Prozent stimmen der Aussage „eher“ oder „gar nicht“ zu. Bei Befragten ohne Migrationshintergrund und mit Zuwanderungserfahrung sind es mit 60 bzw. 53 Prozent immerhin noch Mehrheiten, die zustimmen. Insgesamt lässt sich bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern demnach eine geringere Offenheit für Geflüchtete konstatieren.

143 Allerdings existieren auch Studien, die einen Zusammenhang zwischen geringem Einkommen und einer erhöhten Wahlwahrscheinlichkeit der Linkspartei attestieren (Panagiotidis 2021: 1969).

Abb. 8.8 Positiv konnotierte Einstellungen zu Flucht und Asyl 2018 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Zwar zeigt der Vergleich zwischen postsowjetischen und anderen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, dass Erstere insgesamt etwas skeptischer eingestellt sind; die Unterschiede zwischen den Gruppen sind statistisch jedoch nicht signifikant.¹⁴⁴

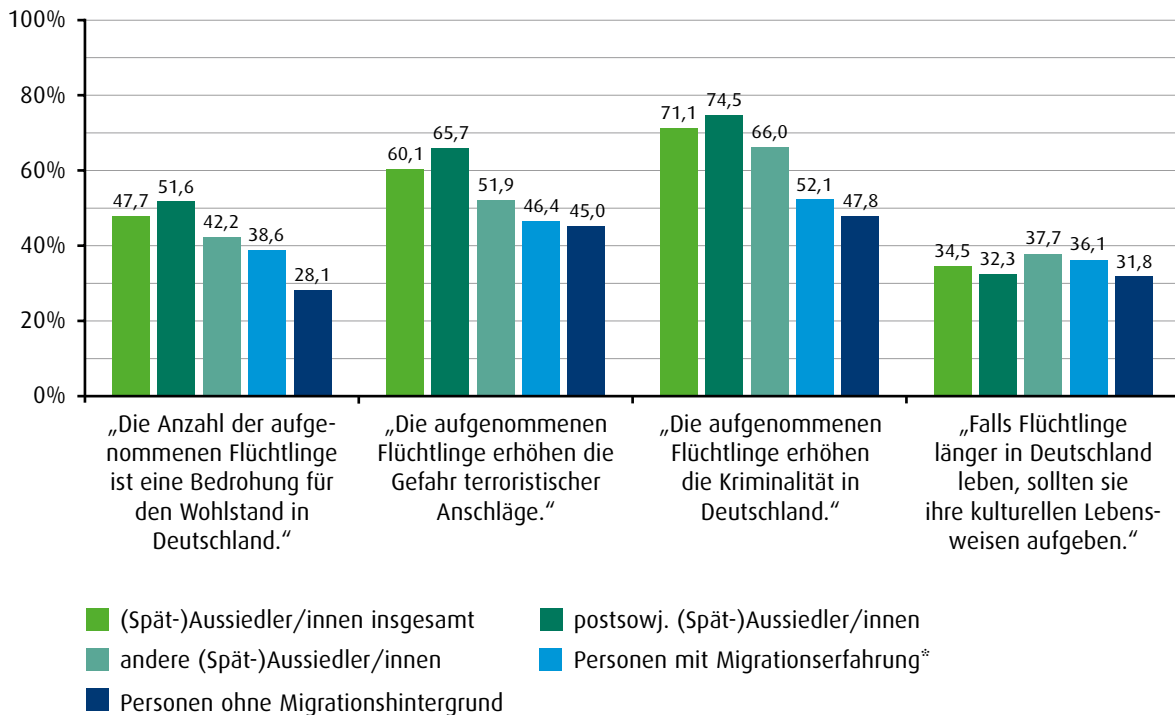
Das gewonnene Bild dreht sich praktisch um, wenn man auf negativ konnotierte Aussagen zu Geflüchteten blickt (Abb. 8.9). Generell lässt sich für alle untersuchten Gruppen sagen, dass Flüchtlinge eher als eine Bedrohung der Sicherheit in Deutschland denn als eine Bedrohung des Wohlstandes betrachtet werden. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zeigen diese Einstellungsmuster häufiger als die Bevölkerung mit sonstiger Migrationserfahrung und diejenige ohne Migrationshintergrund.¹⁴⁵ Während nur knapp drei

von zehn Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte meinen, Geflüchtete bedrohten den Wohlstand in Deutschland, ist es bei der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus fast die Hälfte. Demgegenüber ist nur etwas weniger als die Hälfte der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte der Meinung, durch die Aufnahme von Flüchtlingen würden sich Terrorgefahr und Kriminalität generell erhöhen. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler stimmen dieser Aussage jedoch zu 60 Prozent bzw. zu mehr als 70 Prozent zu. Hier liegen die Zustimmungswerte der Bevölkerung mit sonstiger Migrationserfahrung erneut zwischen denen der beiden anderen Gruppen, sie weichen in ihrer Einschätzung der Gefahr von Kriminalität und Anschlägen durch Geflüchtete jedoch kaum von den Befragten ohne Migrationshintergrund ab.

¹⁴⁴ Dies gilt, sofern zugleich für die Aufenthaltsdauer statistisch kontrolliert wird.

¹⁴⁵ Eine Ausnahme stellt die Aussage dar, dass Flüchtlinge langfristig ihre kulturellen Lebensweisen aufgeben sollten, bei der sich die untersuchten Gruppen nicht signifikant voneinander unterscheiden.

Abb. 8.9 Negativ konnotierte Einstellungen zu Flucht und Asyl 2018 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018; gewichtete Daten

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Vorbehalte gegenüber Geflüchteten in der Bevölkerung insgesamt weit verbreitet sind.¹⁴⁶ Die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zeigt sich jedoch besonders ablehnend. Erneut sind Befragte aus der ehemaligen Sowjetunion noch etwas negativer eingestellt als Personen aus anderen Herkunftsregionen.¹⁴⁷ Während gut die Hälfte von ihnen den Wohlstand durch Flüchtlinge bedroht sieht, meinen zwei Drittel, die Gefahr terroristischer Anschläge steige an, und sogar drei Viertel glauben an einen Anstieg der Kriminalität. Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus aus anderen Geburtsregionen unterscheiden

sich von Befragten mit Migrationserfahrung nicht so sehr bei der Frage einer möglichen Gefährdung des Wohlstandes und dem Risiko von Terroranschlägen. Sie glauben – zu etwa zwei Dritteln – allerdings häufiger als Befragte mit Migrationserfahrung, dass die Kriminalität durch Geflüchtete steigen wird. Dennoch liegt dieser Wert noch immer deutlich unter dem Zustimmungswert der postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerbevölkerung. Vergleichsweise wenig wird die Forderung einer kulturellen Anpassung der Flüchtlinge befürwortet. Hier unterscheiden sich die befragten Gruppen kaum voneinander; die Zustimmungswerte liegen jeweils zwischen 30 und 40 Prozent.

146 In diesem Zusammenhang muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Datenerhebung für das SVR-Integrationsbarometer 2018 im Juli 2017 startete – ein gutes halbes Jahr nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin im Dezember 2016. Dieses Ereignis und die sich anschließende Diskussion um eine mögliche Bedrohung durch die Aufnahme von Terroristen im Zuge der Fluchtmigration mögen das Antwortverhalten beeinflusst haben.

147 Allerdings sind die Unterschiede zwischen den beiden (Spät-)Aussiedlergruppen bei Kontrolle soziodemografischer Merkmale nur in Bezug auf die Einschätzung einer erhöhten Terrorgefahr statistisch signifikant.

Darüber hinaus wurden im Bericht zum SVR-Integrationsbarometer 2018 die Einstellungen zu Geflüchteten und zu bereits länger in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten verglichen. Dabei zeigt sich zum einen, dass Letztere im Vergleich zu Geflüchteten von allen befragten Gruppen positiver bewertet werden. Zum anderen zeigen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zwar generell eine eher distanzierte Haltung zur Migration; bei der Bewertung der schon länger in Deutschland lebenden Zugewanderten sind sie jedoch nicht so viel negativer eingestellt als die anderen Untersuchungsgruppen (SVR 2018a: 13–16).

Diese Resultate legen die Vermutung nahe, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ein spezifisches Verhältnis zu Flüchtlingen aufweisen, das auf andere Zugewanderte nicht zutrifft. Daran anschließend vertreten einige Studien die These, dass Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus sich mit den jüngst nach Deutschland gekommenen Geflüchteten vergleichen. Sie betrachteten sich in Abgrenzung zu ihnen einerseits als kulturell zugehörig zu den „Deutschen“, andererseits hätten sie die Erfahrung gemacht, als Deutsche nicht anerkannt zu werden (Schmalz 2019: 453). Ihre Ablehnung von Flüchtlingen lässt sich auf diese Weise als eine Art Kompensationsstrategie für die eigene wahrgenommene Benachteiligung verstehen. In qualitativen Studien lässt sich für diese These durchaus Evidenz finden (Goerres/Mayer/Spies 2020: 1219). Quantitativ lassen sich für ihre Gültigkeit auf Basis der Daten des SVR-Integrationsbarometers jedoch keine Belege finden. So erhöhen wahrgenommene Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Herkunft lediglich die Forderung nach kultureller Anpassung der Flüchtlinge; das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland hat

hingegen keinen Einfluss auf die negativen Einstellungen zu Geflüchteten.¹⁴⁸ Gegen diese These spricht außerdem, dass auch (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in erster Linie Sicherheitsbedenken äußern.

Allerdings hängen die Einstellungen, wenn auch teilweise nur schwach bis moderat, mit soziodemografischen Merkmalen zusammen.¹⁴⁹ Auf diesbezügliche Ergebnisse soll im Folgenden überblicksartig eingegangen werden. Vor allem bestätigt sich ein aus der Vorurteilsforschung bekannter Befund: Ältere Personen neigen eher zu Vorurteilen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als jüngere (Zick/Berghan/Mokros 2019: 89). Ältere (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler stimmen negativ konnotierten Aussagen über Flüchtlinge eher zu. Wertschätzende Aussagen finden bei jüngeren eher (wenn auch nur vereinzelt) Zustimmung. Wer bereits länger in Deutschland lebt, ist eher damit einverstanden, dass Deutschland notfalls auch als einziges EU-Land Geflüchtete aufnimmt, und glaubt weniger daran, dass Geflüchtete den Wohlstand bedrohen oder die Kriminalität erhöhen.

Zudem hat das Bildungsniveau der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler einen Einfluss auf ihre Einstellungen zu Geflüchteten. Zahlreiche Ergebnisse aus der Vorurteilsforschung belegen einen kontinuierlichen Rückgang menschenfeindlicher Einstellungen mit steigendem Bildungsniveau (Zick/Berghan/Mokros 2019: 92). Dies lässt sich auch mit den Daten des SVR-Integrationsbarometers tendenziell bestätigen, denn höher gebildete (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler haben insgesamt weniger negative Einstellungen zu Flüchtlingen als gering gebildete. Allerdings ist der Zusammenhang nicht immer linear. So nehmen Befragte aus dieser

148 Allerdings sind die verwendeten Indikatoren der subjektiven Diskriminierung und des Zugehörigkeitsgefühls keine optimalen Indikatoren, um die Hypothese zu überprüfen. So kann sich eine Person Deutschland auch dann zugehörig fühlen, wenn sie vom nicht-migrantisch geprägten Teil der Bevölkerung nicht als Deutsche bzw. Deutscher gesehen wird. Geeigneter Variablen, die z. B. Benachteiligung auf der Gruppenebene erheben, liegen in dem Datensatz nicht vor.

149 Im Bericht zum SVR-Integrationsbarometer 2018 wird darauf hingewiesen, dass Soziodemografie – z. B. Bildung – negativere Einstellungen der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus nicht adäquat erklären kann (SVR 2018a: 21). Dies dürfte teilweise darauf zurückzuführen sein, dass in diesem Bericht auch die Nachfolgenerationen der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler berücksichtigt werden, teilweise spielt auch eine Rolle, dass nicht alle Zusammenhänge linear sind. Da auch die hier berichteten Zusammenhänge in der Regel nicht allzu stark ausfallen, sollten sie daher nicht überinterpretiert und eher mit Vorsicht betrachtet werden.

Gruppe mit einem mittleren Bildungsniveau eher eine erhöhte Gefahr terroristischer Anschläge an als Niedriggebildete. Die Frage, wie dieses Ergebnis zu erklären und zu bewerten ist, lässt sich nicht abschließend beantworten. Festzuhalten bleibt jedoch, dass ein hohes Bildungsniveau auch bei der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus Vorurteile reduziert. Bei der Einschätzung der Kriminalität ist schließlich noch ein Effekt des Geschlechts zu berichten: Drei Viertel der (Spät-)Aussiedlerinnen befürchten einen Anstieg der Kriminalität in Deutschland durch Geflüchtete, bei (Spät-)Aussiedlern sind es rund zwei Drittel.

9 Fazit und Ausblick

Wie ist der Stand der Integration von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern abschließend zu bewerten? Wird das bestehende Bild der eher unauffälligen und gelungenen Integration bestätigt oder muss es auf Basis der hier dargestellten Forschungsergebnisse infrage gestellt werden?

Insgesamt weisen die Resultate auf Basis des Mikrozensus und des SVR-Integrationsbarometers deutlich auf eine weithin gelungene Integration hin. **Der Anteil von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ohne Schulabschluss ist gering, sie zeichnen sich durch eine hohe Beteiligung am Arbeitsmarkt aus und besitzen verglichen mit anderen Zuwanderinnen und Zuwanderern häufiger Wohneigentum. Darüber hinaus identifizieren sie sich in erster Linie mit Deutschland und erleben vergleichsweise selten Diskriminierung.** Hinweise einiger qualitativer Studien darauf, dass Teile der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung eher geringe Deutschkenntnisse und tendenziell mehr herkunftslandbezogene Netzwerke aufweisen, bestätigen sich auf Basis der quantitativen Ergebnisse nicht.

Die differenzierten Analysen entlang verschiedener Subgruppen der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung fördern weitere, zum Teil bereits bekannte Spezifika zutage, die sich u. a. auf den Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe auswirken (können) und deshalb bei der Gestaltung von Politik berücksichtigt werden sollten. So ergibt insbesondere der Vergleich zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus

der ehemaligen Sowjetunion und jenen aus anderen Geburtsregionen – in erster Linie aus Polen und Rumänien – einen analytischen Mehrwert, da sich diese Gruppen in einigen Aspekten unterscheiden.

Postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler – spezielle Herausforderungen
(Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion unterscheiden sich von anderen Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus vor allem in zwei Aspekten: in ihrer ökonomischen Situation und in ihren politischen Einstellungen.

Die Analysen konnten zunächst belegen, dass sich die postsowjetische Untersuchungsgruppe in Bezug auf die strukturelle Integration in einer etwas ungünstigeren Situation befindet als die polen- und rumänienstämmige (Spät-)Aussiedlerbevölkerung. **Zwar sind auch postsowjetische (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler vergleichsweise selten von staatlichen Transferleistungen (ALG I oder ALG II) abhängig, dennoch ist bei ihnen dieser Anteil höher als bei anderen Zugewanderten mit (Spät-)Aussiedlerstatus und deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.** Zudem gibt es unter ihnen überdurchschnittlich viele Arbeiterinnen und vor allem Arbeiter, und der Anteil der Schichtarbeitenden ist ebenfalls höher. Ähnlich häufig wie andere Zuwanderinnen und Zuwanderer sind sie in den unteren Einkommenssegmenten vertreten.

Der Anteil von Rentnerinnen und Rentnern, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, ist bei der postsowjetischen Teilgruppe deutlich erhöht. **Infolge von Änderungen beim Fremdrentengesetz im Jahre 1996, durch die im Herkunftsland geleistete Berufsjahre nur noch eingeschränkt als Rentenanwartschaft gelten, und weniger Beitragsjahren in Deutschland stellt Altersarmut gerade bei postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ein ernst zu nehmendes Problem dar.** Auch dass sie teilweise nicht an ihre berufliche Position, die sie in der Sowjetunion innehatten, anknüpfen konnten, dürfte das Problem verstärken. Der Anteil an (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, die im Alter in ökonomisch prekärer Situation leben, wird zwar mit der Zeit vermutlich von allein geringer werden, da die jüngeren Generationen bereits

einen größeren Teil bzw. sogar ihr ganzes Erwerbsleben in Deutschland verbracht haben. Mindestens in den kommenden Jahren bleibt das Problem jedoch für Personen bestehen, die bereits das Rentenalter erreicht haben. Mit dem 2021 in Kraft getretenen Grundrentengesetz und der geplanten Einrichtung eines Härtefallfonds bei der Rentenüberleitung auch für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sind erste Lösungsansätze politisch auf den Weg gebracht worden, deren Wirksamkeit gezielt evaluiert werden sollte. Sollten weitere Maßnahmen notwendig sein, muss abgewogen werden, ob zusätzliche zielgruppenspezifische Ansätze angebracht sind oder solche, die sich auf breitere zuwanderungsbedingte Gründe für Altersarmut beziehen bzw. diese als gesamtgesellschaftliches Problem angehen.

Auch bei den politischen Einstellungen lassen sich Unterschiede zwischen postsowjetischen und anderen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern feststellen. Die Ergebnisse bestätigen zum Teil bereits bekannte Erkenntnisse, liefern in der detaillierten Analyse jedoch ein besonders differenziertes Bild. **So sind die postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in der Tat politisch weniger interessiert und trauen sich selbst weniger politische Kompetenz zu, sehen Politikerinnen und Politiker aber zumindest teilweise als offen und zugewandt an. Dennoch sind sie verglichen mit (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus anderen Herkunftsländern mit der Demokratie in Deutschland etwas weniger, mit den politischen Verhältnissen im Herkunftsland dafür etwas mehr zufrieden.**

Zudem neigen sie etwas stärker der AfD zu. Eine insgesamt tendenziell konservative Haltung der postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerbevölkerung hängt teilweise mit ihrem im Vergleich zur sonstigen Bevölkerung höheren Alter zusammen. Allerdings finden sich unter postsowjetischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern auch überdurchschnittlich viele Personen mit einer Präferenz für die Linkspartei. Beide Parteien punkten sicherlich auch mit ihren

Inhalten – einer prorussischen Grundhaltung und bei der AfD mit einer zum Teil migrationsfeindlichen Politik. Gleichzeitig adressieren beide Parteien explizit Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus – offenbar mit Erfolg.

Die vergleichsweise negativen Einstellungen zu Geflüchteten legen nahe, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler insgesamt eine eher restriktive Migrationspolitik bevorzugen.¹⁵⁰ Dabei sprechen die Ergebnisse eher dagegen, dass sie die Zuwanderung Geflüchteter negativer beurteilen, weil sie meinen, Flüchtlinge seien heute bessergestellt, als sie selbst es bei ihrer Ankunft waren. Vielmehr scheinen sie Geflüchtete primär als Bedrohung der Sicherheit wahrzunehmen.

Mehr in (politische) Bildung investieren

Die Ergebnisse bestätigen einen allgemein bekannten Zusammenhang: **Bei Personen mit hoher Bildung sind ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten seltener. Auch zeigen höher gebildete (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mehr Interesse an Politik und entwickeln eine höhere politische Selbstwirksamkeit. Wird die Bildung statistisch kontrolliert, unterscheiden sich postsowjetische Zugewanderte mit (Spät-)Aussiedlerstatus in vielen Aspekten auch nicht mehr von jenen aus anderen Herkunftsländern.** Folglich ist vor diesem Hintergrund zu empfehlen, mehr in Bildung – und hier vor allem in politische Bildung – zu investieren. Da die Analysen zudem zeigen konnten, dass (Spät-)Aussiedlerinnen politisch besonders wenig interessiert sind und sich auch weniger politische Kompetenz zutrauen, könnten spezifische Angebote der politischen Bildung für (Spät-)Aussiedlerinnen sinnvoll sein – diese könnten auch bei der Förderung gesellschaftlichen Engagements ansetzen, das in einem positiven Zusammenhang zu politischem Engagement steht (SVR-Forschungsbereich 2020). Darüber hinaus sollten ablehnende Einstellungen zu anderen Gruppen auch bei der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung eingehender untersucht wer-

¹⁵⁰ Die Daten zu den Einstellungen zu Geflüchteten sind 2018 erhoben worden und somit schon etwas älter. Ablehnende Einstellungen zu bestimmten Gruppen scheinen bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aber weiterhin verbreitet zu sein, was insbesondere für muslimfeindliche Haltungen gilt. Das zeigen aktuelle Ergebnisse auf Basis des SVR-Integrationsbarometers 2020, deren Publikation für 2022 vorgesehen ist.

den. Dies gilt etwa für die Frage, inwieweit Kontakte zwischen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zu anderen Zuwanderungsgruppen und speziell zu Flüchtlingen bestehen und ob diese Kontakte negative Einstellungen reduzieren können. Auch gilt es zu testen, inwieweit die mögliche Wahrnehmung, als Gruppe benachteiligt zu sein, einen Einfluss auf die Einstellungen zu anderen Gruppen hat.

Deutliche Integrationsfortschritte mit zunehmender Aufenthaltsdauer

Die Ergebnisse haben deutlich gemacht, dass Integration auch eine Frage der Zeit ist. In zahlreichen Analysen hat sich gezeigt, dass der Integrationsverlauf mit der Aufenthaltsdauer von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zusammenhängt – so wie dies auch bei anderen zugewanderten Gruppen der Fall ist. **Wer bereits länger in Deutschland lebt, verfügt eher über einen deutschsprachigen Freundeskreis. Zudem nehmen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sich selbst weniger als phänotypisch different zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wahr. Sie bewerten die Demokratie positiver und haben mehr Vertrauen in deutsche Medien.**

Daher lässt sich die gelungene Integration der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die nicht aus der ehemaligen Sowjetunion (sondern vorwiegend aus Polen und Rumänien) stammen, zum Teil auch als Ergebnis ihrer durchschnittlich längeren Aufenthaltsdauer interpretieren. Die Dauer des Aufenthalts hat auch dann einen Einfluss auf den Integrationserfolg, wenn statistisch für andere wichtige Merkmale wie Herkunftsregion, Bildung oder Alter kontrolliert wird. So ist umfassende Teilhabe in der Gesellschaft eben auch ein Prozess, der Zeit braucht.

Die Zusammenhänge mit dem Alter bei Zuwanderung machen zudem deutlich, dass auch die Bedingungen, unter denen man aufgewachsen ist und sozialisiert wurde, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wichtig sind. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die zumindest teilweise in Deutschland aufgewachsen sind, haben eher einen deutschsprachigen Freundeskreis und fühlen sich Deutschland eher zugehörig. Auch ihr Medienvertrauen ist ausgeprägter. Daher werden die nachfolgenden Generationen, die in Deutschland geboren

und aufgewachsen sind, in einigen Bereichen mit hoher Wahrscheinlichkeit vor weniger großen Herausforderungen stehen als die selbst zugewanderten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Diese Erkenntnis darf grundsätzlich positiv im Hinblick auf den weiteren Integrationsverlauf dieser besonderen Zuwanderergruppe stimmen.

Literatur

- Allport, Gordon W.* 1979: The Nature of Prejudice. 25th Anniversary Edition, New York.
- Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank* 2016: Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 66: 46–47, 29–34.
- Baier, Dirk* 2014: Freundschaften zwischen deutschen und russischen Jugendlichen. Befunde einer Befragung in einer ländlichen Region, in: Bicer, Enis/Windzio, Michael/Wingens, Matthias (Hrsg.): Soziale Netzwerke, Sozialkapital und ethnische Grenzziehungen im Schulkontext, Wiesbaden, 209–234.
- Bandura, Albert* 1997: Self-Efficacy. The Exercise of Control, New York.
- Baumann, Jochen/Mika, Tatjana* 2012: Steigende Ungleichheit unter Aussiedlern und Spätaussiedlern im Alter, in: Baykara-Krumme, Helen/Motel-Klingebiel, Andreas/Schimany, Peter (Hrsg.): Viele Welten des Alterns. Ältere Migranten im alternden Deutschland, Wiesbaden, 127–157.
- Baumann, Jochen/Mika, Tatjana/Vogel, Claudia/Weick, Stefan* 2016: Geringe Rente und hohes Altersarmutsrisiko bei Spätaussiedlern: Analysen mit Daten der Rentenversicherung und des Mikrozensus., in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 56, 1–4.
- Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten* o.J.: Deutsche Minderheiten in Staaten der ehemaligen Sowjetunion. (<https://www.aussiedlerbeauftragter.de/Webs/AUSB/DE/themen/minderheiten-ausland/sowjetunion/sowjetunion-node.html>, 04.02.2022)
- Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten* 2020a: 1 Milliarde Euro zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer. (<https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/AUSB/DE/2021/haushalt-2022-juni-2021.html>, 04.02.2022)
- Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten* 2020b: Wichtiger Teilerfolg für Aussiedler und Spätaussiedler im Rentenrecht. (<https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/AUSB/DE/2020/grundrente-spataussiedler-dezember-2020.html>, 04.02.2022)
- Beierlein, Constanze/Kemper, Christoph J./Kovaleva, Anastasiya/Rammstedt, Beatrice* 2012: Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzskaala (PEKS). GESIS Working Papers 18, Mannheim.
- Beigang, Steffen/Fetz, Karolina/Kalkum, Dorina/Otto, Magdalena* 2017: Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung, Baden-Baden.
- BMI/BAMF – Bundesministerium des Innern, für Bau und für Heimat/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* 2020: Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2019, Berlin.
- Brücker, Herbert/Kosyakova, Yuliya/Schuß, Eric* 2020: Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht weitere Fortschritte. IAB-Kurzbericht 4/2020, Nürnberg.
- BVA – Bundesverwaltungsamt* 2013: Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) – 10. BVFG ÄndG am 14.09.2013 in Kraft getreten. (https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Sonstige_Meldungen/10_BVFG-Aenderungsgesetz.html, 04.02.2022)
- BVA – Bundesverwaltungsamt* 2020a: Information für Personen, die mit einem Aufnahme- oder Einbeziehungsbescheid nach Deutschland einreisen möchten, Friedland.
- BVA – Bundesverwaltungsamt* 2020b: Spätaussiedler und ihre Angehörigen. Zeitreihe 1950 – 2019, Köln.
- BVA – Bundesverwaltungsamt* 2021: Spätaussiedler und ihre Angehörigen. Jahresstatistik 2020. Verteilung – Herkunft – Alter – Berufe – Religion, Köln.
- Cleff, Thomas* 2015: Deskriptive Statistik und Explorative Datenanalyse, Wiesbaden.
- Decker, Oliver/Yendell, Alexander/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* 2017: Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen für die Demokratie. OBS-Arbeitspapier 27, Frankfurt am Main.
- Deutsche Vertretung in Kasachstan* 2021: Staatsangehörigkeit. (<https://kasachstan.diplo.de/kz-de/service/-/2012010>, 04.02.2022)

Die Welt 1996: Aussiedler-Thesen lösen Welle der Empörung aus. (<https://www.welt.de/print-welt/article/646433/Aussiedler-Thesen-loesen-Welle-der-Empoerung-aus.html>, 04.02.2022)

Diefenbach, Heike/Weiß, Anja 2006: Menschen mit Migrationshintergrund. Datenerfassung für die Integrationsberichterstattung. Gutachten im Auftrag der Stelle für interkulturelle Arbeit, Sozialreferat und des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt München, München.

Diehl, Claudia/Liebau, Elisabeth/Mühlau, Peter 2021: How Often Have You Felt Disadvantaged? Explaining Perceived Discrimination, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 73: 1, 1–24.

Diehl, Claudia/Schnell, Rainer 2006: „Reactive Ethnicity“ or „Assimilation“? Statements, Arguments, and First Empirical Evidence for Labor Migrants in Germany, in: *International Migration Review*, 40: 4, 786–816.

Dietz, Barbara 2006: Aussiedler in Germany. From Smooth Adaptation to Tough Integration, in: Lucassen, Leo/Feldman, David/Oltmer, Jochen (Hrsg.): *Paths of Integration. Migrants in Western Europe (1880–2004)*, Amsterdam, 116–136.

Dück, Katharina 2013: „Als mein Kind geboren wurde, hatte ich wieder Lust, russisch zu sprechen.“ Zu Sprachkompetenzen, Spracheinstellungen und Sprachziehung der zweiten Generation der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion, in: Hermann, Michael C./Öhlschlager, Rainer (Hrsg.): *Hier die Russen – dort die Deutschen*, Baden-Baden, 79–96.

Eidman, Igor 2017: Russischer Sturm auf den Bundestag, in: *Neue Zürcher Zeitung*. (<https://www.nzz.ch/international/einflussversuche-des-kreml-vor-der-wahl-russischer-sturm-auf-den-bundestag-ld.1302431>, 04.02.2022)

El-Mafaalani, Aladin/Waleciak, Julian/Weitzel, Gerrit 2017: Tatsächliche, messbare und subjektiv wahrgenommene Diskriminierung, in: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung*, Wiesbaden, 173–189.

Elwert, Georg 1982: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 34: 4, 717–731.

Das Erste 2017: Russlanddeutsche und die AfD: Die neue Lieblingspartei der Aussiedler?, in: *Monitor*. (<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-russlanddeutsche-und-die-afd-die-neue-liebingspartei-der-aussiedler-100.html>, 04.02.2022)

Esser, Hartmut 2001: *Integration und ethnische Schichtung*, Mannheim.

Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020: Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, Berlin.

Fassmann, Heinz/Münz, Rainer 1996: Europäische Migration – ein Überblick, in: Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hrsg.): *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*, Frankfurt am Main/New York, 13–52.

Faus, Rainer/Mannewitz, Tom/Storks, Simon/Unzicker, Kai/Vollmann, Erik 2019: *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?*, Gütersloh.

Foroutan, Naika 2019: *Die postmigrantische Gesellschaft*, Bielefeld.

Friedmann, Jan 2017: Russlanddeutsche in der AfD. Rechtsruck in „Klein-Moskau“, in: *Spiegel-Online*. (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-warum-die-partei-bei-russlanddeutschen-so-beliebt-ist-a-1166915.html>, 04.02.2022)

Friedrichs, Nils 2020: Integration von religiöser Vielfalt durch Religion? Der Einfluss und Stellenwert religiöser Orientierungen bei der Wahrnehmung von religiöser Vielfalt und Muslimen, Wiesbaden.

Goerres, Achim/Mayer, Sabrina J./Spies, Dennis C. 2020: Immigrant voters against their will: a focus group analysis of identities, political issues and party allegiances among German resettlers during the 2017 bundestag election campaign, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 46: 7, 1205–1222.

Goerres, Achim/Spies, Dennis/Mayer, Sabrina 2018: *Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen*, Duisburg/Essen.

Golova, Tatiana 2020: Post-Soviet migrants in Germany, transnational public spheres and Russian soft power, in: *Journal of Information Technology & Politics*, 17: 3, 249–267.

Gordon, Milton M. 1964: *Assimilation in American Life. The role of race, Religion, and National Origin*, New York.

GWK – Gemeinsame Wissenschaftskonferenz o.J.: *Königsteiner Schlüssel*. (<https://www.gwk-bonn.de/themen/finanzierung-von-wissenschaft-und-forschung/koenigsteiner-schlüssel>, 04.02.2022)

Haug, Sonja 2010: *Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland*. Working Paper 33, Nürnberg.

Haug, Sonja/Sauer, Lenore 2007: *Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern: Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes*. Forschungsbericht 3. Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Hewstone, Miles/Brown, Rupert 1986: *Contact is not Enough: An Intergroup Perspective on the 'Contact Hypothesis'*, in: *Hewstone, Miles/Brown, Rupert (Hrsg.): Contact and Conflict in Intergroup Encounters*, Oxford/New York, 1–44.

Hochfellner, Daniela/Wapler, Rüdiger 2010: *Licht und Schatten: Die Situation von Aussiedlern und Spätaussiedlern auf dem deutschen Arbeitsmarkt*, in: *IAB-Forum* (2), Nürnberg, 44–49.

Hoesch, Kirsten 2018: *Migration und Integration*, Wiesbaden.

Jacobsen, Jannes/Kroh, Martin 2021: *Eingewanderte bauen nur schrittweise Bindungen an Parteien in Deutschland auf*, in: *DIW Wochenbericht* 28/2021, 491–499.

Joppke, Christian 2005: *Selecting by Origin: Ethnic Migration in the Liberal State*, Cambridge, MA.

Kiel, Svetlana 2015: *Heterogene Selbstbilder: Identitätsentwürfe und -strategien bei russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern*, in: *Kaiser, Markus/Schönhuth, Michael (Hrsg.): Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien*, Bielefeld, 73–89.

Klimeniouk, Nikolai 2018: *Fleißige deutsche Opfer, frustrierte russische Täter. Russlanddeutsche in den bundesdeutschen Medien*. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/276854/fleissige-deutsche-opfer-frustrierte-russische-taeter>, 04.02.2022)

Kögel, Johannes 2020: *Für einen anti-integratorischen Imperativ*, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 10: 2–2019, 233–253.

Köppen, Bernhard 2015: *Identität und Selbstzuschreibung von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz*, in: *Nienhaber, Birte/Roos, Ursula (Hrsg.): Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung. Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland*. Arbeitsberichte der ARL 13, Hannover, 111–130.

Köppen, Bernhard 2018: *Self-attribution and identity of ethnic-German Spätaussiedler repatriates from the former USSR: an example of fast-track assimilation?*, in: *Nationalities Papers*, 46: 1, 105–122.

Kroh, Martin/Tucci, Ingrid 2009: *Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten*, in: *DIW Wochenbericht* 47/2009, 821–827.

Kurilo, Olga 2015: *Russlanddeutsche als kulturelle Hybride. Schicksal einer Mischkultur im 21. Jahrhundert*, in: *Kaiser, Markus/Schönhuth, Michael (Hrsg.): Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien*, Bielefeld, 53–72.

Müller, Patricia/Schweiger, Wolfgang 2020: *Kommunikation und (Des-)Integration – Problemaufriss und Framework*, in: *Gehrau, Volker/Waldherr, Annie/Scholl, Armin (Hrsg.): Integration durch Kommunikation (in einer digitalen Gesellschaft): Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019*, Münster, 15–26.

Niemi, Richard G./Craig, Stephen C./Mattei, Franco 1991: *Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study*, in: *American Political Science Review*, 85: 4, 1407–1413.

Panagiotidis, Jannis 2015: *Germanizing Germans: Co-ethnic Immigration and Name Change in West Germany, 1953–93*, in: *Journal of Contemporary History*, 50: 4, 854–874.

- Panagiotidis, Jannis* 2017: Postsowjetische Migranten in Deutschland. Perspektiven auf eine heterogene „Diaspora“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 67: 11–12, 23–30.
- Panagiotidis, Jannis* 2018: Aussiedler, in: Bundeszentrale für Politische Bildung. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/247811/aussiedler>, 04.02.2022)
- Panagiotidis, Jannis* 2019: „Wir Strebermigranten“? Migration und Erfolg bei (Spät-)Aussiedlern, in: Genkova, Petia/Riecken, Andrea (Hrsg.): *Handbuch Migration und Erfolg*, Wiesbaden, 1–14.
- Panagiotidis, Jannis* 2021: Postsowjetische Migration in Deutschland. Eine Einführung, Weinheim/Basel.
- Pettigrew, Thomas F.* 1998: Intergroup Contact Theory, in: *Annual Review of Psychology*, 49: 1, 65–85.
- Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R.* 2008: How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators, in: *European Journal of Social Psychology*, 38: 6, 922–934.
- Plischke, Igor/Schlegel, Dorothee* 2013: Post-Aussiedler oder neue Volldeutsche?, in: Hermann, Michael C./Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): *Hier die Russen – dort die Deutschen. Über die Integrationsprobleme russlanddeutscher Jugendlicher 250 Jahre nach dem Einladungsmanifest von Katharina II.*, Baden-Baden, 49–60.
- Pokorny, Sabine/Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von* 2021: Was eint die Einwanderungsgesellschaft? Eine repräsentative Umfrage zu Einstellungen, Glaube und Wertorientierungen von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund, Berlin.
- Pries, Ludger* 2015: Teilhabe in der Migrationsgesellschaft. Zwischen Assimilation und Abschaffung des Integrationsbegriffs, in: *IMIS-Beiträge*, 47, 7–36.
- Putnam, Robert D.* 2000: *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York.
- Ransberger, Maria/Lessmeister, Ralph* 2011: Integration – (k)ein Thema für den ländlichen Raum? Das Beispiel der Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR im ländlichen Oberfranken, in: *Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft*, Bd. 58, 97–114.
- Reichert, Frank* 2016: How Internal Political Efficacy Translates Political Knowledge Into Political Participation, in: *Europe's Journal of Psychology*, 12: 2, 221–241.
- Di Saint Pierre, Francesca/Martinovic, Borja/De Vroome, Thomas* 2015: Return Wishes of Refugees in the Netherlands: The Role of Integration, Host National Identification and Perceived Discrimination, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41: 11, 1836–1857.
- Sanders, Rita* 2015: Zwischen transnationaler Verstörung und Entzauberung. Kasachstandeutsche Heimatkonzepte, in: Kaiser, Markus/Schönhuth, Michael (Hrsg.): *Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien*, Bielefeld, 293–314.
- Sauer, Martina/Brinkmann, Heinz Ulrich* 2016: Einführung: Integration in Deutschland, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina (Hrsg.): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*, Wiesbaden, 1–21.
- Schacht, Diana/Kristen, Cornelia/Tucci, Ingrid* 2014: Interethnische Freundschaften in Deutschland, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 66: 3, 445–458.
- Schaubert, Medina* 2018: Der „Fall Lisa“ – Entwicklungen in Berlin Hellersdorf-Marzahn, in: Bundeszentrale für Politische Bildung. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/271945/der-fall-lisa-entwicklungen-in-berlin-hellersdorf-marzahn>, 04.02.2022)
- Scherr, Albert* 2017: Soziologische Diskriminierungsforschung, in: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung*, Wiesbaden, 39–58.
- Schmalz, Tatjana* 2019: Zur medialen Integration russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler nach dem Fall Lisa und ihrer Mediendarstellung bis zur Bundestagswahl 2017, in: *Zeitschrift für Slawistik*, 64: 3, 445–464.
- Schmitt-Rodermund, Eva* 1999: Zur Geschichte der Deutschen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks, in: Silbereisen, Rainer K./Lantermann, Ernst-Dieter/Schmitt-Rodermund, Eva (Hrsg.): *Aussiedler in Deutschland: Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten*, Opladen, 47–66.

Schranz, Mario/Schneider, Jörg/Eisenegger, Mark 2018: Media Trust and Media Use, in: Otto, Kim/Köhler, Andreas (Hrsg.): Trust in Media and Journalism, Wiesbaden, 73–91.

Seifert, Wolfgang 2008: Aussiedlerinnen und Aussiedler – neue Erfassungsmöglichkeiten und sozioökonomisches Profil, in: Statistische Analysen und Studien NRW Band 53, Düsseldorf, 11–23.

Sienkiewicz, Joanna Jadwiga 2015: Informelle (trans-)nationale soziale Sicherung von Kasachstandeutschen in Deutschland, in: Kaiser, Markus/Schönhuth, Michael (Hrsg.): Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien, Bielefeld, 355–378.

Smirnova, Tatjana 2017: Russlanddeutsche in Russland. Bundeszentrale für Politische Bildung. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/252541/russlanddeutsche-in-russland>, 04.02.2022)

Soergel, Alix Roxane 2017: Identifikative Integrationsverläufe von Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland, Konstanz.

Söhn, Janina 2011: Rechtsstatus und Bildungschancen. Die staatliche Ungleichbehandlung von Migrantengruppen und ihre Konsequenzen, Wiesbaden.

SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Berlin.

Statistisches Bundesamt 2020: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2019. Fachserie 1. Reihe 2.2, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt 2021: Erwerbslose. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Glossar/erwerbslose.html>, 04.02.2022)

Stöbel, Katharina 2010: Zwischen allen Stühlen. Kulturelle Selbstzuschreibungen im Akkulturationsprozess jugendlicher Aussiedler, Jena.

Suna, Laura 2019: Mediengewohnheiten der post sowjetischen Diaspora in Deutschland, in: Informationen zur politischen Bildung, 340: 2, 26–27.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2010: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2012: Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014: Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2016: Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2018a: Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2018b: Steuern, was zu steuern ist: Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten? Jahresgutachten 2018, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2018c: SVR-Integrationsbarometer 2018. Methodenbericht, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020a: SVR-Integrationsbarometer 2020. Methodenbericht, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020b: Zusammenrücken in Zeiten der Distanz. SVR-Integrationsbarometer 2020, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration 2021a: Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Jahresgutachten 2021, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration 2021b: Ungleiche Bildungschancen. Fakten zur Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Kurz und Bündig vom 19.11.2021, Berlin.

- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2014: Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsempfehlungen, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2016a: Doppelt benachteiligt? Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Expertise im Auftrag der Stiftung Mercator, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2016b: Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer?, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018a: „Wo kommen Sie eigentlich ursprünglich her?“ Diskriminierungserfahrungen und phänotypische Differenz in Deutschland, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018b: Parteipräferenzen von Zuwanderinnen und Zuwanderern: Abschied von alten Mustern, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2019: Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs und des DeZIM-Instituts, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2020: Mitten im Spiel oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin.
- Titzmann, Peter F.* 2014: Immigrant Adolescents' Adaptation to a New Context: Ethnic Friendship Homophily and Its Predictors, in: Child Development Perspectives, 8: 2, 107–112.
- Tonassi, Timo/Wittlif, Alex* 2021: Auf Empfang gestellt? Aktuelle Befunde zur Mediennutzung und zum Medienvertrauen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. SVR-Policy Brief 2021-2, Berlin.
- Tonassi, Timo/Wittlif, Alex/Schemer, Christian* 2020: Mediennutzung und Medienvertrauen von Migranten. Untersuchung auf Basis des SVR-Integrationsbarometers 2018, in: Media Perspektiven 12/2020, 626–635.
- Uslucan, Hacı-Halil/Yalcin, Cem Serkan* 2012: Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration – Analyse bestehender Forschungsstände. Expertise des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Essen.
- Vogelsang, Waldemar* 2013: Auf dem Weg zur Normalität – Integrationsfortschritte von jugendlichen Spätaussiedlern, in: Hermann, Michael C./Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): Hier die Russen – dort die Deutschen. Über die Integrationsprobleme russlanddeutscher Jugendlicher 250 Jahre nach dem Einladungsmanifest von Katharina II., Baden-Baden, 15–32.
- Vogelsang, Waldemar* 2018: Postsowjetische Spätaussiedler. Zwischen Beheimatung und (Selbst-)Ausgrenzung, in: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, 1, 23–30.
- Vorländer, Hans* 2016: Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht: Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?, Gütersloh, 59–74.
- Wallem, Gesine* 2017: The Name and The Nation: Banal Nationalism and Name Change Practices in the Context of Co-ethnic Migration to Germany, in: Skey, Michael/Antonsich, Marco (Hrsg.): Everyday Nationhood, London, 77–96.
- Wegelein, Saskia* 2000: Rußland in Bremen. Transstaatliche Räume und Binnenintegration am Beispiel von Rußlanddeutschen und russischen Juden, in: Faist, Thomas (Hrsg.): Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei, Bielefeld, 201–234.
- Weiß, Lothar* 2013: Die wirtschaftliche und soziale Lage der (Spät-)Aussiedler aus der Sowjetunion, in: Weiß, Lothar (Hrsg.): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen, Göttingen, 37–55.

Wenzel, Hans-Joachim 2003: Aussiedlerzuwanderung als Strukturproblem in ländlichen Räumen, in: Bade, Klaus/Oltmer, Jochen (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa, IMIS-Schriften Band 8, Göttingen, 264–280.

Worbs, Susanne 2017: Doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland: Zahlen und Fakten. Kurzdossier für die Bundeszentrale für politische Bildung. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/deutschland/254191/doppelte-staatsangehoerigkeit-zahlen-und-fakten>, 04.02.2022)

Worbs, Susanne/Bund, Eva/Kohls, Martin/Babka von Gostomski, Christian 2013: (Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Forschungsbericht 20, Nürnberg.

Wüst, Andreas M. 2003: Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52, 29–38.

Wüst, Andreas M. 2016: Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany's Immigrant-Origin Electorate, in: German Politics, 25: 3, 414–432.

Zick, Andreas 2021: Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn, 181–212.

Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico 2019: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, 53–116.

Tabelle

Tab. A.1 Einflussfaktoren auf das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland und zum Herkunftsland 2020

	„Insgesamt fühle ich mich ... zugehörig.“			
	... meinem Herkunftsland		... Deutschland	
	(Spät-)Aussiedler/-innen	Personen mit Migrationserfahrung	(Spät-)Aussiedler/-innen	Personen mit Migrationserfahrung
Alter ¹				
41 bis 60 Jahre	0,38*	0,78	1,12	0,82
61 Jahre und älter	0,52	0,77	1,19	0,28***
Geschlecht: weiblich	0,61*	1,37**	0,72	0,9
Bildung ²				
mittel	0,44**	0,67*	1,45	1,05
hoch	0,35***	0,76	0,84	0,74
Aufenthaltsdauer ³				
31 bis 40 Jahre	2,37**	0,98	0,69	3,70***
41 Jahre und mehr	0,92	1,36	2,7	3,31***
(sehr) gute selbst eingeschätzte Deutschkenntnisse	1,65	1,33	1,00	1,52*
überwiegend/ausschließlich gesprochene Sprache im Freundeskreis: Deutsch	0,75	0,92	3,05*	3,37***
Kontakte mit Deutschen im Freundeskreis: (sehr) oft	0,37***	0,65**	4,68**	1,24
Kontakte im Freundeskreis mit Zugewanderten der eigenen Herkunft: (sehr) oft	1,83*	2,16***	0,39	0,82
positive Erfahrungen mit Deutschen in der Nachbarschaft	0,71	0,80	1,52	3,47***
Diskriminierung aufgrund der Herkunft: (sehr) stark	1,54	0,67*	0,12***	0,76
Alter bei Zuwanderung: älter als 20 Jahre	5,10***	1,45**	0,44	1,45*
erwerbstätig	1,20	1,08	1,25	0,52***
Pseudo R ²	0,16***	0,04***	0,26***	0,14***
Anzahl der Fälle	1.024	3.215	1.027	3.229

Anmerkung: Logistische Regression; Effektkoeffizient Odds-Ratio = Chancenverhältnis; : > 1 = positiver Zusammenhang; < 1 = negativer Zusammenhang; Referenzkategorien: ¹ bis 40 Jahre, ² niedrige Bildung, ³ bis 30 Jahre; Signifikanz: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Abbildungsverzeichnis

Abb. 2.1	Registrierungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern in Deutschland seit 1950 (nach Aussiedlungsgebieten)	12
Abb. 2.2	Registrierungen von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland seit 1992 (nach Aussiedlungsgebieten)	13
Abb. 2.3	Verteilung der Bevölkerung 2019 (nach Migrationshintergrund sowie Zuzugsjahr und Geburtsland der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, in Prozent)	16
Abb. 2.4	Altersstruktur der Bevölkerung 2019 (nach Migrationshintergrund)	18
Abb. 2.5	Familienstand der Bevölkerung ab 25 Jahren 2019 (nach Migrationshintergrund)	19
Abb. 3.1	Höchster allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2019* (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)	24
Abb. 3.2	Höchster beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2019* (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)	25
Abb. 3.3	Erwerbs-, Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquote der Bevölkerung von 25 bis unter 65 Jahren 2019 (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)	26
Abb. 3.4	Stellung im Beruf von Erwerbstätigen* im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2019 (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)	28
Abb. 3.5	Verteilung der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren auf Wirtschaftsbereiche 2019 (nach Migrationshintergrund und Geschlecht)	29
Abb. 3.6	Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts der Bevölkerung ab 25 bis unter 65 Jahren 2019 (nach Migrationshintergrund und Geschlecht, in Prozent)	31
Abb. 3.7	Nettoeinkommen von Privathaushalten 2019 (nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers bzw. der -bezieherin)	33
Abb. 3.8	Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung 2019 (nach Altersgruppen, Migrationshintergrund und Geschlecht)	34
Abb. 4.1	Verteilung der Wohnorte von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern 2019 (nach Bundesländern, in Prozent)	36
Abb. 4.2	Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an der Gesamtbevölkerung in den NUTS-2-Regionen 2019 (in Prozent)	38
Abb. 4.3	Anteil der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler an der Bevölkerung mit Migrationserfahrung in den NUTS-2-Regionen 2019 (in Prozent)	39
Abb. 4.4	Verteilung der Bevölkerung auf Gemeindegrößenklassen 2019	40
Abb. 4.5	Anteil der Bevölkerung in Wohngebäuden 2018 (nach Größe des Wohngebäudes)	42
Abb. 4.6	Anteil der Bevölkerung in Wohngebäuden 2018 (nach Baujahr)	42
Abb. 4.7	Bevölkerung 2018 (nach Wohnbesitzverhältnissen und durchschnittlicher Miethöhe*, in Prozent)	43
Abb. 5.1	Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse 2020 (nach Migrationshintergrund)	45
Abb. 5.2	Fähigkeit, sich bei Behörden, auf der Arbeit und in der Nachbarschaft auf Deutsch zu verständigen 2020 (nach Migrationshintergrund)	47
Abb. 5.3	Überwiegend im Freundes-/Bekanntenkreis gesprochene Sprache 2020 (nach Migrationshintergrund)	48
Abb. 5.4	Überwiegend im Freundes-/Bekanntenkreis gesprochene Sprache 2020 (nach Bildungsniveau und Migrationshintergrund)	49
Abb. 6.1	Kontakthäufigkeit zu Deutschen im Freundes- und Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft 2020 (nach Migrationshintergrund)	51

Abb. 6.2	Kontakthäufigkeit im Freundeskreis mit Menschen der eigenen Herkunft 2020 (nach Migrationshintergrund)	53
Abb. 6.3	Qualität von interethnischen Freundschaften 2020 (nach Migrationshintergrund)	55
Abb. 6.4	Prädisposition für Diskriminierung und Fremdheitszuschreibung 2020 (nach Migrationshintergrund)	58
Abb. 6.5	Diskriminierung aufgrund der Religion und der Herkunft 2020 (nach Migrationshintergrund)	59
Abb. 6.6	Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland, zu Deutschland, zum eigenen Bundesland und zur eigenen Stadt 2020 (nach Migrationshintergrund)	61
Abb. 7.1	Vertrauen in deutsche Medien und in Medien des Herkunftslandes 2020 (nach Migrationshintergrund)	69
Abb. 7.2	Einstellungen zu Medien in Deutschland 2020 (nach Migrationshintergrund)	70
Abb. 8.1	Vertrauen in politische Institutionen 2020 (nach Migrationshintergrund)	72
Abb. 8.2	Vertrauen in Parteien und die Politik 2020 (nach Migrationshintergrund)	73
Abb. 8.3	Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Deutschland und im Herkunftsland 2018 (nach Migrationshintergrund)	74
Abb. 8.4	Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, und Beurteilung der Idee der Demokratie 2020 (nach Migrationshintergrund)	75
Abb. 8.5	Interesse an Politik 2018 (nach Migrationshintergrund)	77
Abb. 8.6	Politische Selbstwirksamkeit 2018 (nach Migrationshintergrund)	79
Abb. 8.7	Parteipräferenz 2018 (nach Migrationshintergrund)	83
Abb. 8.8	Positiv konnotierte Einstellungen zu Flucht und Asyl 2018 (nach Migrationshintergrund)	85
Abb. 8.9	Negativ konnotierte Einstellungen zu Flucht und Asyl 2018 (nach Migrationshintergrund) ..	86

Tabellenverzeichnis

Tab. 2.1	Geschlechterverteilung der Bevölkerung 2019 (nach Migrationshintergrund)	17
Tab. A.1	Einflussfaktoren auf das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland und zum Herkunftsland 2020	98

Verzeichnis der Info-Boxen

Info-Box 1	Datengrundlagen der Studie	8
Info-Box 2	Zentrale Begriffe	11
Info-Box 3	Eindeutschung der Namen	57
Info-Box 4	Der „Fall Lisa“	66

Impressum

Herausgeber

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel.: 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de
(Redaktionsschluss: Februar 2022)

Verantwortlich

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung

SeitenPlan GmbH, Dortmund
www.seitenplan.com

Druck

Knipp Medien und Kommunikation GmbH, Dortmund
in Kooperation mit color-offset-wälter GmbH & Co. KG

SVR-Studie 2022-1

ISSN (Print) 2749-0610
ISSN (Online) 2749-0629

© SVR gGmbH, Berlin 2022



Die Autoren

Dr. Nils Friedrichs

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im wissenschaftlichen Stab des SVR

Johannes Graf

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung. Mit seinen Gutachten soll das Gremium zur Urteilsbildung bei allen integrations- und migrationspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beitragen. Dem SVR gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Petra Bendel (Vorsitzende), Prof. Dr. Daniel Thym (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Viola B. Georgi, Prof. Dr. Marc Helbling, Prof. Dr. Birgit Leyendecker, Prof. Dr. Steffen Mau, Prof. Panu Poutvaara, Ph.D., Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger und Prof. Dr. Hans Vorländer.

Der wissenschaftliche Stab unterstützt den Sachverständigenrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben und betreibt darüber hinaus eigenständige, anwendungsorientierte Forschung im Bereich Integration und Migration. Dabei folgt er unterschiedlichen disziplinären und methodischen Ansätzen. Die Forschungsergebnisse werden u. a. in Form von Studien, Expertisen und Policy Briefs veröffentlicht.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de

Über das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Mit der Arbeit des 2005 gegründeten Forschungszentrums kommt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seiner gesetzlichen Aufgabe nach, wissenschaftliche Forschung zu Migrations- und Integrationsthemen zu betreiben.

Das Forschungszentrum betrachtet das Migrationsgeschehen nach und von Deutschland und analysiert die Auswirkungen der Zuwanderung. Es begleitet Integrationsprozesse und trägt mit seinen Erkenntnissen entscheidend zur Weiterentwicklung von Integrationsmaßnahmen auf Bundesebene bei. Weitere Forschungsschwerpunkte sind u. a. Erwerbs- und Bildungsmigration, Fluchtmigration, Rückkehr und sicherheitsrelevante Aspekte der Zuwanderung. Damit leistet das BAMF-Forschungszentrum einen grundlegenden Beitrag zum Informationstransfer zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Weitere Informationen unter: www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/forschung-node.html

ISSN (Print) 2749-0610

ISSN (Online) 2749-0629